



Beteiligungsbericht 2025

des Landkreises Greiz

INHALTSVERZEICHNIS

<u>1.</u>	<u>EINLEITUNG</u>	<u>3</u>
<u>2.</u>	<u>ÜBERBLICK ÜBER DIE BETEILIGUNGEN DES LANDKREISES GREIZ</u>	<u>5</u>
2.1	RECHTSFORMEN	5
2.2	BETEILIGUNGSÜBERSICHT IM GESCHÄFTSJAHR 2025	6
2.3	GRUNDLEGENDE DATEN 2025	7
2.4	AUSGEWÄHLTE KENNZAHLEN 2025	8
<u>3.</u>	<u>AUSFÜHRUNGEN ZU DEN EINZELNEN UNTERNEHMEN</u>	<u>9</u>
3.1	KRANKENHÄUSER DES LANDKREISES GREIZ	9
3.1.1	KREISKRANKENHAUS GREIZ-RONNEBURG GMBH (KKH GREIZ-RONNEBURG GMBH)	9
3.1.1.1	MEDIZINISCHES VERSORGUNGSZENTRUM – POLIKLINIK GREIZ GMBH	20
3.1.1.2	DIENTSTLEISTUNGSZENTRUM KREISKRANKENHAUS GREIZ-RONNEBURG GMBH	29
3.1.1.3	PFLEGEHEIM RONNEBURG GMBH	35
3.1.1.4	KREISREHAKLINIK RONNEBURG GMBH	42
3.2	VERKEHRS- UND SERVICE-UNTERNEHMEN	47
3.2.1	PERSONEN- UND REISEVERKEHRS GMBH GREIZ (PRG)	47
3.2.2	REGIONALVERKEHR GERA/LAND GMBH (RVG)	58
3.2.3	GRZ SERVICE UND VERWALTUNGSGESELLSCHAFT GMBH	69
3.3	SONSTIGE UNTERNEHMEN	78
3.3.1	„UMWELT“ ENTSORGUNGS- UND STRAßENSERVICE GMBH	78
<u>4.</u>	<u>SCHLUSSBEMERKUNGEN</u>	<u>86</u>
<u>5.</u>	<u>ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS</u>	<u>87</u>

1. Einleitung

Der Beteiligungsbericht hat die Aufgabe, einen Überblick über die kreiseigenen Unternehmen zu geben. Der Bericht wird jährlich fortgeschrieben, damit die Entwicklung der Unternehmen kontinuierlich verfolgt werden kann.

In dem Beteiligungsbericht werden die einzelnen Unternehmen, an denen der Landkreis beteiligt ist, vorgestellt, ihre spezifischen Leistungen beschrieben und wichtige ökonomische Daten präsentiert. Ausgehend von den kommunalen Aufgaben bzw. Zielsetzungen wird über die Unternehmensziele, die Leistungskraft und die wirtschaftliche Situation informiert. Der Beteiligungsbericht bezieht sich grundsätzlich auf das Jahr 2025. Zu ausgewählten Zahlen und Kennziffern erfolgt ein Vergleich mit den Jahren 2024 und 2023.

Die Gesellschaften erstellen ihren Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung nach den Vorgaben des Handelsgesetzbuches. Durch die Erfolgs- und Bestandsermittlung soll damit ein Einblick in die wirtschaftliche Lage und vor allem in die Vermögensverhältnisse eines Unternehmens gegeben werden. Nachfolgend werden einige damit zusammenhängende Begriffe erklärt.

Bilanz:

Die Bilanz ist die Gegenüberstellung von Vermögen (Aktiva) und Kapital (Passiva). Sie ist zum Schluss des Geschäftsjahres zu erstellen und ist neben der Gewinn- und Verlustrechnung Teil des Jahresabschlusses. Die Bilanz hat eine Gegenüberstellung der aktiven und der passiven Vermögensgegenstände zu liefern. Aktiva sind danach die der Leistungserstellung dienenden Wirtschaftsgüter („Wofür wurden die Mittel verwendet?“). Passiva sind die hierfür verwendeten Finanzmittel („Woher kamen die Mittel?“).

In dem vorliegenden Beteiligungsbericht ist die Bilanz auf die wichtigsten Bilanzpositionen reduziert. Auf der Aktivseite – Mittelverwendung – befinden sich das Anlage- und Umlaufvermögen. Das Anlagevermögen stellt die Vermögensgegenstände eines Unternehmens dar, die diesem langfristig dienen sollen wie beispielsweise Gebäude und Fuhrpark. Zum Umlaufvermögen zählen alle Vermögensposten, die nur kurzfristig im Unternehmen verbleiben, weil sie ständig umgesetzt werden wie z. B. Bargeld, Postgiro- und Bankguthaben. Auf der Passivseite – Mittelherkunft – werden die Bilanzpositionen Eigenkapital, Rückstellungen und Verbindlichkeiten dargestellt. Unter der Position Eigenkapital sind alle eigenen Mittel eines Unternehmens zusammengefasst wie z. B. eingebrachtes Kapital der Eigentümer bzw. Gesellschafter oder der Jahresgewinn oder –verlust des Vorjahres. Rückstellungen sind Verbindlichkeiten für Aufwendungen, die am Bilanzstichtag zwar ihrem Grunde nach feststehen, aber nicht in ihrer Höhe und dem Zeitpunkt der Fälligkeit, z. B. Prozesskosten, Pensionsrückstellungen. Sie dienen der periodengerechten Ermittlung des Jahresergebnisses. Unter dem eigentlichen Begriff der Verbindlichkeiten werden alle bestehenden Zahlungsverpflichtungen zusammengefasst, deren Grund, Höhe und Fälligkeit bereits bekannt sind, beispielsweise Zahlungsverpflichtungen gegenüber Kreditinstituten aus Darlehen oder aus Lieferung und Leistung.

Gewinn- und Verlustrechnung (GuV)

Die Gewinn- und Verlustrechnung ermittelt den Unternehmenserfolg. Aus ihr sind alle Aufwendungen und Erträge und damit Ursachen und Zusammensetzung des Erfolgs ersichtlich. Während bei der Bilanz der vollständige Vermögensnachweis – besonders der Schuldennachweis – im Vordergrund steht, stellt der Ausweis des Periodenerfolgs und dessen Zustandekommen das Hauptmotiv der GuV – auch Erfolgsrechnung genannt – dar. Die Darstellung der GuV erfolgt im vorliegenden Beteiligungsbericht reduziert auf wesentliche Positionen.

Das Betriebsergebnis liefert eine Gegenüberstellung der Kosten und Erlöse und gibt somit an, ob das Unternehmen auf seinem Leistungsgebiet erfolgreich war oder nicht. Im Finanzergebnis sind die Salden der Beteiligungs-, Zins- oder sonstigen Finanzanlagevermögen eines Unternehmens erfasst. Das gewöhnliche Geschäftsergebnis ergibt sich aus dem Betriebs- und Finanzergebnis, während das außerordentliche Ergebnis den Saldo von außerordentlichen Erträgen und außerordentlichen Aufwendungen darstellt. Diese stehen zwar im Zusammenhang mit dem Betriebszweck, dürfen aber bei der Betriebsergebnisermittlung nicht berücksichtigt werden, da sie zufällig, einmalig und i. d. R. ungewöhnlich hoch sind, wie z. B. Schadensfälle durch Hochwasser, Verluste und Gewinne aus dem Verkauf von Anlagen. Das Jahresergebnis – Jahresüberschuss oder –fehlbetrag – ergibt sich aus dem Saldo des gewöhnlichen Geschäftsergebnisses und dem außerordentlichen Ergebnis nach Berücksichtigung von Steuern.

2. Überblick über die Beteiligungen des Landkreises Greiz

2.1 Rechtsformen

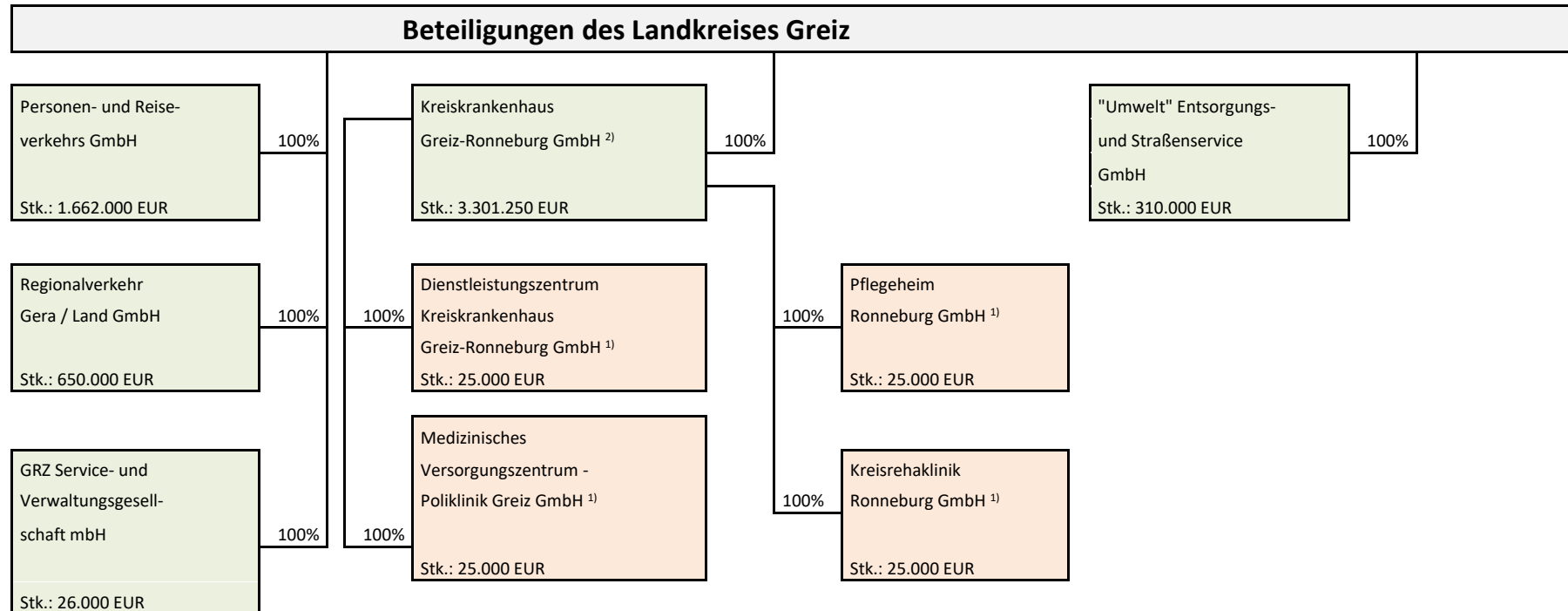
Die hoheitlichen bzw. wirtschaftlichen Aufgaben des Landkreises Greiz werden in folgenden Rechtsformen durchgeführt:

juristische Person des Privatrechts (GmbH)

Die GmbH ist immer organisatorisch, wirtschaftlich und rechtlich selbständig. Die Haftung beschränkt sich gemäß § 13 (2) GmbHG auf das Vermögen der Gesellschaft (entspricht § 73 (1) Nr. 3 ThürKO). Ihre Organe sind der oder die Geschäftsführer, der Aufsichtsrat und die Gesellschafterversammlung. Die Aufgaben und Kompetenzen der Organe sind im HGB, GmbHG, AktG und den Gesellschaftsverträgen geregelt. Die GmbH wird durch den oder die Geschäftsführer gerichtlich und außergerichtlich vertreten (§ 35 GmbHG).

2.2 Beteiligungsübersicht im Geschäftsjahr 2025

Beteiligungsübersicht im Geschäftsjahr 2025



1) Tochtergesellschaften der Kreiskrankenhaus Greiz-Ronneburg GmbH.

2) Mit Vollzug der Fusion der Kreiskrankenhaus Ronneburg - Fachklinik für Geriatrie GmbH auf die Kreiskrankenhaus Greiz GmbH firmiert die Gesellschaft unter "Kreiskrankenhaus Greiz-Ronneburg GmbH". Die Tochtergesellschaften der ehemaligen Kreiskrankenhaus Ronneburg - Fachklinik für Geriatrie GmbH sind nun Tochtergesellschaften der Kreiskrankenhaus Greiz-Ronneburg GmbH.

Stk. = Stammkapital

% - Angabe = Beteiligung am Stammkapital

2.3 Grundlegende Daten 2025

	Bezeichnung	Gründung/Beurkundung	Handelsregister B Amtsgericht Jena	Stammkapital EUR	Geschäftsführer
1.	Kreiskrankenhaus Greiz-Ronneburg GmbH	09.06.1993	205474	3.301.250	Herr Ralf Delker bis zum 24.06.2025 Herr Clemens Schmitz bis zum 31.05.2025 Herr Dr. Tommy Jehmlich ab dem 30.06.2025
2.	MVZ Greiz, 100 %-ige Tochter der KKH Greiz-Ronneburg GmbH ¹	08.05.2007	501557	25.000	Herr Ralf Delker bis zum 24.06.2025 Herr Dr. Tommy Jehmlich ab dem 30.06.2025
3.	Dienstleistungszentrum Kreiskrankenhaus Greiz-Ronneburg GmbH, 100 %-ige Tochter der KKH Greiz-Ronneburg GmbH	20.03.2020 ²	512748	25.000	Herr Ralf Delker bis zum 24.06.2025 Herr Dr. Tommy Jehmlich ab dem 30.06.2025
4.	Pflegeheim Ronneburg GmbH, 100 %-ige Tochter der KKH Greiz-Ronneburg GmbH	12.01.2000	208234	25.000	Herr Clemens Schmitz bis zum 31.05.2025 Herr Ralf Delker bis zum 24.06.2025 Herr Dr. Tommy Jehmlich ab dem 30.06.2025
5.	Kreisrehabilitationsklinik Ronneburg GmbH 100 %-ige Tochter der KKH Greiz-Ronneburg GmbH	17.10.2019	516643	25.000	Herr Clemens Schmitz bis zum 31.05.2025 Herr Ralf Delker bis zum 24.06.2025 Herr Dr. Tommy Jehmlich ab dem 30.06.2025
6.	Personen- und Reiseverkehrs GmbH Greiz (PRG)	23.01.1991	201511	1.662.000	Herr Dr. Stefan Meißner
7.	Regionalverkehr Gera / Land GmbH (RVG)	23.11.1992	202722	650.000	Herr Dr. Stefan Meißner
8.	GRZ Service- und Verwaltungsgesellschaft mbH	28.01.2003	209759	26.000	Herr Dr. Stefan Meißner
9.	"Umwelt" Entsorgungs- und Straßenservice GmbH	03.07.1990	200743	310.000	Herr Jochen Eidner

¹ Genaue Bezeichnung – Medizinisches Versorgungszentrum – Poliklinik Greiz GmbH

² Gründung rückwirkend zum 01.01.2020

2.4 Ausgewählte Kennzahlen 2025

Kennzahlen Unternehmen	PRG	RVG	GRZ Service	KKH Greiz- Ronneburg	DLZ	MVZ Greiz	Pflege- heim Ronneburg	Kreisreha- klinik	Umwelt GmbH
<i>G & V - Daten</i>	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
Umsatz	10.129	6.567	1.067	71.509	2.871	4.668	4.254	0	7.148
Personalaufwand	5.931	4.502	962	46.184	2.612	4.319	2.456	0	3.252
Materialaufwand	2.682	1.302	0	18.547	46	110	1.108	0	923
<i>Bilanz</i>									
Anlagevermögen	3.167	2.906	49	55.216	85	697	106	0	2.703
bilanziertes Eigenkapital	2.427	871	139	37.188	339	0	2.397	14	4.409
Verbindlichkeiten	3.651	3.880	93	10.684	177	1.434	1.149	0	731
Bilanzsumme	6.867	4.952	306	80.461	604	1.746	3.658	17	5.316
<i>Sonstige</i>									
Bilanzielle EK-Quote (%) (EK ohne Sonderposten)	35	18	45	46	56	0	66	82	83
Beschäftigte (Durchschnitt)	100	70	15	651	91	84	52	0	69

3. Ausführungen zu den einzelnen Unternehmen

3.1 Krankenhäuser des Landkreises Greiz

3.1.1 Kreiskrankenhaus Greiz-Ronneburg GmbH (KKH Greiz-Ronneburg GmbH)

Sitz und Anschrift des Unternehmens

Kreiskrankenhaus	
Greiz-Ronneburg GmbH	Telefon: 03661-462110
Wichmannstraße 12	Telefax: 03661-462112
07973 Greiz	E-Mail: info@hospital-greiz.de

Rechtliche Grundlagen

Die Gesellschaft wurde am 09. Juni 1993 gegründet und ist beim Amtsgericht Jena (HRB 205474) eingetragen. Es gilt der Gesellschaftsvertrag vom 18. August 2022 (mit notarieller Urkundenrolle Nr. 405/2022 des Notariats Peter Orth).
Zeichen der Genehmigung: 240.3-1515-001/22-GRZ

Organe der Gesellschaft

Krankenhausleitung (Stand zum 31.12.2025):

Herr Dr. Tommy Jehmlich	Geschäftsführer
Herr Christian Luft	Einzelprokura
Herr Dr. med. Peter Gottschalk	Ärztlicher Leiter
Frau Maria von der Grün	Pflegedirektorin

Die Geschäftsführer sind vom Verbot der Selbstkontrahierung (§ 181 BGB) befreit. Die Angaben zu den Bezügen der Geschäftsführer werden unter Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB unterlassen.

Aufsichtsrat (Stand: 31.12.2025):

Vorsitzender	Herr Dr. Ulli Schäfer	Landrat
stellv. Vorsitzender	Herr Heinz Klügel	Kreistagsmitglied
weitere Mitglieder:	Herr Dr. Mario Dietzel	Kreistagsmitglied
	Frau Anja Tischendorf	Kreistagsmitglied
	Frau Sandy Delitscher	Kreistagsmitglied
	Herr Holger Steiniger	Kreistagsmitglied
	Frau Astrid Schwertfeger	Arbeitnehmersvertreter
	Frau Katrin Goller	Arbeitnehmersvertreter
	Frau Petra Vogel	Arbeitnehmersvertreter

Der Aufsichtsrat hat im Jahr 2025 Sitzungsgelder und Aufwandsentschädigungen i.H.v. 6 T€ erhalten (Vj. 1 T€).

Gesellschafterversammlung

Alleiniger Gesellschafter ist der Landkreis Greiz. Das Stammkapital der Gesellschaft zum 31.12.2025 beträgt 3.301.250,00 €. Der Landkreis als Gesellschafter wird in der Gesellschafterversammlung vom Landrat vertreten. Der Landrat handelt im Auftrag des Kreistages.

Beteiligungsverhältnisse an Unternehmen:

Medizinisches Versorgungszentrum – Poliklinik Greiz GmbH

Prozentualer Anteil: 100 %

Übernommene Stammeinlage: 25.000,00 €

Dienstleistungszentrum Kreiskrankenhaus Greiz-Ronneburg GmbH

Prozentualer Anteil: 100 %

Übernommene Stammeinlage: 25.000,00 €

Pflegeheim Ronneburg GmbH

Prozentualer Anteil: 100 %

Übernommene Stammeinlage: 25.000,00 €

Kreisrehabilitationsklinik Ronneburg GmbH

Prozentualer Anteil: 100 %

Übernommene Stammeinlage: 25.000,00 €

Zuschüsse und Kapitalentnahmen des Landkreises

Art der Entnahme: keine

Art des Zuschusses: keine

Gegenstand des Unternehmens (§ 2 Gesellschaftsvertrag)

Gegenstand des Unternehmens ist die Sicherstellung der bedarfsgerechten Krankenhausversorgung der Bevölkerung im Rahmen der Gesetze und rechtlichen Bestimmungen. Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Geschäfte zu tätigen, die mit dem genannten Gesellschaftszweck im wirtschaftlichen und organisatorischen Zusammenhang stehen und diesen fördern. Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Nebengeschäfte zu betreiben, die der Erzielung des Hauptzweckes der Gesellschaft dienen.

Die Gesellschaft darf andere Unternehmen gleicher oder ähnlicher Art gründen, übernehmen oder sich an solchen Unternehmen beteiligen, wenn ein wirtschaftlicher und organisatorischer Zusammenhang zur Erzielung des Gesellschaftszweckes besteht oder herbeigeführt werden soll. Insbesondere gilt das für Betreiber- und Servicegesellschaften oder anders bezeichnete Gesellschaften, die Hilfs- und Nebenprozesse des Krankenhauses betreiben bzw. Serviceleistungen erbringen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Kreiskrankenhaus Greiz-Ronneburg GmbH erfüllt die Aufgaben entsprechend dem geltenden Thüringer Krankenhausplan. Die unter der Überschrift "Kurzvorstellung" aufgeführten Unternehmensziele entsprechen dem öffentlichen Zweck von Unternehmen eines Landkreises und dem genehmigten Gesellschaftsvertrag. Der öffentliche Zweck besteht weiter fort. Die Geschäftstätigkeit entspricht dem genehmigten Gesellschaftszweck. Die Gesellschaft steht im Einklang mit der Leistungsfähigkeit des Landkreises Greiz und seinem voraussichtlichen Bedarf.

Kurzvorstellung des Unternehmens

Das Krankenhaus wird als juristisch selbständige Person in GmbH-Form geführt. Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnittes "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung. Die Gesellschaft übernimmt Aufgaben mit regionalem und überregionalem Versorgungscharakter. Ziel des Krankenhauses ist die Sicherstellung der gemäß dem Thüringer Krankenhausplan gestellten Aufgaben unter Einhaltung wirtschaftlicher Gesichtspunkte zur medizinischen Versorgung der Bevölkerung im Einzugsgebiet. Die KKH Greiz-Ronneburg GmbH ist innerhalb der Krankenhausplanung des Landes Thüringen eingeordnet und entspricht lt. Feststellungsbescheid einem Krankenhaus mit (regional) intermediärem Versorgungscharakter. Mit Wirkung zum 01.01.2022 wurde die Kreiskrankenhaus Ronneburg-Fachklinik für Geriatrie GmbH mit 113 Planbetten und drei Tagesklinikbetten auf die Gesellschaft verschmolzen.

Mit zwei Krankenhäusern an zwei Standorten werden in insgesamt 10 Fachrichtungen stationäre, teilstationäre und ambulante Gesundheitsleistungen erbracht. Im Rahmen der gesetzlichen Krankenhausplanung ist die Kreiskrankenhaus Greiz-Ronneburg GmbH am Standort Greiz mit folgenden Fachabteilungen berücksichtigt:

- . Klinik für Innere Medizin 1
- . Klinik für Innere Medizin 2
- . Klinik für Allgemeine, Gefäß- und Viszerale Chirurgie
- . Klinik für Orthopädie und Unfallchirurgie
- . Department Wirbelsäulenchirurgie
- . Klinik für Anästhesie und Intensivtherapie
- . Klinik für Gynäkologie
- . Urologische Klinik
- . Hals-Nasen-Ohren Klinik (Belegabteilung)
- . Klinik für Radiologie, Interventionelle Radiologie und Neuroradiologie

Mit einer Gesamtkapazität von durchschnittlich 256 aufgestellten Betten (Standort Greiz) für die stationäre Versorgung, das ambulante Operieren und weitere ambulante Behandlungsmöglichkeiten erfolgten auf Basis eines soliden und breiten Behandlungsspektrums die Sicherstellung und Gewährleistung der medizinischen Versorgung im Landkreis Greiz. Hinzu kommen die laut Feststellungsbescheid zum 7. Thüringer Krankenhausplan aufgestellten 113 Planbetten und 3 Tagesklinikbetten am Standort Ronneburg.

Die KKH Greiz-Ronneburg GmbH ist Mitglied im Kommunalen Arbeitgeberverband Thüringen und im Akademischen Lehrkrankenhaus des Universitätsklinikums Jena. Das Krankenhaus ist entsprechend den gesetzlichen Vorschriften von der Körperschaft-, Vermögen-, Gewerbe- und Grundsteuer befreit.

Wirtschaftliche Lage und Geschäftsverlauf

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Das gesamtwirtschaftliche Umfeld in Deutschland war im Geschäftsjahr 2025 weiterhin durch eine verhaltene Konjunktur, erhöhte Preisniveaus sowie ein im Vergleich zu den Vorjahren höheres Zinsniveau geprägt. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) stieg 2025 gegenüber dem Vorjahr lediglich um 0,2 %, während die Inflationsrate im Jahresdurchschnitt 2,2 % betrug. Diese Rahmenbedingungen wirkten sich auch auf die Gesundheitswirtschaft aus, insbesondere aufgrund steigender Personal- und Sachkosten sowie erhöhter Anforderungen an Liquiditäts- und Investitionsplanung. Branchenumfragen gehen davon aus, dass im Jahr 2025 ein erheblicher Teil der deutschen Krankenhäuser, in der Größenordnung von rund zwei Dritteln, ein negatives Jahresergebnis erwartet, was die weiterhin angespannte wirtschaftliche Lage im Krankenhaussektor unterstreicht. Kostendruck aus Tarif- und Preissteigerungen, Fachkräftemangel sowie strukturelle Veränderungen führten branchenweit zu Ergebnisbelastungen und zu einem erhöhten Anpassungs- und Konsolidierungsdruck.

Für Krankenhäuser in Thüringen sind darüber hinaus die landesplanerischen Vorgaben sowie die anstehenden Umsetzungsfragen der Krankenhausreform von besonderer Bedeutung. Der Umfang und Zeitpunkt der künftigen Vorhaltefinanzierung und der Leistungsgruppen-Zuordnung sind zum Bilanzstichtag noch mit Unsicherheiten behaftet und können die Erlös- und Kostenstrukturen mittelbar beeinflussen.

Für die Kreiskrankenhaus Greiz-Ronneburg GmbH ergaben sich aus diesen Rahmenbedingungen auch im Berichtsjahr erhöhte Anforderungen an Personalgewinnung, Leistungssteuerung und Kostenmanagement. Die Förderprogramme (u. a. KHZG) unterstützten weiterhin die Investitionen in Digitalisierung und Infrastruktur; gleichwohl sind ergänzende Eigenmittel und laufende Betriebsaufwendungen für Betrieb, Wartung und Informationssicherheit zu berücksichtigen. Die betriebswirtschaftlichen Folgen dieser Entwicklungen sind nach wie vor schwer abzuschätzen. Die Auslastung der Krankenhäuser hat sich auch im Jahr 2025 noch nicht auf das Niveau der Vor-Corona-Jahre erholt und wird auch im Zuge der Ambulantisierung wohl nicht mehr erreicht werden. Dies führt zu einem anhaltenden ökonomischen Druck, und viele Krankenhäuser, darunter auch unseres, bewerten ihre wirtschaftliche Lage als unbefriedigend.

Im Jahr 2025 sind die staatlichen Energiepreisbremsen und Entlastungen, die 2024 noch spürbar in Höhe von 789 T€ geholfen haben, weggefallen - dadurch waren unsere Energiepreise wieder deutlich stärker vom Markt abhängig und Kostensteigerungen konnten nicht mehr durch staatliche Deckelungen abgefedert werden.

2. Geschäftsverlauf

Die Fallzahlen sind im Vergleich zum Vorjahr an beiden Standorten gesunken. Nur langsam erholen sich die durch die herrschende Corona-Pandemie in den Jahren 2020-2022 fehlenden Krankenhauserlöse. Der Arbeitsmarkt für Ärzte signalisiert keine absehbare Entspannung. Weiterhin besteht das Risiko, Honorarärzte beschäftigen zu müssen. Der Nachbesetzung freier ärztlicher Stellen wird weiterhin besondere Bedeutung beigemessen. Dennoch ist die Situation im ärztlichen Bereich langfristig als risikobehaftet und kritisch zu beurteilen.

a) Vermögenslage:

Die Bilanzsumme beträgt zum 31.12.2025 = 80.461 T€. Das Bruttovermögen entfällt zu 69 % auf das Anlagevermögen und zu 27 % auf das kurzfristige Umlaufvermögen, darüber hinaus sind auf der Aktivseite der Ausgleichsposten nach KHG (Eigenmittelförderung) in Höhe von 3.530 T€ sowie aktive Rechnungsabgrenzungsposten von 146 T€ ausgewiesen. Das Umlaufvermögen ist insbesondere durch die Position Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz (7.165 T€) geprägt, welche im Wesentlichen die Forderungen aus der KHZG-Förderung und zum anderen die Forderungen aus der Abrechnung der Ausgleichs für 2022 bis 2025 enthält.

Die im Geschäftsjahr 2025 getätigten Investitionen von 6.453 T€ betrafen überwiegend den Bereich Digitalisierung, Medizintechnik und Technische Anlagen. Die Investitionen wurden in Höhe von 43,7 % über Fördermittel finanziert, im Übrigen aus Eigenmitteln. Zusätzliche Darlehen mussten nicht aufgenommen werden.

Das Eigenkapital hat sich verringert und beträgt zum 31.12.2025 = 37.188 T€. Die Eigenkapitalquote liegt unter Einbeziehung der Sonderposten bei 82 %, ohne diese Einrechnung bei 46 %.

b) Finanzlage:

Zum Bilanzstichtag 31.12.2025 beträgt die Liquidität der Gesellschaft aus Kassen- und Bankguthaben 7.625 T€. Darin sind zweckgebundene Mittel aus Pauschalfördermitteln in Höhe von 1.635 T€ enthalten. Aufgrund der guten Liquidität und auch durch das weiterhin verkürzte Zahlungsziel der Krankenkassen von 14 auf 5 Tage konnten im Geschäftsjahr 2025 die Verbindlichkeiten für Lieferungen und Leistungen unter Abzug von Skonto bezahlt werden. Insgesamt betrachtet war die Zahlungsfähigkeit des Konzerns zu jeder Zeit gegeben.

c) Ertragslage:

Die DRG-Erlöse wurden an beiden Standorten durch die Erhöhung des Landesbasisfallwertes von 4.205,76 € auf 4.453,76 € positiv beeinflusst. Gleichzeitig war die Erlösentwicklung insgesamt stärker durch Preis- und Struktureffekte geprägt als durch Mengenwachstum.

Am Standort Greiz gingen die stationären Fallzahlen von 10.856 auf 10.293 Fälle (-5,2 %) zurück, auch die Berechnungstage reduzierten sich um 2,9 %. Dem stand ein höherer CMI (+4,8 %) gegenüber, sodass sich die Erlöse je Fall tendenziell verbessert haben. Der Rückgang im stationären Bereich wurde zudem teilweise durch steigende ambulante Fallzahlen begleitet, was die Ambulantisierung im Leistungsgeschehen widerspiegelt.

Am Standort Ronneburg sank die stationäre Geriatrie in der Menge leicht um 1 % (Fallzahl). Der CMI blieb dabei nahezu stabil, während sich die Verweildauer von 17,02 auf 16,2 Tage verringerte. In Ronneburg veränderte sich die Auslastung im Jahresverlauf deutlich.

Im 1. Quartal 2025 war eine sehr gute Belegung zu verzeichnen. Im 2. Halbjahr 2025 ging die Auslastung hingegen deutlich zurück, insbesondere durch den Wegfall eines wesentlichen Haupteinweisers. Diese Entwicklung wirkte sich spürbar auf die Berechnungstage und damit auf die Erlössituation aus. Der Aufbau der geriatrischen Rehabilitation konnte den Rückgang im Akutbereich im Berichtsjahr nur teilweise abfedern.

Zur Bewertung der Ertragslage für das Berichtsjahr werden die Personalaufwandsquote, die Materialaufwandsquote sowie die Umsatzrentabilität in der nachfolgenden Tabelle dargestellt:

Jahr	Kennziffern		
	Personalaufwandsquote %	Materialaufwandsquote %	Umsatzrentabilität %
2023	62,5	23,3	2,7
2024	61,9	25,0	- 2,8
2025	63,9	25,7	- 2,8

Der Personalaufwand ist gegenüber dem Vorjahr um 1.393 T€ auf 46.184 T€ gestiegen. Im Wesentlichen haben Tarifsteigerungen und die Zuführung zu Rückstellungen im Bereich Resturlaub sowie Mehrstunden die Mehrkosten verursacht.

Die Sachkosten lagen im Geschäftsjahr 2025 insgesamt um 1.408 T€ über dem Plan. Wesentliche Abweichungen ergaben sich vor allem im medizinischen Bedarf mit 487 T€ durch Preissteigerungen bei ärztlichem und pflegerischem Material, höhere Laborleistungen im Zusammenhang mit mehr ambulanten Fällen sowie zusätzliche Therapieaufwendungen durch den Aufbau der Reha. Daneben sind auch Verwaltungskosten im Zusammenhang mit „Smart Archiv“/Datenmigration, Personalbeschaffung und Beratungskosten mit 210 T€ über dem Plan. Darüber hinaus belasteten sonstige Aufwendungen das Ergebnis stärker als geplant, insbesondere durch die Wertberichtigung von Forderungen zu Altklagefällen des Standortes Ronneburg in Höhe von 245 T€.

Das Geschäftsjahr 2025 schließt mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 1.991 T€ ab. Das Ergebnis liegt damit um 2.241 T€ unter dem geplanten Wert. Ursächlich hierfür sind insbesondere um 1.408 T€ über dem Plan liegende Sachkosten bei gleichzeitig leicht unter den Planwerten liegenden Umsatzerlösen.

Die Leistungsentwicklung der beiden Krankenhäuser wird in der folgenden Übersicht dargestellt:

Standort Greiz		IST 2025	Vorjahr 2024
Stationäre Fälle	Berechnungstage	51.634	53.186
	CMI	0,8238	0,786
	Fallzahl	10.293	10.856
	Landesbasisfallwert	4.453,76 EUR	4.205,76 EUR
	Verweildauer (Tage)	5,0	4,9

Standort Ronneburg		IST 2025	Vorjahr 2024
Stationäre Geriatrie	Berechnungstage	29.287	31.104
	CMI	1,1724	1,176
	Fallzahl	1.808	1.827
	Landesbasisfallwert	4.453,76 EUR	4.205,76 EUR
	Verweildauer (Tage)	16,2	17,02
Tagesklinik Ronneburg	Berechnungstage	0	0
	Fallzahl	0	0
	Pflegesatz zum 31.12.	116,80 EUR	111,87 EUR
	Verweildauer (Tage)	0	0

d) Qualitätsmanagement

Im Krankenhaus ist ein Qualitätsmanagementsystem etabliert, dass die Anforderungen des SBG V an ein einrichtungsinternes Qualitätsmanagement, formuliert in der QM-Richtlinie des gemeinsamen Bundesausschusses, voll erfüllt. Im Krankenhaus Greiz-Ronneburg liegen folgende Zertifikate vor:

- Lokales Traumazentrum im Traumanetzwerk Thüringen
- Silber Zertifikat „Aktion Saubere Hände“ für den Standort Greiz
- Bronze Zertifikat „Aktion Saubere Hände“ für den Standort Ronneburg
- Qualitätszertifikat MRE-Netzwerke in Thüringen
- Teilnahme am Krankenhaus-Infektions-Surveillance-System (KISS) – HAND-KISS, ITS-KISS, MRSA-KISS am Standort Greiz; HAND-KISS am Standort Ronneburg

Mit der Einführung und Etablierung eines Meldesystems für kritische Ereignisse (CIRS) im Rahmen des Qualitäts- und Risikomanagements leistet das Krankenhaus einen aktiven Beitrag zur Erhöhung der Patienten- und Mitarbeitersicherheit sowie -zufriedenheit und eine strategische Qualitätssicherung aller Abläufe im Krankenhaus. Im jährlich zu erstellenden Qualitätsbericht werden die Vorgaben zum Stand der Umsetzung und Weiterentwicklung des einrichtungsinternen Qualitätsmanagements dokumentiert.

e) Investitionen

Die Gesellschaft tätigte im Jahr 2025 Investitionen in Höhe von 6.453 T€. Die Investitionen betrafen im Wesentlichen den Bereich der Digitalisierung des Krankenhauses (KHZG), Medizintechnik und Technische Anlagen. Die Investitionen des Berichtsjahres wurden in Höhe von 43,7 % über Fördermittel finanziert, im Übrigen aus Eigenmitteln. Zusätzliche Darlehen mussten nicht aufgenommen werden. Investiert wurde u.a. in:

- Umsetzung Digitalisierungspaket nach dem KHZG
- Erneuerung Energiezentrale
- LED-Beleuchtung (Energieeffizienz) und Infusionstechnik
- Patientenmonitoring
- Umbau Nuklearmedizin + Erweiterung/Neuanschaffung Rechenzentrum

Die Aufwendungen für Instandhaltung, Reparaturen und Wartung betrugen im Geschäftsjahr insgesamt 2.734 T€. Davon entfielen 954 T€ auf Medizintechnik, 847 T€ auf Betriebstechnik und 770 T€ auf EDV-Ausstattung.

f) Prognose

Im Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2026 wird von einem negativen Jahresergebnis in Höhe von 741 T€ ausgegangen. Maßgeblich hierfür sind die geplanten Effekte aus der Weiterentwicklung des Leistungsangebots, aus einer stabileren operativen Steuerung und gezielten Einsparungen ineffizienter Bereiche. Die Prognose steht dabei wesentlich unter dem Vorbehalt der Auslastungsentwicklung der akutgeriatrischen Klinik am Standort Ronneburg. Eine nachhaltige Belegung ist entscheidend, um die vorgesehenen Erlöse zu realisieren und Fixkosten besser zu decken. Zusätzlich wird für 2026 ein positiver Ergebnisbeitrag aus der Erweiterung der geriatrischen Rehabilitation erwartet. Vorbehaltlich der personellen Voraussetzungen ist eine Ausweitung der Kapazität von 21 auf 42 Rehabilitationsbetten vorgesehen. Der wirtschaftliche Erfolg dieser Maßnahme hängt insbesondere von der gesicherten Fachkräfteverfügbarkeit sowie der tatsächlichen Inbetriebnahme und Auslastung der zusätzlichen Betten ab. Die Ergebnisentwicklung bleibt damit in hohem Maß von der tatsächlichen Leistungs- und Belegungsentwicklung sowie den personellen Rahmenbedingungen abhängig. Die Liquiditätslage wird auf Basis der aktuellen Planung als ausreichend eingeschätzt. Investitionen werden insbesondere in Digitalisierung, Medizintechnik und technische Anlagen unter Beachtung der Fördermittelabrufe und der Eigenmittelverfügbarkeit fortgeführt.

Die Prognose steht unter dem Vorbehalt wesentlicher externer Einflüsse, insbesondere der weiteren Ausgestaltung der Krankenhausreform, möglicher Änderungen der Krankenhausplanung, der Entwicklung der Tarif- und Energiekosten sowie der Gewinnung von Fachpersonal. Abweichungen hiervon können die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft wesentlich beeinflussen. Aufgrund der Planungsunsicherheit durch die neue Krankenhausfinanzierung muss allerdings darauf hingewiesen werden, dass Risiken und Chancen nicht wirklich eingeschätzt werden können.

g) Chancen

Die Geschäftsführung sieht gute Chancen, das Krankenhaus in den kommenden Jahren stärker und stabiler aufzustellen nicht nur medizinisch, sondern auch organisatorisch und als Arbeitgeber. Ein wichtiger Hebel ist dabei mehr Sichtbarkeit nach außen. Mit gezieltem Marketing und Social Media können die Leistungen und die Rolle als regionaler Versorger klarer aufgezeigt, Patientinnen und Patienten besser erreicht und zugleich neue Mitarbeitende auf das Unternehmen aufmerksam gemacht werden. Ergänzend helfen attraktive Mitarbeiter-Benefits und eine Kultur, in der standort- und berufsgruppenübergreifend als ein Team gearbeitet wird. Das stärkt die Bindung, erleichtert die Gewinnung von Fachkräften und verbessert die Zusammenarbeit im Alltag.

Eine konkrete Entwicklungschance liegt in der Erweiterung der geriatrischen Rehabilitation. Für das 2. Halbjahr ist, sofern ausreichend Fachkräfte zur Verfügung stehen, eine Verdopplung der Bettenkapazität geplant. Damit kann die Gesellschaft der steigenden Nachfrage nach altersmedizinischen Reha-Leistungen besser gerecht werden, die Behandlungskette für ältere Patientinnen und Patienten sinnvoll ergänzen und gleichzeitig die wirtschaftliche Basis des Hauses am Standort Ronneburg stärken. Entscheidend ist, dass es gelingt, insbesondere im Pflege- und Therapiebereich die notwendigen Fachkräfte zu gewinnen und dauerhaft zu halten.

Weitere Chancen liegen in der effizienteren Steuerung von Prozessen. Wenn Abläufe klarer organisiert sind, Verantwortlichkeiten eindeutig geregelt und die Kapazitäten und Belegung aktiv gesteuert werden, können Ressourcen besser genutzt und Reibungsverluste an Schnittstellen reduziert werden. Positiv wird dazu die geplante Einführung einer Kosten- und Leistungsrechnung beitragen. Sie schafft mehr Transparenz darüber, wo welche Kosten entstehen und welche Leistungen sie auslösen und unterstützt damit, Entscheidungen fundierter zu treffen und die Bereiche gezielter zu steuern.

h) Risiken

Ein weiteres Risiko – neben den finanziellen Rahmenbedingungen für die Krankenhausfinanzierung im Jahr 2026 – ist in der Wettbewerbssituation des Krankenhauses am Standort Ronneburg zu sehen. Änderungen im 8. Thüringer Krankenhausplan sowie die weitere Ausgestaltung der Leistungsgruppen können zu strukturellen Anpassungserfordernissen und Erlösverschiebungen führen.

Der Fachkräftemangel stellt in der Gesundheitsbranche weiterhin ein Risiko dar und führt dazu, dass die Schere zwischen dem Pflegebedarf und der Verfügbarkeit von Pflegekräften in der Krankenhausbranche wächst. Die Gesellschaft arbeitet vor diesem Hintergrund verstärkt am Personalrecruiting und der Personalbindung.

Am 17. Oktober 2024 hat der Bundestag das Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz (KHVVG) beschlossen, das weitreichende Änderungen in der Finanzierung der Krankenhausbehandlungen mit sich bringt. Die Leistungen werden nun in 65 Leistungsgruppen differenziert, wobei die Strukturkosten dieser Gruppen durch eine fallzahlunabhängige Vorhaltefinanzierung gedeckt werden sollen. Etwa 40 Prozent der Krankenhausleistungen bleiben jedoch weiterhin durch eine Fallpauschalenfinanzierung abgedeckt. Trotz der Einführung dieses neuen Vergütungssystems bleibt die Finanzierung in ihrer Grundstruktur und Höhe unklar, was zu einer massiven Planungsunsicherheit für die Krankenhäuser führt.

Im Rahmen des Krankenhauszukunftsgesetzes (KHZG) wurden wichtige Maßnahmen zur Förderung der Digitalisierung in deutschen Krankenhäusern initiiert. Ziel des KHZG ist es, die digitale Infrastruktur in den Einrichtungen zu verbessern, um die Versorgungsqualität zu steigern und die Effizienz der Abläufe zu erhöhen. Es ist jedoch zu beachten, dass das KHZG nicht die vollständigen Kosten für die Digitalisierung abdeckt. Die finanziellen Mittel, die im Rahmen des Gesetzes bereitgestellt werden, sind begrenzt und konzentrieren sich auf spezifische Projekte und Maßnahmen, wie beispielsweise die Implementierung von elektronischen Patientenakten, telemedizinischen Anwendungen und die Verbesserung der IT-Sicherheit.

Die Krankenhäuser sind daher gefordert, zusätzliche finanzielle Ressourcen einzuplanen, um die Digitalisierung umfassend voranzutreiben. Dies umfasst sowohl Investitionen in moderne Technologien als auch in die Schulung des Personals, um die neuen Systeme effektiv nutzen zu können.

Im Kontext der fortschreitenden Ambulantisierung im Gesundheitswesen ist zu beobachten, dass die stationären Fallzahlen tendenziell zurückgehen, während die ambulanten Behandlungsformen zunehmen. Diese Entwicklung bringt sowohl Chancen als auch Herausforderungen für die Krankenhäuser mit sich.

Die aktuelle Unterfinanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) stellt eine erhebliche Herausforderung für die finanzielle Stabilität der Krankenhäuser dar. Die anhaltende Inflation und die damit verbundenen Kostensteigerungen in Bereichen wie Personal, Material und Betriebskosten belasten die finanziellen Ressourcen der Krankenhäuser zunehmend. Trotz der Notwendigkeit, die Vergütungssysteme anzupassen, um die gestiegenen Kosten zu decken, bleibt die GKV unterfinanziert. Dies führt dazu, dass die Erhöhung der Fallpauschalen nicht in dem Maße erfolgt, wie es zur Kompensation der Tarifsteigerungen erforderlich wäre. Es besteht die Gefahr, dass die Einrichtungen gezwungen sind, Einsparungen vorzunehmen, die sich negativ auf die Versorgungsqualität und die Mitarbeiterzufriedenheit auswirken können. Zudem könnte dies die Fähigkeit der Krankenhäuser beeinträchtigen, notwendige Investitionen in die Infrastruktur und Digitalisierung zu tätigen.

3. Zusammenfassung / Gesamtaussage

Die aktuelle Liquidität stellt sich stabil dar. Liquiditätsrisiken sind aufgrund der vorausschauenden Planung derzeit nicht vorhanden. Die Geschäftsführung geht von einer stabilen Vermögens-, Finanz- und Ertragslage für das Jahr 2026 aus.

Der Jahresabschluss wurde unter Einbeziehung der Buchführung und des Lageberichtes für das Geschäftsjahr vom 01.01.2025 - 31.12.2025 von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft CURACON GmbH, Zweigniederlassung Leipzig, geprüft und ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt. Die Prüfung gemäß § 53 HGrG (Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung) führte zu keinen Einwendungen.

4. Ausgewählte Kennziffern der KKH Greiz-Ronneburg GmbH¹

Bilanz	2023 T€	2024 T€	2025 T€	Veränderung zum Vorjahr
Anlagevermögen	55.596	55.251	55.216	- 35
Umlaufvermögen	25.232	23.843	21.569	- 2.274
Eigenkapital	41.717	39.178	37.188	- 1.991
Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	30.782	29.672	28.615	- 1.057
Verbindlichkeiten	8.074	10.279	10.684	405
Bilanzsumme	84.441	82.679	80.461	- 2.218
Gewinn- und Verlustrechnung				
Umsatzerlöse ²	63.119	67.071	71.509	4.438
sonstige betriebliche Erträge	6.752	1.900	1.024	- 876
Personalaufwand	40.308	44.792	46.184	1.392
Materialaufwand	16.322	17.537	18.547	1.010
Abschreibungen	5.331	5.600	6.412	812
sonstiger betrieblicher Aufwand	9.506	7.310	7.168	- 142
Sonstige Zinsen + ähnliche Erträge	139	193	131	- 62
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	25	2	2	-/+ 0
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	1.856	- 2.539	- 1.991	548
Sonstige				
Eigenkapitalquote (%) ³	85	83	82	- 1
Beschäftigte Ø	626	653	651	- 2
Fallzahlen (Absolut)	12.275	12.683	12.101	- 582
Umsatz je Beschäftigten (T€)	112	106	111	5
Personalaufwand je Fall (T€)	3,3	3,5	3,8	0,3
Materialaufwand je Fall (T€)	1,5	1,4	1,5	0,1

¹ Rundungsdifferenzen möglich

² Erlöse aus Krankenhausleistung, Erlöse Wahlleistung, ambulante Leistungen, Nutzungsentgelten der Ärzte, Erlöse nach §277 HGB

³ Eigenkapital / Gesamtkapital, wobei der Sonderposten aus Zuwendungen in das Eigenkapital mit eingerechnet wurde

3.1.1.1 Medizinisches Versorgungszentrum – Poliklinik Greiz GmbH

Sitz und Anschrift des Unternehmens

Medizinisches Versorgungszentrum –
Poliklinik Greiz GmbH
Wichmannstraße 12
07973 Greiz

Telefon: 03661-462110
Telefax: 03661-462112
E-Mail: info@mvzgreiz.de

Rechtliche Grundlagen

Die Gesellschaft wurde am 08. Mai 2007 gegründet und ist beim Amtsgericht Jena (HRB 501557) eingetragen. Es gilt der Gesellschaftsvertrag vom 23.02.2023 (mit notarieller Urkundenrolle Nr. 131/2023) des Notariats Peter Orth).

Zeichen der Genehmigung: 240 – 1515.01 – 001/06 – GRZ

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung (Stand zum 31.12.2025):

Herr Dr. Tommy Jehmlich	Geschäftsführer
Herr Christian Luft	Einzelprokura
Frau Claudia Krüger	Ärztliche Leiterin

Der Geschäftsführer ist vom Verbot der Selbstkontrahierung (§ 181 BGB) befreit. Die Angaben zu den Bezügen der Geschäftsführer werden unter Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB unterlassen.

Aufsichtsrat (Stand: 31.12.2025):

Vorsitzender	Herr Dr. Ulli Schäfer	Landrat
stellv. Vorsitzender	Herr Heinz Klügel	Kreistagsmitglied
weitere Mitglieder:	Herr Dr. Mario Dietzel	Kreistagsmitglied
	Frau Anja Tischendorf	Kreistagsmitglied
	Frau Sandy Delitscher	Kreistagsmitglied
	Herr Holger Steiniger	Kreistagsmitglied

Der Aufsichtsrat hat im Geschäftsjahr 2025 keine Bezüge erhalten (Vj. keine Bezüge).

Gesellschafterversammlung

Alleiniger Gesellschafter ist die Kreiskrankenhaus Greiz-Ronneburg GmbH. Das Stammkapital der Gesellschaft zum 31.12.2025 beträgt 25.000,00 €. Die Gesellschaft wird als 100%-iges Tochterunternehmen in den Konzernabschluss der Kreiskrankenhaus Greiz-Ronneburg GmbH einbezogen.

Beteiligungsverhältnisse an Unternehmen

keine

Zuschüsse und Kapitalentnahmen des Landkreises

Art der Entnahme: keine

Art des Zuschusses: keine

Gegenstand des Unternehmens (§ 2 Gesellschaftsvertrag)

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb medizinischer Versorgungszentren im Sinne des SGB V zur Erbringung aller hiernach zulässigen ärztlichen und nichtärztlichen Leistungen und aller hiermit im Zusammenhang stehenden Tätigkeiten sowie die Bildung von Kooperationen mit ambulanten und stationären Leistungserbringern der Krankenhausbehandlung und der Vorsorge und Rehabilitation und nichtärztlichen Leistungserbringern im Bereich des Gesundheitswesens einschließlich des Angebots und der Durchführung neuer ärztlicher Versorgungsformen, wie die integrierte Versorgung. Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Geschäfte zu tätigen, die mit dem genannten Gesellschaftszweck im wirtschaftlichen und organisatorischen Zusammenhang stehen und diesen fördern.

Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Nebengeschäfte zu betreiben, die der Erzielung des Hauptzweckes der Gesellschaft dienen. Die Gesellschaft darf andere Unternehmen gleicher oder ähnlicher Art gründen, übernehmen oder sich an solchen Unternehmen beteiligen, wenn ein wirtschaftlicher und organisatorischer Zusammenhang zur Erzielung des Gesellschaftszweckes besteht oder herbeigeführt werden soll. Insbesondere gilt das für Betreiber- und Servicegesellschaften oder anders bezeichnete Gesellschaften, die Hilfs- und Nebenprozesse des Krankenhauses betreiben bzw. Serviceleistungen erbringen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Das Medizinische Versorgungszentrum - Poliklinik Greiz GmbH erfüllt die Aufgaben entsprechend dem Gesellschaftsvertrag. Die unter der Überschrift "Kurzvorstellung" aufgeführten Unternehmensziele entsprechen dem öffentlichen Zweck von Unternehmen eines Landkreises und dem genehmigten Gesellschaftsvertrag. Der öffentliche Zweck besteht weiter fort. Die Geschäftstätigkeit entspricht dem genehmigten Gesellschaftszweck.

Kurzvorstellung des Unternehmens

Das Medizinische Versorgungszentrum – Poliklinik Greiz GmbH (im folgenden MVZ Greiz) wurde gegründet, um gemeinsam mit interessierten niedergelassenen Ärzten der Region und interessierten Krankenhausärzten die Möglichkeiten von fachärztlichen Untersuchungen und Behandlungen durch Bereitstellung personeller und materieller Ressourcen zu erleichtern. Wartezeiten und Wege für die Patienten sollen sich verkürzen.

Mit dieser Gesellschaft soll vor allem die ambulante Versorgung im Landkreis in der Zukunft unterstützt und verbessert werden. Wichtige Aspekte sind des Weiteren positive Auswirkungen auf die Auslastung des Krankenhauses am Standort Greiz sowie die optimale Nutzung der vorhandenen Ressourcen und Technik. Das MVZ Greiz wird als juristisch selbständige Person in GmbH - Form geführt. Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnittes "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung.

Wirtschaftliche Lage und Geschäftsverlauf

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Das deutsche Gesundheitssystem unterliegt einem anhaltenden Wandel. Äußere Rahmenbedingungen im ambulanten Gesundheitssektor sind im Wesentlichen:

- die Gesetzgebung,
- die demografischen Effekte bei Patienten und Personal sowie
- die gesellschaftlich notwendige Optimierung und Konzentration von Prozessen.

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für das MVZ werden entscheidend von der Kassenärztlichen Vereinigung Thüringen (KV Thüringen) vorgegeben.

Die Herausforderung im Wettbewerb mit anderen stationären und ambulanten Gesundheitsdienstleistern liegt vor allem darin, qualitativ hochwertige Angebote medizinischer Leistungen vorzuhalten, sich den Gegebenheiten gesetzlicher Natur bzw. im Sinne von Optimierung bereits bestehender Strukturen anzupassen und sich vorhandener Stärken und Schwächen bewusst zu werden.

Medizinische Versorgungszentren werden perspektivisch ihre Stellung in der Gesundheitsversorgung weiter ausbauen und ein wichtiger Bestandteil der ambulanten Patientenversorgung sein.

Das MVZ schafft für das Kreiskrankenhaus Greiz-Ronneburg wesentliche Voraussetzungen, um im Schnittstellenbereich zwischen der ambulanten und stationären Versorgung agieren zu können und Synergieeffekte zu generieren.

2. Geschäftsverlauf

Das MVZ Greiz umfasst per 31.12.2025 die folgenden Fachbereiche:

- Hausärzte (Allgemeinmedizin, Innere Medizin)
- Neurologie
- Urologie
- Kardiologie
- Chirurgie
- Neurochirurgie
- Nuklearmedizin

Nach umfangreichen Baumaßnahmen konnte die nuklearmedizinische Praxis im Juli 2025 ihren Betrieb aufnehmen. Seitdem ist ein kontinuierlicher Anstieg der Fallzahlen zu verzeichnen. Gegen Ende des Geschäftsjahres fanden Gespräche mit den Chefarzten der Gynäkologischen Kliniken in Werdau und Rodewisch statt, mit dem Ziel Kooperationsvereinbarungen zu schließen. Die entsprechenden Verträge wurden Anfang 2026 unterzeichnet. Im Mai 2025 wurde dem MVZ Greiz ein hälftiger Versorgungsauftrag für die Fachgruppe der Urologen durch den Zulassungsausschuss zugesprochen. Die Aufnahme der Tätigkeit erfolgte im August 2025.

Im August 2025 erfolgte der Tätigkeitsbeginn einer Fachärztin für Allgemeinmedizin. Bedauerlicherweise hat die Medizinerin das MVZ Greiz zwei Monate später aus persönlichen Gründen wieder verlassen. Damit entfielen auch die Voraussetzungen für den Erhalt einer Förderung durch die KV Thüringen, die für einen neu gegründeten Praxissitz eine Förderung von 60 T€ vorgesehen hatte.

Um perspektivisch Hausärzte aus den eigenen Reihen anzustellen, wird in die Ausbildung von Allgemeinmedizinern investiert. Die KV Thüringen hat im Sommer 2025 den Bedarf in der neurochirurgischen Versorgung ermittelt und einen hälftigen Sitz ausgeschrieben, auf den sich das MVZ Greiz beworben hat. Auch dieser Sitz soll 2026 mit einem Chefarzt der Klinik besetzt werden. Mit der Eröffnung der geriatrischen Reha-Klinik in Ronneburg zum 11.08.2025 erweitert auch das Therapeutenteam des MVZ ihr Leistungsportfolio. Im Portfolio enthalten sind Ergo- und Physiotherapie, Hirnleistungstraining, feinmotorisches Training, Gleichgewichtstraining sowie Krankengymnastik.

Insgesamt werden 9,0 Arztstellen (Vorjahr: 7,25) vorgehalten. Im Vergleich zum Vorjahr ist festzustellen, dass die Fallzahlen aufgrund des Tätigwerdens von einem weiteren Arzt gestiegen sind.

Jahr	Fallzahlen
2021	40.155
2022	31.976
2023	31.924
2024	32.508
2025	34.652

Im Geschäftsjahr 2025 waren Liquiditätsunterstützungen zur Bestandserhaltung durch die Gesellschafterin erforderlich.

a) Vermögenslage:

Die Bilanzsumme beträgt 1.375 T€ zum 31.12.2025 und ist im Vergleich zum Vorjahr um 96 T€ gestiegen.

Den Investitionen von 339 T€ stehen Abschreibungen von 145 T€ gegenüber. Das Anlagevermögen erhöhte sich um 195 T€ und liegt zum 31.12.2025 bei 697 T€.

Das Umlaufvermögen ist im Vergleich zum Vorjahr um 97 T€ gesunken und beträgt zum Bilanzstichtag 677 T€. Dies resultiert im Wesentlichen aus dem niedrigeren Kassenbestand bzw. Guthaben bei Kreditinstituten. Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen bestehen bis zum 31.12.2025 in Höhe von 93 T€.

b) Finanzlage:

Die Liquidität ist weiterhin geprägt durch die monatlichen Abschlagszahlungen der KV Thüringen in Höhe von 138 T€ sowie die mit zeitlichem Versatz erfolgten Restzahlungen von 110 T€ pro Quartal. Der Bestand an liquiden Mitteln ist stichtagsbezogen um 51 T€ auf 112 T€ gesunken.

Die Muttergesellschaft hat die Rückzahlung der zum Bilanzstichtag 31.12.2025 gegenüber der Gesellschafterin bestehenden Verbindlichkeiten in Höhe eines Betrages von 824 T€ bis zum 31.12.2026 gestundet.

Das MVZ Greiz hat zum Ende Oktober sowie Dezember 2025 finanzielle Mittel aus der bestehenden Gesellschaftsfinanzierung in Anspruch genommen, insgesamt 300 T€. Die Inanspruchnahme diente der Sicherstellung der laufenden Liquidität, ohne die die Gesellschaft in ihrem Fortbestand gefährdet wäre.

c) Ertragslage:

Die Erlöse aus ambulanten Leistungen in Höhe von 2.493 T€ basieren wie in den Vorjahren auf von der KV Thüringen vergüteten Leistungen aus monatlichen Abschlagszahlungen bzw. Restzahlungen. Die Restzahlungen für das 3. und 4. Quartal des Geschäftsjahres erfolgen jeweils im Folgejahr. Weitere Erlösbestandteile bestehen aus der Beteiligung von Ärzten (165 T€), sonstigen Umsatzerlösen (66 T€) sowie Umsatzerlösen mit verbundenen Unternehmen (2.125 T€).

Die Personalaufwendungen betragen 4.319 T€ und sind im Vergleich zum Vorjahr aufgrund der Eingliederung des Ronneburger Therapiepersonals in das MVZ Greiz zum 01.08.2024 gestiegen. Die Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens sowie des Sachanlagevermögens betragen 145 T€ (Vj. 144 T€).

Das Geschäftsjahr 2025 schließt mit einem Jahresverlust von 447 T€ (Vj. + 41 T€) ab. Die Abweichung ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass geplante Umsätze, insbesondere im Bereich KV-Erlöse, infolge der verzögerten Inbetriebnahme der nuklearmedizinischen Praxis sowie personeller Veränderungen im hausärztlichen Bereich nicht in dem erwarteten Umfang realisiert werden konnten. Gleichzeitig führten Kostensteigerungen im Personal- und Verwaltungsbereich zu einer zusätzlichen Ergebnisbelastung.

Zur besseren Veranschaulichung der Ertragslage sind die letzten 3 Jahre in der Tabelle dargestellt:

Jahr	Kennziffern		
	Personalaufwandsquote %	Materialaufwandsquote %	Umsatzrentabilität %
2023	84,0	2,1	28,4
2024	85,0	2,0	1,0
2025	88,9	2,3	- 9,2

d) Qualitätsmanagement

Neben den Krankenhäusern sind auch Praxen in Medizinischen Versorgungszentren zur Einführung eines einrichtungsinternen Qualitätsmanagementsystems gesetzlich verpflichtet. Die grundsätzlichen Anforderungen werden durch die Richtlinie des Gemeinsamen Bundesausschusses (QM-RL) definiert. Das Medizinische Versorgungszentrum - Poliklinik Greiz GmbH – ist mit seinen Strukturen und Prozessen in das bestehende Qualitätsmanagementsystem des Mutterunternehmens eingebunden und erfüllt damit die gesetzlichen Anforderungen.

e) Investitionen

Im Geschäftsjahr 2025 wurden Investitionen in Höhe von 339 T€ (Vj. 110 T€) getätigt. Davon entfielen 263 T€ auf Medizintechnik, 11 T€ auf Lizenzen und 66 T€ auf Einrichtungen und Ausstattungen. Die Investitionen erfolgten mit Eigenmitteln. Ein Teil der Investitionen in der Medizintechnik (181 T€) wird über eine Ratenzahlungsvereinbarung über 5 Jahre bei der Muttergesellschaft abgezahlt. Die Aufwendungen für Instandhaltung, Reparaturen und Wartung betrugen im Geschäftsjahr 2025 insgesamt 87 T€.

f) Prognose

Im Geschäftsjahr 2026 liegt der Schwerpunkt der Gesellschaft auf der weiteren wirtschaftlichen Stabilisierung mit dem Ziel, mittelfristig ein ausgeglichenes Ergebnis zu erreichen. Zur Verbesserung der Erlössituation soll am Standort Ärztehaus Greiz die Abrechnung weiter optimiert und der Anteil extrabudgetärer Leistungen ausgeweitet werden. Darüber hinaus wird die gezielte Suche nach Hausärzten intensiviert. Auch eine Ausweitung der Sprechzeiten ist in den hausärztlichen Praxen geplant.

In der nuklearmedizinischen Praxis wird eine Fortsetzung der positiven Entwicklung erwartet. Dies soll u.a. durch eine verbesserte Auslastung der vorhandenen Geräte erreicht werden. Um noch weitere Erlöse zu generieren, wird zu Beginn des 2. Quartals 2026 die ambulante Physiotherapie eröffnet. Da das Leistungsspektrum kontinuierlich erweitert werden soll, soll im Jahr 2026 ein von der KV Thüringen ausgeschriebener orthopädischer Kassenarztsitz ins MVZ Greiz überführt werden.

Ein weiterer Schwerpunkt bleibt die Ausbildung ärztlichen Nachwuchses. Ergänzend wird auch die Ausbildung medizinischer Fachangestellter fortgeführt, um qualifiziertes Personal aus den eigenen Reihen zu entwickeln. Ein weiterer Aufgabenbereich für das MVZ Greiz liegt auch in den nächsten Jahren in der Ausbildung von ärztlichem Personal. Dazu werden die vorhandenen Weiterbildungsmöglichkeiten kontinuierlich erweitert, um auch zukünftig die Nachfolge von altersbedingt ausscheidenden Ärzten zu sichern sowie auch den im Krankenhaus angestellten Assistenzärzten die Möglichkeit zu bieten, ihre ambulante Weiterbildungszeit im Unternehmen zu erbringen. Gleichzeitig wird die Ausbildung von Medizinischen Fachangestellten forciert, um auch hier zukünftige Mitarbeiter aus den eigenen Reihen rekrutieren zu können. Der Fokus liegt weiterhin auf der Bereitstellung einer hochwertigen medizinischen Versorgung für die Patienten und der Sicherstellung einer effizienten und zugänglichen Patientenbetreuung. Durch die kontinuierliche Zusammenarbeit mit der Muttergesellschaft kann der Patientenstamm weiter stabilisiert und neue Patienten gewonnen werden.

Für das Geschäftsjahr 2026 werden auf Basis der Planung weitgehend konstante Umsatzerlöse erwartet. Aufgrund der dargestellten Entwicklungen kann eine vollständige Besetzung der allgemeinärztlichen Sitze derzeit nicht durchgängig sichergestellt werden; der Wirtschaftsplan 2026 sieht daher einen Fehlbetrag von 36 T€ vor.

g) Chancen

Medizinische Versorgungszentren sind als Leistungserbringer in der vertragsärztlichen Versorgung inzwischen etabliert und haben sich als ein wichtiges Bindeglied bei der Verzahnung von ambulanter und stationärer Versorgung erwiesen. Die enge Kooperation mit den stationären Bereichen bietet den Patienten eine optimale facharztübergreifende Versorgung. Durch die Ambulantisierung im Gesundheitswesen eröffnen sich weitere Möglichkeiten das Portfolio des MVZ kontinuierlich zu erweitern und somit die Position des MVZ auf dem Gesundheitsmarkt zu stärken. Vor allem im Bereich der ambulanten Operationen bestehen gute Möglichkeiten, das Portfolio auszubauen.

Weitere Chancen werden vor allem in der demografischen Entwicklung der Bevölkerung gesehen. Die Demografie und die Bereitschaft zur Erhaltung der eigenen Gesundheit sollten für eine anhaltende Nachfrage sowie ein insgesamt stabiles Niveau sorgen.

Aus Sicht des Krankenhauses ermöglicht das MVZ Greiz eine stärkere Kooperation mit dem ambulanten Sektor, die Sicherung bisheriger bzw. Erzielung zusätzlicher Einnahmen, die Verbesserung der Wettbewerbssituation gegenüber Mitbewerbern im stationären Bereich sowie die verstärkte Kooperation mit niedergelassenen Ärzten zur Optimierung der Patientenversorgung.

h) Risiken

Der Gesundheitsmarkt unterliegt einer starken Reglementierung. Risiken werden im Wesentlichen durch die Gesundheitspolitik bestimmt. Neue Gesetzesbestimmungen in immer kürzeren Zeitabständen und vakante Sachverhalte führen zu einer verminderten Planungssicherheit. Bei nicht genügender Refinanzierung der Leistungen ergeben sich direkte Einflüsse auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.

Die Gesellschaft befindet sich weiterhin in einer angespannten Ertrags- und Liquiditätssituation, die den Fortbestand wesentlich gefährdet. Die Geschäftsführung geht davon aus, dass das Mutterunternehmen durch liquiditätssichernde und kapitalerhaltende Maßnahmen auch künftig den Bestand der Gesellschaft sichern wird. Eine Kreditusage besteht in ausreichendem Maße.

3. Zusammenfassung / Gesamtaussage

Der Jahresabschluss wurde unter Einbeziehung der Buchführung und des Lageberichtes für das Geschäftsjahr vom 01.01.2025 bis 31.12.2025 von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft CURACON GmbH Leipzig, geprüft und ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt. Die Prüfung gemäß § 53 HGrG (Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung) führte zu dem Ergebnis, dass keine Gründe zur Beanstandung vorlagen.

Im Bestätigungsvermerk verweist die CURACON GmbH auf die Angaben im Lagebericht sowie die Ausführungen im Anhang, in denen die gesetzlichen Vertreter beschreiben, dass die Gesellschaft sich weiterhin in einer angespannten Ertrags- und Liquiditätssituation befindet und die künftige Zahlungsfähigkeit davon abhängig ist, dass im Bedarfsfall auch in der Zukunft liquiditätssichernde und kapitalerhaltende Maßnahmen durch die Gesellschafterin erfolgen. Wie im Lagebericht dargelegt, deuten diese Gegebenheiten auf Risiken in Bezug auf die Unternehmensfortführung hin, welche ein bestandsgefährdendes Risiko im Sinne des § 322 Abs. 2 Satz 3 HGB darstellen.

4. Ausgewählte Kennziffern der MVZ Greiz GmbH¹:

Bilanz	2023 T€	2024 T€	2025 T€	Veränderung zum Vorjahr
Anlagevermögen	541	502	697	195
Umlaufvermögen	740	773	677	- 96
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	371	371
Eigenkapital	36	76	0	- 76
Verbindlichkeiten (ohne Rückstellungen)	980	932	1.434	502
Bilanzsumme	1.281	1.279	1.746	467
Gewinn- und Verlustrechnung				
Umsatzerlöse ²	3.650	4.202	4.818	616
Personalaufwand	3.021	3.447	4.319	872
Materialaufwand	76	105	110	5
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	1.022	41	- 448	- 489
Sonstige				
Eigenkapitalquote (%)	3	6	0	- 6
Beschäftigte Ø	56	68	84	16

¹ Rundungsdifferenzen möglich

² Erlöse aus ambulanten Leistungen, Beteiligung Ärzte und sonstige Umsatzerlöse

3.1.1.2 Dienstleistungszentrum Kreiskrankenhaus Greiz-Ronneburg GmbH

Sitz und Anschrift des Unternehmens

Dienstleistungszentrum Kreiskrankenhaus Greiz-Ronneburg GmbH

Wichmannstraße 12

07973 Greiz

Telefon: 03661-462110

Telefax: 03661-462112

E-Mail: info@hospital-greiz.de

Rechtliche Grundlagen

Die Gesellschaft ist entstanden durch die Veräußerung der Gesellschaftsanteile der Daseinsvorsorge Greiz GmbH an die Kreiskrankenhaus Greiz-Ronneburg GmbH sowie daran anschließend die Änderung des Gesellschaftszweckes und des Gesellschaftsvertrages. Das Unternehmen ist beim Amtsgericht Jena (HRB 512748) eingetragen. Es gilt der Gesellschaftsvertrag vom 23. Februar 2023 (mit notarieller Urkundenrolle Nr. 133/2023 des Notariats Peter Orth).

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung (Stand zum 31.12.2025):

Herr Dr. Tommy Jehmlich

Geschäftsführer

Der Geschäftsführer ist vom Verbot der Selbstkontrahierung (§ 181 BGB) befreit. Die Angaben zu den Bezügen der Geschäftsführer werden unter Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB unterlassen.

Aufsichtsrat (Stand: 31.12.2025):

Vorsitzender

Herr Dr. Ulli Schäfer

Landrat

stellv. Vorsitzender

Herr Heinz Klügel

Kreistagsmitglied

weitere Mitglieder:

Herr Dr. Mario Dietzel

Kreistagsmitglied

Frau Anja Tischendorf

Kreistagsmitglied

Frau Sandy Delitscher

Kreistagsmitglied

Herr Holger Steiniger

Kreistagsmitglied

Der Aufsichtsrat hat im Geschäftsjahr 2025 keine Bezüge erhalten (Vj. keine Bezüge).

Gesellschafterversammlung

Alleiniger Gesellschafter ist die Kreiskrankenhaus Greiz-Ronneburg GmbH. Das Stammkapital der Gesellschaft zum 31.12.2025 beträgt 25.000,00 €. Die Gesellschaft wird als 100%-iges Tochterunternehmen in den Konzernabschluss der Kreiskrankenhaus Greiz-Ronneburg GmbH einbezogen.

Beteiligungsverhältnisse an Unternehmen

keine

Zuschüsse und Kapitalentnahmen des Landkreises

Art der Entnahme: keine

Art des Zuschusses: keine

Gegenstand des Unternehmens (§ 2 Gesellschaftsvertrag)

Gegenstand des Unternehmens sind Dienst- und Beratungsleistungen für die Einrichtungen der Kreiskrankenhaus Greiz-Ronneburg GmbH einschließlich deren Tochtergesellschaften, welche erforderlich sind, um den Versorgungsauftrag des Gesellschafters – die bedarfsgerechte Krankenhausversorgung der Bevölkerung – zu erfüllen, einschließlich aller Leistungen zur Verwaltung, zum Erhalt und zum Betrieb des Anlagevermögens der Kreiskrankenhaus Greiz-Ronneburg GmbH nebst den Tochtergesellschaften. Hierzu zählen zum Beispiel das Facility Management, Catering, technische und hauswirtschaftliche Dienstleistungen sowie Verwaltungsdienstleistungen.

Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Geschäfte zu tätigen, die mit dem genannten Gesellschaftszweck im wirtschaftlichen und organisatorischen Zusammenhang stehen und diesen fördern. Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Nebengeschäfte zu betreiben, die der Erzielung des Hauptzweckes der Gesellschaft dienen, darunter die Lieferung von Strom und Gas einschließlich der damit verbundenen Nebenleistungen.

Die Gesellschaft ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Dienstleistungszentrum Kreiskrankenhaus Greiz-Ronneburg GmbH erfüllt die Aufgaben entsprechend dem Gesellschaftsvertrag. Die unter der Überschrift "Kurzvorstellung" aufgeführten Unternehmensziele entsprechen dem öffentlichen Zweck von Unternehmen eines Landkreises und dem genehmigten Gesellschaftsvertrag. Der öffentliche Zweck besteht weiter fort. Die Geschäftstätigkeit entspricht dem genehmigten Gesellschaftszweck.

Kurzvorstellung des Unternehmens

Die Dienstleistungszentrum Kreiskrankenhaus Greiz-Ronneburg GmbH (im folgenden DLZ genannt) wurde gegründet, um die Erbringung von Dienstleistungen, insbesondere von Glas- und Gebäudereinigung im Gesundheitswesen, von Hol- und Bringendiensten/Transportdiensten, die Müllentsorgung sowie alle infrastrukturellen Dienstleistungsbereiche für die Unternehmen der Kreiskrankenhaus Greiz-Ronneburg GmbH abzudecken. Das DLZ wird als juristisch selbständige Person in GmbH - Form geführt.

Wirtschaftliche Lage und Geschäftsverlauf
1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Servicegesellschaften im Krankenhausumfeld arbeiten weiterhin unter hohem Kosten- und Effizienzdruck, während Krankenhäuser unterstützende Leistungen wie Reinigung, Logistik und Verpflegung stärker bündeln, um Qualität und Kosten besser zu steuern. Die Branche ist besonders von steigenden Personalkosten betroffen. Gleichzeitig erschweren Fachkräftemangel, Fluktuation und Fehlzeiten eine stabile Leistungserbringung und führen häufig zu Mehrarbeit und Zusatzkosten. Parallel steigen die Anforderungen an Hygiene, Qualität und Nachweisführung, insbesondere in kliniknahen Bereichen. Chancen ergeben sich durch Standardisierung, klare Prozesse und Skaleneffekte, etwa bei der Übernahme weiterer Objekte oder der Integration zusätzlicher Servicedienste.

2. Geschäftsverlauf

Das DLZ kann auf ein positives Geschäftsjahr 2025 zurückblicken. Das DLZ übernimmt die Reinigungsleistungen, die Speiselogistik, Tätigkeiten der Versorgungsassistenten, die Bettenaufbereitung sowie den Hol- und Bringedienst in der Kreiskrankenhaus Greiz-Ronneburg-Unternehmensgruppe.

Die Umsätze liegen 328 T€ über dem Vorjahr. Im Berichtsjahr erfolgte seit dem 01.07.2025 die Übernahme von Unterhaltsreinigung für Schulen im Landkreis Greiz. Dies begründet den höheren Umsatz. Die sonstigen Aufwendungen im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit liegen bei 124 T€. Insgesamt entwickelte sich die Gesellschaft im Berichtsjahr hinsichtlich Auslastung und Ertragslage planmäßig positiv

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurde ein Jahresergebnis von 20.049,53 € erzielt.

a) Vermögenslage:

Die Bilanzsumme liegt bei 604 T€. Die Gesellschaft besitzt kein nichtbetriebsnotwendiges Vermögen. Das Vermögen der Gesellschaft besteht zum Bilanzstichtag neben dem Bankguthaben im Wesentlichen aus kurzfristigen Forderungen resultierend aus den erbrachten Dienstleistungen. Im Berichtsjahr wurden Investitionen in Reinigungsmaschinen getätigt.

Die Eigenkapitalquote beträgt zum Bilanzstichtag 56 % (Vj. 74 %). Die übrigen Finanzmittel resultieren aus kurzfristigen, laufenden Verbindlichkeiten und Rückstellungen. In den Rückstellungen sind im Wesentlichen Personalarückstellungen enthalten. Die Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern betreffen Lieferung und Leistungen (112 T€) und die Umsatzsteuer (49 T€).

Die wirtschaftliche Lage kann als gut eingeschätzt werden.

b) Finanzlage:

Im abgelaufenen Geschäftsjahr ist es der Geschäftsleitung gelungen, das Unternehmen aus Eigenmitteln im laufenden Geschäftsbereich zu finanzieren.

Obwohl der Mittelfluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit insgesamt negativ war, war die Liquidität jederzeit gegeben. Im Jahr 2025 war es nicht notwendig, kurzfristige finanzielle Spitzenbelastungen durch Inanspruchnahmen von kurzfristigen Bankkrediten abzudecken. Alle Verbindlichkeiten sind durch Eigenmittel in der Liquiditätssteuerung beglichen worden.

Der Bestand an liquiden Mitteln liegt stichtagsbezogen bei 48 T€ (Vj. 257 T€).

c) Ertragslage:

Die Umsatzentwicklung im Geschäftsjahr kann durchaus als sehr gut bewertet werden. Die Umsätze liegen im abgelaufenen Geschäftsjahr bei 2.871 T€. Das entspricht einer Umsatzrendite von 1,4 % (Vj. 2,6 %). Im Berichtsjahr erfolgte die Übernahme von weiteren Unterhaltsleistungen, wie oben bereits beschrieben. Dieser Trend soll in den Folgejahren weiter anhalten. Die DLZ hat das Ziel, sich durch qualitativ sehr gute Dienstleistungen in den Gebäudediensten weiter zu behaupten und einen wirtschaftlichen Beitrag in der Kreiskrankenaus Greiz-Ronneburg Unternehmensgruppe zu leisten. In der Gesellschaft waren im Geschäftsjahr durchschnittlich 91 Mitarbeiter/-innen beschäftigt, was 65 Vollkräften entspricht (Vj. 58 VK).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit liegen bei 124 T€ (Vj. 35 T€). Die Personalaufwendungen liegen bei 2.612 T€ (Vj. 2.253 T€). Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurde ein Jahresergebnis von 20 T€ (Vj. 67 T€) erzielt.

d) Qualitätsmanagement

entfällt

e) Investitionen

Im Berichtsjahr wurden 32 T€ für die Anschaffung von zwei Tablets und acht Reinigungsgeräten verausgabt.

f) Prognose

Für das kommende Jahr wird gemäß Wirtschaftsplan ein negatives Ergebnis von 272 T€ erwartet. Wesentliche Ursache hierfür ist die Übernahme des Personals im Zusammenhang mit der Integration der Cafeteria- und Verpflegungsleistungen seit dem 01.02.2026. Die Personalübernahme erfolgte im Rahmen eines Betriebsüberganges nach § 613a BGB, sodass kurzfristige Anpassungen nur eingeschränkt möglich sind. Vor diesem Hintergrund liegt der Schwerpunkt im laufenden Geschäftsjahr auf der Stabilisierung der Leistungserbringung und der organisatorischen Integration, verbunden mit einer konsequenten Analyse der Personalstruktur und der tatsächlichen Leistungsbedarfe. Bei erfolgreicher Umsetzung aller Anpassungen ist ab dem Jahr 2027 wieder ein positives Ergebnis zu erreichen.

Zur Absicherung des Liquiditätsrisikos besteht bei einem planmäßigen Jahresfehlbetrag die Möglichkeit einer kurzfristigen Liquiditätsunterstützung durch die Muttergesellschaft. Hierfür liegt eine Darlehenszusage in Höhe von 500 T€ vor.

g) Chancen

Durch die Übernahme der Cafeteria- und Verpflegungsleistungen an beiden Standorten gewinnt das DLZ deutlich mehr Einfluss auf Qualität, Abläufe und Kostensteuerung. Wenn es gelingt, Prozesse zu standardisieren, Schnittstellen zu reduzieren und den Personaleinsatz konsequent am tatsächlichen Leistungsbedarf auszurichten, kann die Verpflegung mittelfristig wirtschaftlicher betrieben und zugleich die Servicequalität verbessert werden. Zudem entsteht die Chance, durch zentrale Beschaffung, einheitliche Ausgabekonzepte und eine bessere Planung von Produktions- und Ausgabzeiten den Wareneinsatz spürbar zu senken.

Weitere Chancen liegen im geplanten Wachstum der Schulreinigung ab dem 01.07.2026 im Stadtgebiet Greiz. Mit steigender Größe steigt die Möglichkeit, Personal flexibler zwischen Objekten einzusetzen, Ausfallrisiken besser abzufedern und insgesamt eine stabilere Leistungserbringung sicherzustellen. Die hohen Qualitätsansprüche werden durch Qualitätskontrollen durchgesetzt, sowohl beim Lieferanten als auch in den eigenen Geschäftsräumen.

h) Risiken

Die wesentlichen Unsicherheiten, die den Geschäftsverlauf und das Ergebnis beeinflussen können, steuert die Gesellschaft über etablierte Planungs-, Kontroll- und Führungsprozesse. Für das Unternehmen sind keine Marktrisiken durch konjunkturabhängige Investitionszyklen vorhanden.

Der wirtschaftliche Erfolg der DLZ ist in hohem Maß vom Engagement und Know-how des Managementgebers abhängig. Ziel ist es daher, qualifizierte Fach- und Führungskräfte für das Unternehmen weiterzuentwickeln und zu gewinnen, sie erfolgreich zu integrieren und dauerhaft zu binden. Im operativen Betrieb hängt die Leistungsfähigkeit des DLZ in hohem Maß davon ab, dass ausreichend qualifiziertes Personal verfügbar ist und die Führungskräfte die Organisation stabil und effizient steuern.

Ein zentraler Risikopunkt bleibt die Kostenstruktur, weil die Personalkosten einen sehr hohen Anteil am Umsatz ausmachen. Durch die Übernahme der Cafeteria- und Verpflegungsleistungen und den damit verbundenen Betriebsübergang nach § 613a BGB ist das DLZ zunächst an die übernommenen Arbeitsverhältnisse gebunden.

3. Zusammenfassung / Gesamtaussage

Die Gesellschaft verfügt über einen solventen Kundenstamm. Forderungsausfälle liegen nicht vor. Zudem besteht eine langjährige Zusammenarbeit mit dem Hauptkunden, der Kreiskrankenhaus Greiz-Ronneburg Unternehmensgruppe und seit 2025 mit dem Landkreis Greiz.

Der Jahresabschluss wurde unter Einbeziehung der Buchführung und des Lageberichtes für das Geschäftsjahr vom 01.01.2025 bis 31.12.2025 von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft CURACON GmbH, Leipzig, geprüft und ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt. Die Prüfung gemäß § 53 HGrG (Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung) führte zu dem Ergebnis, dass keine Gründe zur Beanstandung vorlagen.

4. Ausgewählte Kennziffern der DLZ Greiz-Ronneburg GmbH¹:

Bilanz	2023	2024	2025	Veränderung
	T€	T€	T€	zum
				Vorjahr
Anlagevermögen	0	60	85	25
Umlaufvermögen	562	366	520	154
Eigenkapital	251	318	339	21
Verbindlichkeiten (ohne Rückstellungen)	194	28	177	149
Bilanzsumme	563	426	604	178
Gewinn- und Verlustrechnung				
Umsatzerlöse ²	2.645	2.543	2.871	328
Personalaufwand	2.328	2.253	2.612	359
Materialaufwand	7	32	46	14
Jahresüberschuss	26	67	20	- 47
Sonstige				
Eigenkapitalquote (%)	45	74	56	- 18
Beschäftigte Ø	91	60	91	31

¹ Rundungsdifferenzen möglich

² Umsatzerlöse ggü. verbundenen Unternehmen und Umsatzerlöse mit Dritten

3.1.1.3 Pflegeheim Ronneburg GmbH

Sitz und Anschrift des Unternehmens

Pflegeheim Ronneburg GmbH
Dr.-Gehlmann-Straße 3
07580 Ronneburg

Telefon: 036602-55200
Telefax: 036602-55209
E-Mail: info@pflegeheim-Ronneburg.de

Rechtliche Grundlagen

Die Gesellschaft wurde am 12. Januar 2000 gegründet und ist beim Amtsgericht Jena (HRB 208234) eingetragen. Es gilt der Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 11. Oktober 2022 (Urkundenrolle Nr. 786/2022 des Notariats Peter Orth).

Zeichen der Genehmigung: 204.4 – 1511 – 002/99

Organe der Gesellschaft

Pflegeheimleitung (Stand zum 31.12.2025):

Herr Dr. Tommy Jehmlich	Geschäftsführer
Herr Thomas Pampel	Heimleiter
Frau Doreen Friedrich	Pflegedienstleiterin

Der Geschäftsführer ist vom Verbot der Selbstkontrahierung (§ 181 BGB) befreit. Die Angaben zu den Bezügen der Geschäftsführer werden unter Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB unterlassen.

Aufsichtsrat (Stand: 31.12.2025):

Vorsitzender	Herr Dr. Ulli Schäfer	Landrat
stellv. Vorsitzender	Herr Heinz Klügel	Kreistagsmitglied
weitere Mitglieder:	Herr Dr. Mario Dietzel	Kreistagsmitglied
	Frau Anja Tischendorf	Kreistagsmitglied
	Frau Sandy Delitscher	Kreistagsmitglied
	Herr Holger Steiniger	Kreistagsmitglied

Der Aufsichtsrat hat im Geschäftsjahr 2025 keine Bezüge erhalten (Vj. 0 €).

Gesellschafterversammlung

Alleiniger Gesellschafter ist die Kreiskrankenhaus Greiz-Ronneburg GmbH. Das Stammkapital der Gesellschaft zum 31.12.2025 beträgt 25.000,00 €.

Beteiligungsverhältnisse an Unternehmen

keine

Zuschüsse und Kapitalentnahmen des Landkreises

Art der Entnahme: keine

Art des Zuschusses: keine

Gegenstand des Unternehmens (§ 2 Gesellschaftsvertrag)

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb eines Pflegeheimes mit der Aufgabe der vollstationären Pflege und der Tagespflege von Pflegebedürftigen.

Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Geschäfte zu tätigen, die mit dem genannten Gesellschaftszweck im wirtschaftlichen und organisatorischen Zusammenhang stehen und diesen fördern.

Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Nebengeschäfte zu betreiben, die der Erzielung des Hauptzweckes der Gesellschaft dienen.

Die Gesellschaft ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Pflegeheim Ronneburg GmbH erfüllt die Aufgaben entsprechend dem geltenden Thüringer Landespflegeplan. Die unter "Kurzvorstellung" aufgeführten Unternehmensziele entsprechen dem öffentlichen Zweck von Unternehmen eines Landkreises und dem genehmigten Gesellschaftsvertrag. Der öffentliche Zweck besteht weiter fort. Die Geschäftstätigkeit entspricht dem genehmigten Gesellschaftszweck. Die Gesellschaft steht im Einklang mit der Leistungsfähigkeit des Landkreises Greiz und seinem voraussichtlichen Bedarf.

Kurzvorstellung des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb eines Pflegeheimes mit der Aufgabe der vollstationären Pflege und der Tagespflege von Pflegebedürftigen. Die Gesellschaft wurde durch Bescheid vom 31.05.2001 des Thüringer Ministeriums für Soziales, Familie und Gesundheit in den 4. Thüringer Landespflegeplan mit einer Bettenkapazität von 50 vollstationären Dauerpflegeplätzen aufgenommen.

Mit Nachtrag zum Versorgungsvertrag vom 25.02.2013 wurde der Versorgungsauftrag ab dem 01.02.2013 von 50 auf 76 vollstationäre Pflegeplätze erhöht. Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des § 68 Nr. 1a AO und ist entsprechend den gesetzlichen Vorschriften von der Körperschaft-, Gewerbe-, Umsatz- und Grundsteuer befreit.

Wirtschaftliche Lage und Geschäftsverlauf

1. Gesamtwirtschaftlich, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Jahr 2025 waren weiterhin durch ein erhöhtes Kostenniveau geprägt. Im Personalbereich wirkten sich tarifliche Anpassungen sowie gesetzliche Mindestvergütungsregelungen kostenerhöhend aus. Daneben belasteten gestiegene Sachkosten die Aufwandsstruktur. Für stationäre Pflegeeinrichtungen bleibt die wirtschaftliche Entwicklung maßgeblich von der zeitnahen und vollständigen Refinanzierung dieser Kostensteigerungen im Rahmen der Pflegesatzverhandlungen abhängig.

Die stationäre Pflegebranche ist strukturell durch eine demografisch bedingt steigende Nachfrage gekennzeichnet. In Thüringen führt die fortschreitende Alterung der Bevölkerung zu einem nachhaltig hohen Bedarf an stationären Pflegeplätzen. Gleichzeitig begrenzt der anhaltende Fachkräftemangel die tatsächlich nutzbaren Kapazitäten.

Die seit 2022 gewährten Leistungszuschläge der Pflegeversicherung reduzieren zwar den einrichtungseinheitlichen Eigenanteil der Bewohner, kompensieren jedoch die dynamische Kostenentwicklung nur teilweise. Die medizinische Versorgung der Bewohner ist durch den seit 1. Juni 2024 bestehenden Kooperationsvertrag mit der KV Thüringen zur hausärztlichen Betreuung langfristig gesichert. Dies stärkt die Wettbewerbsfähigkeit und gewährleistet eine kontinuierliche Aufnahmefähigkeit. Vor dem dargestellten Branchenhintergrund war die Nachfrage nach Pflegeplätzen in der Einrichtung im Jahr 2025 weiterhin hoch. Eine bestehende Warteliste ermöglicht die zeitnahe Wiederbelegung freiwerdender Plätze und unterstützt eine stabile Auslastung. Der Pflegebedarf der neu aufgenommenen Bewohner ist weiterhin durch eine zunehmende Pflegeintensität und Komplexität gekennzeichnet, was erhöhte Anforderungen an Personalqualifikation und Personaleinsatz stellt. Im Bereich der Pflegefachkräfte konnte die personelle Absicherung im Geschäftsjahr 2025 zeitweise nur unter Einbeziehung von Leiharbeitnehmern gewährleistet werden, was der branchenweiten Situation im angespannten Arbeitsmarkt entspricht.

2. Geschäftsverlauf

Die zum 1. März 2025 abgeschlossenen Pflegesatzverhandlungen haben maßgeblich zur positiven Ergebnisentwicklung beigetragen. Strategisches Ziel der Geschäfts- und Heimleitung ist es, den Personalbedarf dauerhaft durch eigenes qualifiziertes Personal zu decken und damit die Abhängigkeit von kostenintensiver Leiharbeit nachhaltig zu vermeiden. Aufgrund hoher Krankenstände (Langzeiterkrankungen) sowie einer erhöhten Fluktuation ausländischer Pflegefachkräfte nach Anerkennung stellte die zeitnahe Neubesetzung offener Stellen weiterhin ein Risiko dar. Der Einsatz von Leiharbeit ab dem 2. Halbjahr 2025 war erforderlich und wird voraussichtlich auch im Jahr 2026 nicht vermeidbar sein.

Im Berichtsjahr 2025 wurde das Pflegeheim durchgehend mit 76 genehmigten Plätzen betrieben. Die Auslastung entwickelte sich planmäßig auf einem hohen Niveau. Das von uns verfolgte Konzept der ortsnahen Versorgung pflegebedürftiger Bewohner durch gut ausgebildete Mitarbeiter hat sich bewährt.

Im Jahr 2025 waren alle Stellen gemäß den Verhandlungen mit den Pflegekassen fachgerecht besetzt. Das Pflegeteam ist fachlich gut ausgebildet. Die Versorgung und Pflege der Heimbewohner im Sinne unseres Leitbildes ist ein grundlegender Maßstab des Handelns. Gerade weil die Mitarbeitenden zu der hohen Auslastung des Pflegeheims beitragen, kommt ihrer Vorbildfunktion eine besondere Bedeutung zu. Die Beschäftigungstherapie wird von einem Team aus Ergotherapeuten und Betreuungskräften durchgeführt.

In der Gesellschaft waren im Geschäftsjahr durchschnittlich 52 Mitarbeiter/-innen beschäftigt. Die Gesellschaft entwickelte sich im Berichtsjahr hinsichtlich Auslastung und Ertragslage planmäßig positiv.

Das Geschäftsjahr 2025 schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 429 T€ ab. Damit liegt das Jahresergebnis über dem Planergebnis in Höhe von 9 T€. Zum Zeitpunkt der Erstellung der Planungsrechnung waren die Ergebnisse aus der laufenden Kostensatzverhandlung nicht vollständig abschätzbar.

a) Vermögenslage:

Das Anlagevermögen betrug zum Bilanzstichtag 106 T€ (Vj. 101 T€). Die Veränderung des Anlagevermögens resultiert im Wesentlichen aus den planmäßigen Abschreibungen. Die Investitionen in Höhe von 30 T€ betrafen Einrichtung und Ausstattung.

Das Eigenkapital beläuft sich auf 2.397 T€ und hat sich infolge des Jahresüberschusses um 429T€ erhöht. Die Eigenkapitalquote beträgt zum Bilanzstichtag 66 %.

b) Finanzlage:

Die Pflegeheim Ronneburg GmbH ist finanziell unabhängig. Es bestehen keine langfristigen Verbindlichkeiten. Ausgewiesene Verbindlichkeiten bestehen ausschließlich aus der laufenden Geschäftstätigkeit. Das Pflegeheim kann sich durch seine erzielten Erträge selbst finanzieren. Die Zahlungsfähigkeit war während des Berichtszeitraumes jederzeit gegeben.

c) Ertragslage:

Insgesamt wurden im Berichtsjahr 27.139 Berechnungstage erbracht (Vj. 26.922). Die Auslastung lag bei rund 98 %. Damit wurden u.a. folgende Erlöse (in T€) erzielt:

Jahr	Erträge aus Pflege	Unterkunft & Verpflegung	Investitions- kosten	Sonstige Betriebliche Erträge	Gesamt
2023	2.449	652	169	23	3.293
2024	2.769	733	171	71	3.979
2025	3.078	752	170	78	4.332

Die betrieblichen Erträge konnten um 9 % gesteigert werden. Hierzu hat die Pflegesatzverhandlung im Wesentlichen beigetragen. Der Personalaufwand liegt bei 2.456 T€ und damit 10 T€ über dem Vorjahresniveau. In der Gesellschaft waren durchschnittlich 52 Mitarbeiter beschäftigt. Die Sachkosten liegen bei 1.459 T€.

Im Ergebnis wurde im Geschäftsjahr 2025 ein Jahresüberschuss in Höhe von 429 T€ erzielt.

d) Qualitätsmanagement

entfällt

e) Investitionen

Die Investitionen in Höhe von 30 T€ betrafen insbesondere Einrichtung und Ausstattung.

f) Prognose

Das Geschäftsjahr 2026 ist bezüglich der Belegung auf gleich hohem Niveau angelaufen. Für das IV. Quartal 2026 ist eine Erweiterung der Kapazitäten um 13 Pflegeplätze vorgesehen. In der Anlaufphase ist mit temporär erhöhten Aufwendungen zu rechnen, besonders im Personal- und Sachkostenbereich. Unter Berücksichtigung der aktuellen Belegungsentwicklung, der geplanten Kapazitätserweiterung sowie der erwarteten Refinanzierung der Kostensteigerungen wird für das Geschäftsjahr 2026 insgesamt mit einem ausgeglichenen Jahresergebnis gerechnet.

g) Chancen

Die Auslastung des Pflegeheims befindet sich auf einem strukturell hohen Niveau und ist kaum weiter steigerbar. Chancen ergeben sich insbesondere aus der geplanten Erweiterung Ende 2026, einer weiterhin stabilen Nachfrage infolge des demografischen Wandels, einer konsequenten Refinanzierung gestiegener Personal- und Sachkosten im Rahmen der Pflegesatzverhandlungen. Vor dem Hintergrund der nahezu ausgeschöpften Belegungskapazitäten liegt der wirtschaftliche Handlungsspielraum primär in der Sicherstellung einer auskömmlichen Vergütung der Leistungen.

h) Risiken

Die demografische Entwicklung in Deutschland führt weiterhin zu einer strukturell steigenden Nachfrage nach stationären Pflegeplätzen. Gleichzeitig verschärft sich der Fachkräftemangel in der Altenpflege spürbar. Der Wettbewerb um qualifiziertes Pflegepersonal nimmt regional wie überregional zu und stellt ein wesentliches Branchenrisiko dar. Anhaltend hohe Krankenstände sowie Fluktuation erschweren die nachhaltige Personalplanung. Die zeitnahe Neubesetzung offener Stellen bleibt herausfordernd. Aufgrund des angespannten Arbeitsmarktes wird der temporäre Einsatz von Leiharbeit voraussichtlich auch im Jahr 2026 nicht vermeidbar sein.

Das Pflegeheim Ronneburg bewegt sich mit dem von den Bewohnern zu tragenden Eigenanteil im Mittelfeld der regionalen Vergleichseinrichtungen. Risiken ergeben sich aus möglichen strukturellen Änderungen im Leistungskatalog der Pflegeversicherung. Eine Reduzierung der Leistungsbeträge oder eine deutliche Erhöhung der Eigenanteile könnte die Nachfrage- und Zahlungsstruktur beeinflussen. Die Branche ist weiterhin von deutlichen Tarifsteigerungen, inflationsbedingten Sachkostensteigerungen sowie regulatorischen Anforderungen (z. B. Personalbemessung, Qualitätsvorgaben) betroffen. Eine zeitnahe Refinanzierung über jährliche Pflegesatzverhandlungen ist daher von zentraler Bedeutung.

Zur Risikobegrenzung setzt das Pflegeheim verstärkt auf eine nachhaltige Personalstrategie. Neben einem aktiven, regional ausgerichteten Recruiting-Mix stellt die eigene Ausbildung einen wesentlichen Baustein dar. Ziel ist es, qualifizierte Pflegefachkräfte langfristig an die Einrichtung zu binden. Derzeit werden 10 Auszubildende beschäftigt. Ergänzend bleibt die Anwerbung qualifizierter Pflegekräfte aus dem Ausland Bestandteil der Personalstrategie.

Unter Berücksichtigung der aktuellen Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie der Liquiditätsplanung sind bestandsgefährdende Risiken derzeit nicht erkennbar.

3. Zusammenfassung / Gesamtaussage

Aufgrund des bestehenden Wettbewerbs zwischen Pflegeheimen und betreuten Wohnanlagen könnten sich Auswirkungen auf die künftige Auslastungssituation der Gesellschaft ergeben. Die Geschäftsführung geht infolge des guten Pflegeangebotes der Gesellschaft von keinen entwicklungsbeeinträchtigenden Risiken aus.

Der Jahresabschluss wurde unter Einbeziehung der Buchführung und des Lageberichtes für das Geschäftsjahr vom 01.01.2025 - 31.12.2025 von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft CURACON GmbH, Leipzig, geprüft und ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt. Die Prüfung gemäß § 53 HGrG (Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung) führte zu keinen Beanstandungen. Die wirtschaftlichen Verhältnisse sind geordnet.

4. Ausgewählte Kennziffern der Pflegeheim Ronneburg GmbH¹:

Bilanz	2023 T€	2024 T€	2025 T€	Veränderung zum Vorjahr
Anlagevermögen	110	101	106	5
Umlaufvermögen	3.097	3.164	3.551	387
Eigenkapital	1.787	1.968	2.397	429
Verbindlichkeiten	1.212	1.183	1.149	- 34
Bilanzsumme	3.210	3.267	3.658	391
Gewinn- und Verlustrechnung				
Umsatzerlöse ²	3.294	3.908	4.254	346
sonstige betriebliche Erträge	396	296	332	36
Personalaufwand	2.338	2.446	2.456	10
Materialaufwand	1.044	1.036	1.108	72
Abschreibungen	23	24	25	1
sonstiger betrieblicher Aufwand	268	108	113	5
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	- 237	181	429	248
Sonstige				
Eigenkapitalquote (%) ³	56	60	66	6
Beschäftigte Ø	56	56	52	- 4
Pflegetage vollstationär	27.059	26.922	27.139	217
Umsatz je Pflegetag vollstationär (€)	122	145	157	12
Umsatz je Beschäftigten (T€)	59	66	77	11

¹ Rundungsdifferenzen möglich

² Umsatzerlöse (alles außer Zuschüsse und sonstige betriebliche Erträge)

³ Eigenkapital / Gesamtkapital, wobei der Sonderposten aus Zuschüssen und Zuwendungen eingerechnet wurden.

keine

Zuschüsse und Kapitalentnahmen des Landkreises

Art der Entnahme: keine
 Art des Zuschusses: keine

Gegenstand des Unternehmens (§ 2 Gesellschaftsvertrag)

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb einer geriatrischen Rehabilitationsklinik. Aufgabe der Rehabilitationsklinik ist die Erbringung von Leistungen zur geriatrischen Rehabilitation, die eine stationäre Behandlung, aber keine Krankenhausbehandlung erfordern (§ 111 SGB V). Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Geschäfte zu tätigen, die mit dem genannten Gesellschaftszweck im wirtschaftlichen und organisatorischen Zusammenhang stehen und diesen fördern. Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Nebengeschäfte zu betreiben, die der Erzielung des Hauptzweckes der Gesellschaft dienen.

Die Gesellschaft ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Kreisrehabilitationsklinik Ronneburg GmbH soll im Verbund mit der Kreiskrankenhaus Greiz-Ronneburg GmbH die Aufgaben gemäß geltendem Thüringer Krankenhausplan zur stationären Versorgung geriatrischer Patienten erfüllen. Die unter "Kurzvorstellung" aufgeführten Unternehmensziele entsprechen dem öffentlichen Zweck von Unternehmen eines Landkreises und dem genehmigten Gesellschaftsvertrag. Der öffentliche Zweck besteht weiter fort. Die Geschäftstätigkeit wurde bisher nicht aufgenommen. Die Gesellschaft steht im Einklang mit der Leistungsfähigkeit des Landkreises Greiz und seinem voraussichtlichen Bedarf.

Kurzvorstellung des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb einer geriatrischen Rehabilitationsklinik mit der Aufgabe der stationären geriatrischen Rehabilitation im Verbund mit der Kreiskrankenhaus Greiz-Ronneburg GmbH.

Der wirtschaftliche Geschäftsbetrieb wurde bisher nicht aufgenommen.

Wirtschaftliche Lage und Geschäftsverlauf

1. Gesamtwirtschaftlich, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Der Gesundheits- und Pflegesektor in Deutschland befindet sich weiterhin in einem tiefgreifenden strukturellen Wandel. Wesentliche Einflussfaktoren sind:

- die demografische Entwicklung mit steigender Nachfrage nach Pflegeleistungen,
- der zunehmende Fachkräftemangel im Pflegebereich,
- gesetzliche und regulatorische Anforderungen sowie
- der steigende wirtschaftliche Druck auf Pflegeeinrichtungen.

Insbesondere im ländlichen Raum gewinnt die Entwicklung regional abgestimmter Versorgungskonzepte zunehmend an Bedeutung. Vor diesem Hintergrund bietet die geplante Ausrichtung der Gesellschaft im Bereich Pflege langfristig Chancen zur Stabilisierung und Weiterentwicklung der regionalen Versorgungsstrukturen

2. Geschäftsverlauf

Im Geschäftsjahr 2025 wurden keine operativen Tätigkeiten ausgeübt. Der Fokus der Gesellschaft lag auf der strategischen und konzeptionellen Vorbereitung einer zukünftigen Ausrichtung im Bereich der Pflegeversorgung. Umsatzerlöse wurden im Berichtsjahr nicht erzielt. Das Geschäftsjahr 2025 schließt mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 4 T€ ab.

a) Vermögenslage

Die Bilanzsumme beträgt 17 T€ und weist als Aktiva flüssige Mittel in Form eines Bankguthabens in vorgenannter Höhe aus. Die Passiva bilden das gezeichnete Kapital i.H.v. 25 T€ abzüglich Verlustvortrag i.H.v. 6,5 T€ und dem Jahresfehlbetrag i.H.v. 4,2 T€ ab. Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung gegenüber der Muttergesellschaft bestehen nicht.

b) Finanzlage

Da das Unternehmen keine wirtschaftliche Tätigkeit im Berichtsjahr aufgenommen hat, können keine Angaben zur Finanzlage gemacht werden.

c) Ertragslage

Die Gewinn- und Verlustrechnung schließt mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 4,2 T€ ab. Dabei handelte es sich um sonstige betriebliche Aufwendungen. Es wurde keine operative Geschäftstätigkeit ausgeübt.

d) Qualitätsmanagement

entfällt

e) Investitionen

entfällt

f) Prognose

Im Geschäftsjahr 2026 liegt der Fokus auf der weiteren Konkretisierung und Vorbereitung einer operativen Tätigkeit im Bereich der Pflegeversorgung. Die Änderung des Gesellschaftszweckes wurde im Juni 2026 durch die Gesellschafterversammlung beschlossen. In diesem Zusammenhang wird insbesondere die Entwicklung eines regionalen Pflegekonzeptes mit dem Schwerpunkt der sogenannten Quartierpflege verfolgt. Dieses Konzept zielt darauf ab, die häusliche Versorgung durch nachbarschaftliche Unterstützungsstrukturen, Alltagsbegleitung sowie niedrigschwellige pflegerische Leistungen zu ergänzen.

Ziel ist es, pflegebedürftigen Menschen ein möglichst langes Verbleiben im gewohnten sozialen Umfeld zu ermöglichen, die soziale Teilhabe zu fördern sowie pflegende Angehörige zu entlasten. Die Quartierpflege stellt dabei eine Ergänzung zu bestehenden professionellen Pflegeleistungen dar und soll perspektivisch in Zusammenarbeit mit regionalen Akteuren sowie den Pflegekassen umgesetzt werden.

Im Geschäftsjahr 2026 ist zunächst von einer überwiegend konzeptionellen Tätigkeit auszugehen. Ein Übergang in eine operative Tätigkeit ist abhängig vom Fortschritt der Konzeptentwicklung sowie den wirtschaftlichen und regulatorischen Rahmenbedingungen.

g) Chancen

Die demografische Entwicklung sowie der steigende Bedarf an Pflegeleistungen bieten grundsätzlich Entwicklungspotenziale für die Gesellschaft. Insbesondere innovative Versorgungskonzepte wie die Quartierpflege können langfristig dazu beitragen, die regionale Pflegeversorgung zu stärken und neue Versorgungsstrukturen zu etablieren.

Darüber hinaus bestehen Chancen in der Nutzung von Synergieeffekten innerhalb des Konzernverbundes sowie in der stärkeren Vernetzung von stationären und pflegerischen Leistungen.

h) Risiken

Die Risiken der Gesellschaft bestehen derzeit insbesondere in der Unsicherheit hinsichtlich der erfolgreichen Umsetzung einer zukünftigen operativen Tätigkeit. Diese betreffen insbesondere:

- die wirtschaftliche Tragfähigkeit des geplanten Pflegekonzeptes,
- die regulatorischen Rahmenbedingungen im Pflegebereich sowie
- die Verfügbarkeit von qualifiziertem Personal.

Aufgrund der derzeit fehlenden operativen Geschäftstätigkeit bestehen aktuell keine unmittelbaren operativen Risiken für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.

3. Zusammenfassung / Gesamtaussage

Der Jahresabschluss wurde unter Einbeziehung der Buchführung sowie unter Beachtung der Einhaltung der einschlägigen gesetzlichen Vorschriften zur Rechnungslegung und der sie ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages für das Geschäftsjahr vom 01.01.2025 - 31.12.2025 von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft CURACON GmbH, Leipzig, geprüft und ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt. Die Prüfung gemäß § 53 HGrG (Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung) führte zu keinen Beanstandungen. Die wirtschaftlichen Verhältnisse sind geordnet.

4. Ausgewählte Kennziffern der Kreisrehaklinik Ronneburg GmbH¹:

Bilanz	2023 T€	2024 T€	2025 T€	Veränderung zum Vorjahr
Anlagevermögen	0	0	0	0
Umlaufvermögen	21	19	17	- 2
Eigenkapital	20	18	14	- 4
Verbindlichkeiten	0	0	0	0
Bilanzsumme	21	19	17	- 2
Gewinn- und Verlustrechnung				
sonstige betriebliche Erträge	0	0	0	0
sonstiger betrieblicher Aufwand	1,9	1,7	4,2	2,5
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	- 2,0	- 1,7	- 4,2	- 2,5
Sonstige				
Eigenkapitalquote (%) ²	96	94	82	- 12
Beschäftigte Ø	0	0	0	0

¹ Rundungsdifferenzen möglich

3.2 Verkehrs- und Service-Unternehmen

3.2.1 Personen- und Reiseverkehrs GmbH Greiz (PRG)

Sitz und Anschrift des Unternehmens

PRG Personen- und Reiseverkehrs GmbH Greiz
Geraer Straße 7
07973 Greiz - Gommla

Telefon: 03661-70650
Telefax: 03661-706526
E-Mail: info@prg-greiz.de

Rechtliche Grundlagen

Die Gesellschaft wurde aus der Verkehrs GmbH Greiz am 01. Januar 1991 gegründet und ist beim Amtsgericht Jena (HRB 201511) eingetragen. Es gilt der Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 08. August 2012 (mit notarieller Beurkundung Nr. 959/2012 des Notariats Schwarzer).

Zeichen der Genehmigung: 240.4 – 1515.01 – 1/09 – GRZ

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung (Stand zum 31.12.2025):

Herr Dr. Stefan Meißner	Geschäftsführer
Frau Nadine Hager	Gesamtprokura
Herr René Petzold	Gesamtprokura

Der Geschäftsführer ist vom Verbot der Selbstkontrahierung (§ 181 BGB) befreit. Von der Angabe der Bezüge des Geschäftsführers wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB abgesehen.

Aufsichtsrat (Stand: 31.12.2025):

Vorsitzender	Herr Dr. Ulli Schäfer	Landrat
stellv. Vorsitzender	Herr Kai Dittmann	Kreistagsmitglied
weitere Mitglieder	Herr Gunnar Raffke	Kreistagsmitglied
	Herr Stefan Böhme	Kreistagsmitglied
	Frau Christina Henkel	Kreistagsmitglied
	Frau Ute Barth	Sachverständige

Die Vergütung des Aufsichtsrates im Geschäftsjahr 2025 betrug 1.091,80 € (Vj. 642,17 €)

Gesellschafterversammlung

Alleiniger Gesellschafter ist der Landkreis Greiz. Das Stammkapital der Gesellschaft zum 31.12.2025 beträgt 1.662.000,00 €. Der Landkreis als Gesellschafter wird in der Gesellschafterversammlung vom Landrat vertreten. Der Landrat handelt im Auftrag des Kreistages.

Beteiligungsverhältnisse an Unternehmen

keine

Zuschüsse und Kapitalentnahmen des Landkreises

Art der Entnahme: keine

Art des Zuschusses: keine

Gegenstand des Unternehmens (§ 2 Gesellschaftsvertrag)

Gegenstand des Unternehmens sind die Übernahme, Einrichtung und Betrieb von Personenverkehren nach dem Personenbeförderungsgesetz sowie die Vornahme aller damit zusammenhängenden Geschäfte und Tätigkeiten, die dem Unternehmenszweck unmittelbar und mittelbar zu dienen geeignet sind, wie Tankstelle, Werkstatt, Fahrzeugwäsche, Reisebüro. Die Tätigkeit erstreckt sich hauptsächlich auf den Nahverkehrsraum Greiz und Zeulenroda. Der Nahverkehrsraum bzw. das zugehörige Liniennetz darf nur mit Zustimmung der Gesellschafter geändert werden. Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Geschäfte einzugehen, die der Förderung des vorgenannten Gegenstandes des Unternehmens dienen. Die Gesellschaft kann gleichartige oder ähnliche Unternehmen erwerben, sich an solchen beteiligen und Zweigniederlassungen errichten. Die Gesellschaft kann Interessengemeinschaften beitreten und Kooperationsabkommen mit Verkehrsunternehmen bzw. Verkehrsgesellschaften abschließen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Personen- und Reiseverkehrs GmbH erfüllt die Aufgaben entsprechend dem geltenden Nahverkehrsplan des Landkreises Greiz. Die unter der Überschrift "Kurzvorstellung" aufgeführten Unternehmensziele entsprechen dem öffentlichen Zweck von Unternehmen eines Landkreises und dem genehmigten Gesellschaftsvertrag. Der öffentliche Zweck besteht weiter fort. Die Geschäftstätigkeit entspricht dem genehmigten Gesellschaftszweck. Die Gesellschaft steht im Einklang mit der Leistungsfähigkeit des Landkreises Greiz und seinem voraussichtlichen Bedarf.

Kurzvorstellung des Unternehmens

Das Unternehmen besteht als juristisch selbständige Person in GmbH - Form. Gegenstand der Gesellschaft sind Übernahme, Einrichtung und Betrieb von Personenverkehren nach dem Personenbeförderungsgesetz sowie die Vornahme aller damit zusammenhängenden Geschäfte und Tätigkeiten, die dem Unternehmenszweck unmittelbar und mittelbar zu dienen geeignet sind, wie Tankstelle, Werkstatt, Fahrzeugwäsche sowie Beratungs- und Servicebüro für Tarifikunden, Vertrags- und Gelegenheitsverkehre. Kernstück der unternehmerischen Tätigkeit ist der öffentliche Personennahverkehr auf der Grundlage der erteilten 25 Linienkonzessionen (davon 17 Regionallinien) im Landkreis Greiz. Die verbleibenden 8 Stadtlinien sorgen mit der angebotenen Taktzahl für ein ausreichendes ÖPNV-Angebot in den Städten Greiz und Zeulenroda-Triebes. Das Unternehmen unterhält eine unselbstständige Außenstelle in Zeulenroda-Triebes.

Wirtschaftliche Lage und Geschäftsverlauf

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die geopolitischen Krisen und wirtschaftlichen Herausforderungen prägten auch das vergangene Jahr. Nach den Rezessionsjahren 2023 und 2024 befindet sich Deutschland seit 2025 in einer Phase wirtschaftlicher Stagnation. Gleichzeitig markierte das Jahr 2025 eine Phase der Konsolidierung: Die Nachfrage hatte sich von den Auswirkungen der COVID-19-Pandemie erholt, und die Energiepreise stabilisierten sich nach den starken Anstiegen infolge des Krieges zwischen Russland und der Ukraine, blieben jedoch weiterhin über dem Niveau von 2022.

Nach wie vor erfreut sich das Deutschlandticket – trotz der zum 01.01.2025 erfolgten Preiserhöhung von 49,00 € auf 58,00 € – einer großen Beliebtheit. Insgesamt wurden im Jahr 2025 über 70,7 Millionen Deutschlandtickets verkauft. Branchenweit hat die Anzahl der im öffentlichen Personenverkehr beförderten Fahrgäste um ca. 6 % gegenüber dem Vorjahr zugenommen (Quelle: VDV-Statistik 2025); auch im Bediengebiet der Verkehrsunternehmen im Landkreis Greiz ist die Fahrgastzahl gestiegen – um ca. 14 % gegenüber dem Jahr 2024. Auch im Landkreis Greiz ist diese Entwicklung nicht zuletzt auf die vereinfachte und kostengünstige Nutzung des ÖPNV mit Hilfe des Deutschlandtickets zurückzuführen.

Während das Deutschlandticket aus Kundensicht eine deutliche Vereinfachung und zugleich Vergünstigung bei der Nutzung des ÖPNV bewirkt hat, sehen sich die Verkehrsunternehmen in der Folge jedoch weiterhin sowohl mit betrieblichen als auch finanziellen Folgen konfrontiert. So liegt das Preisniveau des Deutschlandtickets weiterhin deutlich unter dem Preisniveau vormaliger Ticketangebote, insbesondere im Zeitkartenbereich. Der Verband deutscher Verkehrsunternehmen prognostiziert für das Jahr 2025 Einnahmeverluste (Fahrgeldrückgänge, geringere Erstattungsleistungen nach § 45a PBefG und §§ 228 ff. SGB IX) der Verkehrsunternehmen in Höhe von 3,98 Milliarden Euro. Demgegenüber steht jedoch nur ein verfügbares Budget von Bund und Ländern in Höhe von 3,00 Milliarden Euro für Ausgleichszahlungen; für das verbleibende Defizit müssen entweder die kommunalen Aufgabenträger oder die Verkehrsunternehmen selbst aufkommen.

Gleichzeitig steht den gesunkenen Fahrgelderlösen eine – wie oben beschrieben – deutlich höhere Fahrgastnachfrage gegenüber, wobei ein Großteil des Nachfragezuwachs durch Kunden generiert wird, die den ÖPNV schon zuvor genutzt haben und jetzt – mit dem Deutschlandticket als „Flatrate“- Tarif – eben noch häufiger unterwegs sind. Dieser Nachfragesteigerung innerhalb des Segments der bereits bestehenden ÖPNV-Kunden stehen keine Mehrerlöse gegenüber, aus denen zusätzliche Kapazitäten zu deren Bewältigung finanziert werden könnten, weshalb die Beförderungsqualität, Zuverlässigkeit und Attraktivität des Systems ÖPNV zunehmend leiden. Berechtigte Forderungen aus der Branche, einerseits die Einnahmeverluste infolge des Deutschlandtickets für alle Beteiligten auskömmlich und verlässlich planbar zu finanzieren (oder alternativ den Preis entsprechend anzupassen) und andererseits auch die benötigten Mittel für den Angebotsausbau bereitzustellen, verhallen weiterhin ungehört.

2. Geschäftsverlauf

Die Gesellschaft schließt den Berichtszeitraum mit einem Jahresergebnis von 725,5 T€ ab (Vorjahr: 551,0 T€). Damit liegt das Ergebnis nochmals deutlich über dem Vorjahresergebnis als auch über dem Planansatz von 47 T€. Dabei haben alle Geschäftsfelder – sowohl der Linienverkehr auch der Schienenersatz-, Busnot- und Gelegenheitsverkehr – zu diesem positiven Ergebnis beigetragen.

Der Bestand des originären Eigenkapitals beläuft sich zum Bilanzstichtag auf 2.427 T€ (Vj. 1.701 T€). Der Landkreis Greiz hatte der Gesellschaft im Jahr 2022 zur Überbrückung der Folgen aus der seinerzeitigen „Energiepreisexplosion“ ein rückzahlbares Gesellschafterdarlehen in Höhe von 342 T€ gewährt, welches seit dem 01.01.2025 planmäßig zurückgezahlt wird.

Der positive Nachfragetrend, nicht zuletzt aufgrund der seit dem Jahr 2018 kontinuierlich durchgeführten Angebotsverbesserungen, hat sich auch 2025 fortgesetzt. Nachdem im Jahr 2024 erstmals seit zwanzig Jahren wieder die Schwelle von 2 Millionen Fahrgästen pro Jahr überschritten wurde, waren im Jahr 2025 insgesamt knapp 2,4 Millionen Passagiere mit den Bussen der PRG Personen- und Reiseverkehrs GmbH Greiz unterwegs – ein Plus von 17,7%. Zur Stabilisierung bzw. Unterstützung der wirtschaftlichen Lage betreibt die Gesellschaft in geringerem Umfang auch Geschäftsfelder außerhalb des Linienverkehrs. Die Erträge in diesen Geschäftsfeldern betrugen im Berichtszeitraum insgesamt +2.093 T€ (Vj. 3.063 T€); das Spartenergebnis belief sich im Berichtsjahr auf 619,5 T€ (Vj. 898 T€). Wie bereits in den Vorjahren, wird diese Entwicklung insbesondere durch das starke Engagement im Bereich „Schienenersatz-/Busnotverkehr“ im sog. „Vogtlandnetz“ der Länderbahn getragen, für welches ein mehrjähriger Vertrag besteht. Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr ist vor allem auf die geringere Bautätigkeit im 1. Halbjahr 2025 zurückzuführen.

a) Vermögenslage:

Der überwiegende Teil des Vermögens der Gesellschaft ist in Anlagevermögen (immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen) gebunden; der Netto-Buchwert des Anlagevermögens belief sich zum Bilanzstichtag auf 3.166 T€ (Vj. 2.554 T€). Das Anlagevermögen ist unter Berücksichtigung des Sonderpostens für Zuschüsse und Zulagen vollständig durch Eigenkapital sowie mittel- und langfristige Verbindlichkeiten gedeckt. Der wertmäßige Bestand an Vorräten liegt mit 78 T€ leicht über dem Vorjahresniveau (68 T€). Die Höhe der Forderungen beläuft sich zum Bilanzstichtag auf 1.356 T€ (Vj. 1.400 T€), davon 410 T€ offene Ausgleichszahlungen im Zusammenhang mit dem Deutschlandticket.

Die Verbindlichkeiten der Gesellschaft beliefen sich zum Bilanzstichtag auf 3.651 T€ (Vj. 3.718 T€). Dabei betrugen die Verbindlichkeiten bei Kreditinstituten aufgrund von Investitionsfinanzierungen 1.939 T€ (Vj. 1.820 T€). Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen beliefen sich am Bilanzstichtag auf 844 T€ (Vj. 578 T€), wobei der Anstieg auf die kurz vor Jahresende ausgelieferten Busse zurückzuführen ist, für welche der Fälligkeitszeitpunkt der Rechnungen erst in das Jahr 2026 fiel. Die sonstigen Verbindlichkeiten reduzierten sich auf 868 T€ (Vj. 1.320 T€), welche sich im Wesentlichen wie folgt zusammensetzen:

• Entgeltzahlungen für Beschäftigte 12/2025 (fällig in 01/2026):	271 T€
• Lohn- und Kirchensteuern, Beiträge BG (fällig in 01/2026):	69 T€
• Gesellschafterdarlehen (planmäßiger Tilgungsbeginn ab 01/2025):	228 T€
• übrige Verbindlichkeiten:	300 T€

b) Ertragslage:

Im Jahr 2025 hat die Gesellschaft Erträge in einer Höhe von insgesamt 11.508 T€ (Vj. 11.448 T€) erwirtschaftet. Die Aufwendungen lagen im Jahr 2025 bei insgesamt 10.783 T€ (Vj. 10.897 T€). Das Jahresergebnis der Gesellschaft beträgt damit im Berichtsjahr 725,5 T€ (Vj. 551 T€).

Die Fahrgeldeinnahmen im Linienverkehr konnten auf 3.310 T€ gesteigert werden (Vj. 2.624 T€). Hierin spiegeln sich einerseits die oben beschriebene Steigerung der Fahrgastzahlen und andererseits die starken Vertriebsbemühungen der Gesellschaft beim Verkauf des Deutschlandtickets wider. Die Ausgleichszahlungen gemäß § 45a PBefG (ermäßigte Schülerbeförderung) spielen als mittelbare Folge der Umsetzung des Deutschlandtickets kaum noch eine Rolle und sanken auf 41 T€. Durch die erhöhten Fahrgeldeinnahmen konnten die Ausgleichsleistungen gemäß § 231 SGB IX (unentgeltliche Schwerbehindertenbeförderung) auf 102 T€ im Berichtszeitraum gesteigert werden (Vj. 77 T€).

Aufgrund der Fahrgeldausfälle infolge der verpflichtenden Anwendung des stark rabattierten Deutschlandtickets und der als mittelbare Folge gesunkenen Fahrgeldsurrogate gemäß § 45a PBefG ist die Gesellschaft zunehmend auf Ausgleichszahlungen der öffentlichen Hand angewiesen. So beliefen sich die Ausgleichsleistungen auf Grundlage der „Richtlinie Deutschlandticket ÖPNV Thüringen 2025“ im Berichtszeitraum auf 1.221 T€, wobei die Mittel nach wie vor unterjährig nur stark zeitverzögert durch den Freistaat Thüringen ausgereicht werden. Offene Forderungen im Zusammenhang mit Ausgleichszahlungen für das Deutschlandticket betrugen zum Bilanzstichtag 410 T€ (davon 192 T€ für das Jahr 2024 und 218 T€ für das Jahr 2025).

Die Umsatzerlöse beinhalten weiterhin Erträge mit Zuschusscharakter (Ausgleichszahlungen des Aufgabenträgers auf der Grundlage des ÖDA in einer Höhe von 4.338 T€ (Vj. 3.486 T€), wobei sich in der Steigerung des Ausgleichsbetrags im Wesentlichen die Entwicklung des Preisindex für Dieselkraftstoff als Folge des Ukraine Konflikts nunmehr zeitverzögert vollständig widerspiegelt.

- in T€ -	2023	2024	2025
Ausgleichsleistungen entsprechend Öffentlichem Dienstleistungsauftrag ab 01.09.2018	3.173	3.486	4.338
<i>darin enthalten: Finanzhilfen des Landes</i>	838	1.102	1.063
Sonderhilfe „Kraftstoffkosten“	217	121	
Ausgleichszahlungen des Landes (§ 45a PBefG; §§ 228 ff. SGB IX)	510	121	143
Ausgleichszahlungen aus dem „ÖPNV-Rettungsschirm“ Thüringen (Mittelfluss)			
- für 2021	205		
- für 2022	568	0	- 109
Ausgleichszahlungen Deutschlandticket (Mittelfluss)			
- für 2023	962	120	- 102
- für 2024		852	508
- für 2025			1.003
Gesamt	5.635	4.700	5.781

Der Personalaufwand betrug im Berichtszeitraum 5.931 T€ (Vj. 5.484 T€). Die Steigerungen liegen etwa im Bereich des Wirtschaftsplans und sind einerseits durch den vorgesehenen Zuwachs der Tariflöhne zum 01.01.2025 und 01.07.2025 sowie die eingeplanten Einstellungen von Mitarbeitenden im Schienenersatz-/Busnotverkehr zurückzuführen.

Der Materialaufwand sank gegenüber dem Vorjahr deutlich auf 2.682 T€ (Vj. 3.354 T€); ursächlich hierfür sind vor allem gesunkene Aufwendungen für bezogene Leistungen (1.398 T€; Vj. 2.016 T€), da einerseits gerade im 1. Halbjahr 2025 weniger Leistungen im Schienenersatz-/Busnotverkehr nachgefragt wurden und andererseits gerade im 2. Halbjahr 2025 diese Leistungen zu einem größeren Teil selbst erbracht wurden. Ebenso konnten die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe (im Wesentlichen Dieselmotorkraftstoff und Ersatzteile) mit insgesamt 1.284 T€ gegenüber dem Vorjahr leicht reduziert werden (Vj. 1.338 T€).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betrugen im Berichtsjahr 1.564 T€ (Vj. 1.497 T€).

c) Qualitätsmanagement

Die Qualität der Leistungserbringung im Bereich des Linienverkehrs gemäß § 42 PBefG wird durch den Aufgabenträger auf Grundlage des ÖDA einer regelmäßigen Kontrolle unterzogen. Eingehende Anregungen bzw. Beschwerden werden im Rahmen des unternehmensinternen Qualitätsmanagements systematisch erfasst und ausgewertet sowie die Notwendigkeit organisatorischer, betrieblicher, technischer oder personeller Maßnahmen untersucht und bei Erfordernis auch umgesetzt. In sämtlichen Fällen erfolgt eine Rückmeldung an den Beschwerdeführer als integraler Bestandteil einer aktiven Kundenbindung.

d) Investitionen

Die seit 2018 forcierte Strategie plan- und regelmäßiger Ersatzinvestitionen im Fuhrpark wurde auch 2025 fortgesetzt. Insgesamt konnten im Berichtsjahr vier neue Linienbusse in Betrieb genommen werden (Gesamtinvestitionsvolumen: 1.061 T€), von denen jedoch zwei bereits im Jahr 2024 bestellt wurden. Ein weiterer Linienbus wurde erst nach dem Bilanzstichtag ausgeliefert. Das Durchschnittsalter der im aktiven Einsatzbestand stehenden Busse belief sich auf 8,8 Jahre (Vorjahreswert: 9,8 Jahre). 89,6 % der im aktiven Einsatz befindlichen Busse sind barrierefrei (Vorjahreswert: 81,6 %). Trotz fehlender Investitionsförderung des Freistaats Thüringen konnten im Jahr 2025 die Ersatzinvestitionen in betrieblich erforderlichem Umfang getätigt werden. Gleichwohl muss die Gesellschaft hierzu zunehmend auf Fremdkapitalfinanzierungen zurückgreifen, wodurch sich der Aufwand für Abschreibung und Zinsen sowie die Verschuldung perspektivisch weiter erhöhen werden.

Darüber hinaus wurden im Bereich „Telematik/Fahrgastinformationssysteme“ Investitionen im Umfang von 215 T€ (davon 161 T€ Fördermittel des Freistaats Thüringen) getätigt; insbesondere wurden hierbei die dynamischen Informationsanzeigen an wichtigen Umsteigehaltstellen in Greiz (Busbahnhof, Puschkinplatz) und Zeulenroda (oberer Bahnhof, West) erneuert. Weiterhin wurden 16 T€ in Werkstattausrüstung sowie 6 T€ in Geschäftsausstattung (Softwarelizenzen) investiert.

e) Prognose

Beginnend mit dem Fahrplanwechsel zum 13.08.2018 wurde im Bediengebiet der Gesellschaft ein grundlegend neues Angebotskonzept umgesetzt, welches eine Verdichtung und Systematisierung (Vertaktung, verbesserte Anschlüsse zwischen Bus und Zug) im Stadtverkehr sowie zwischen den zentralen Orten – auch in benachbarten Landkreisen – beinhaltet. In der Folge gelang es, die Fahrgastzahlen zu stabilisieren bzw. zu steigern. Die Einführung des „Deutschland-Tickets“ im Mai 2023, welches eine unkomplizierte verkehrsmittel- und unternehmensübergreifende Nutzung des ÖPNV in Deutschland ermöglicht, hatte erhebliche Auswirkungen auf die Verkehrsnachfrage bzw. das Verkehrsmittelwahlverhalten; insbesondere die kombinierte Nutzung von Bus- und Bahnangeboten hat an Attraktivität für die Kunden gewonnen. Gemeinsam mit dem Aufgabenträger hat die Gesellschaft darauf reagiert und aufbauend auf dem bisherigen Angebotskonzept die systematische Verknüpfung zwischen Bus und Zug konsequent fortgeführt. Ziel ist es, in der Kombination mit dem Eisenbahnverkehr dessen Reisezeitvorteile auf längeren Distanzen den Fahrgästen zugänglich zu machen und somit zum motorisierten Individualverkehr konkurrenzfähige Angebote zu entwickeln.

Aus diesem Grund engagieren sich die kreiseigenen Verkehrsgesellschaften – gemeinsam mit der GRZ Service- und Verwaltungsgesellschaft mbH als Dienstleisterin für verkehrstechnologische Aufgaben – im Rahmen des Projekts „Integraler Taktfahrplan (ITF) Thüringen 2030“. Dies stärkt einerseits die Nutzungsmöglichkeiten der Verkehrsangebote durch breitere Nachfrageschichten und bremst bei geschickter Fahr-, Umlauf- und Dienstplanung den Anstieg der Produktionskosten.

Für Bedienräume mit einer dünn und dispers besiedelten Raumstruktur, welche in der Folge auch unter einer tendenziell schwachen Nachfrage leiden, sollen weitgehend bedarfsorientierte Bedienformen eingeführt werden, welche einerseits hinreichend den Anforderungen an die Daseinsvorsorge genügen, andererseits aber durch eine strikte Ausrichtung an der Verkehrsnachfrage zu einer Verbesserung der Wirtschaftlichkeit dieser Verkehre führen. Außerhalb der Zeiten des Schulverkehrs existiert innerhalb des Bedienraums weder ein festgelegter Linienverlauf noch ein fester Fahrplan; vielmehr können die Fahrgäste den Rufbus innerhalb des angebotenen Bedienzeitraums mit einem zeitlichen Vorlauf von mindestens einer Stunde zu jeder beliebigen Zeit bestellen. Grundlage hierfür ist die Novelle des PBefG aus dem Jahr 2021, welche hierfür die neue Betriebsform des „Linienbedarfsverkehrs“ (§ 44 PBefG) vorsieht. Im Herbst 2025 erfolgte eine Ausweitung dieses Betriebskonzepts auf das Umfeld der Städte Zeulenroda-Triebes und Auma-Weidatal.

Für das auf den Berichtszeitraum folgende Geschäftsjahr geht die Gesellschaft wiederum von einem positiven Ergebnis aus. Erlöszuwächse werden im Linienverkehr aufgrund der Anhebung des Ausgabepreises des Deutschlandtickets erwartet. Aufgrund der angekündigten bzw. absehbaren Baumaßnahmen im sog. „Vogtlandnetz“ geht die Gesellschaft auch wieder von einer guten Ertragslage im Bereich des Schienenersatzverkehrs aus. Die mit Abstand höchste Aufwandsposition bleibt – wie auch branchenweit üblich – der Personalaufwand, welcher aufgrund der planmäßig im Jahr 2026 wieder anstehenden Tarifverhandlungen weiter steigen wird, wenngleich die Gesellschaft von einem nicht so starken Anstieg wie zuletzt 2024 infolge der inflationsbedingten Auswirkungen des Ukraine-Konflikts ausgeht. Attraktive Arbeits- und Vergütungsbedingungen bleiben jedoch wesentliche Voraussetzungen für die Sicherung eines ausreichenden Personalbestands.

f) Chancen

Wesentliche Chancen – trotz der oben beschriebenen Probleme hinsichtlich der Preisfortschreibung und der Ausgleichshöhe – sieht die Gesellschaft nach wie vor im Deutschlandticket, welches insbesondere die verkehrsübergreifende Nutzung des ÖPNV vereinfacht und damit beflügelt hat. Kombinierte Reiseketten mit dem Bus im Vor- und Nachlauf in der Fläche und dem schnelleren Eisenbahnverkehr im Hauptlauf gewinnen daher an Bedeutung, da die mittlere Reisegeschwindigkeit im ÖPNV dadurch steigt. Dies gilt es, im Wettbewerb mit dem motorisierten Individualverkehr zu nutzen. Voraussetzungen hierfür sind jedoch einerseits eine entsprechende Synchronisation der Bus- und Bahnfahrpläne und andererseits eine funktionsgerechte Gestaltung der Umsteigestationen. Dies ermöglicht es zudem, betrieblich und technologisch ungünstige Langläufe von Linien „aufzubrechen“ und gegebenenfalls freiwerdende Kapazitäten zur Angebotsverdichtung auch nachfrage- bzw. potentialstarken Achsen einzusetzen. Darüber hinaus können hierdurch Dienstpläne arbeitnehmerfreundlicher gestaltet und die Attraktivität des Berufsbildes „Berufskraftfahrer in der Personenbeförderung“ erhöht werden. Auch im Hinblick auf die Finanzierungssicherheit der angebotenen Verkehre durch den Landkreis Greiz als Aufgabenträger lohnt sich eine konsequente Weiterverfolgung der integrierten Betrachtung, da sich die Förderkulisse des Freistaats Thüringen perspektivisch auf zwischen den verschiedenen Verkehrsträgern des ÖPNV vernetzte Angebote – Stichwort „ITF-Rahmenplan Thüringen 2030“ – fokussieren wird. Die Gesellschaft stimmt sich intensiv mit dem Landkreis Greiz als Aufgabenträger, mit benachbarten Aufgabenträgern, aber auch mit den im Einzugsbereich der Gesellschaft aktiven Eisenbahnverkehrsunternehmen und dem Freistaat Thüringen hinsichtlich der Fortentwicklung des Verkehrsangebots ab. So wurden bereits durch die Angebotskonzeption aus dem Jahr 2018 wesentliche Ansätze umgesetzt. Eine Integration weiterer dafür geeigneter Linien bzw. Verkehrsangebote in das ITF-Netz bzw. das Netz der „landesbedeutsamen Buslinien“ wird in Abhängigkeit der Weiterentwicklung der Förderkulisse durch den Freistaat Thüringen angestrebt. Die Gesellschaft kann für die Leistungserstellung auf einen altersstrukturell ausgewogenen, gut ausgebildeten und motivierten Personalbestand zurückgreifen; personelle Engpässe aufgrund kurzfristiger Fluktuation sind absehbar nicht zu erwarten. Daher strebt die Gesellschaft eine bessere Ausschöpfung der digitalen Möglichkeiten an, wozu in einem ersten Schritt im Jahr 2026 der bislang nur personalbediente Kundenservice um KI-gestützte Services mit einer 24/7-Verfügbarkeit ergänzt wird.

Einen immer breiteren Raum nimmt die Diskussion um die Reduzierung verkehrlich bedingter CO₂-Emissionen ein. Auch im ÖPNV wird – trotz der bereits systembedingt sehr guten, spezifischen Emissionswerte und dem damit verbunden, vergleichsweise geringen Minderungspotential – aufgrund der gesetzlichen Bestimmungen die Umstellung auf emissionsfreie Antriebe forciert. Unbeschadet der aktuellen Debatte um eine Lockerung der Vorgaben auf europäischer Ebene für CO₂-Flottengrenzwerte ist langfristig dennoch zu erwarten, dass eine geänderte Fahrzeugpalette seitens der Hersteller indirekt zum Umstieg auf emissionsfreie Antriebe zwingt. Vor diesem Hintergrund sollen verschiedene Handlungslinien (Standortkonzept, stufenweise Umstellung auf emissionsfreie Antriebe, Einführung automatisierten/autonomen Fahrens (Level 4)) in einem Gesamtkonzept gebündelt ab Mitte 2026 im Rahmen einer vollständig durch den Freistaat Thüringen finanzierten Machbarkeits- und Vertiefungsstudie vorbereitet werden.

g) Risiken

Wie bereits dargelegt, wurde mit der Einführung des „Deutschland-Tickets“ ein grundlegender Systemwechsel auf dem Gebiet des ÖPNV vollzogen, der erhebliche Auswirkungen auf den straßengebundenen ÖPNV – und damit auch auf die PRG – haben wird. Mit dem Tarifprodukt wurde ein politisch festgesetzter Höchstpreis (63 €/Monat) für die Nutzer von ÖPNV-Leistungen eingeführt, wodurch der Anteil eigenwirtschaftlicher Erlöse der Verkehrsunternehmen erheblich gesunken ist; im Jahr 2024 lag der Kostendeckungsgrad aus Fahrgelderlösen bei nur noch 32,4 % (Thüringer Durchschnitt). Demgegenüber ist die Abhängigkeit der Unternehmen von der Ausreichung öffentlicher Mittel entsprechend stark angestiegen. Die Unternehmensentwicklung und -finanzierung wird folglich immer stärker vom politischen Gestaltungs- bzw. Entscheidungswillen abhängig, während die unternehmerische und am tatsächlichen Marktgeschehen ausgerichtete Verantwortung in den Hintergrund tritt.

Eine langfristig auskömmliche Finanzierungsperspektive seitens des Bundes bzw. des Freistaats Thüringen für das „Deutschland-Ticket“ existiert bislang nicht. Sofern der Bund bzw. die Länder weiterhin nicht gewillt sind, die finanziellen Konsequenzen aus deren politischer Entscheidung zur Einführung des DLT vollumfänglich zu tragen, verbleiben den Verkehrsunternehmen als „Reaktionsmöglichkeit“ zur Verlustminimierung nur der Verzicht auf (Ersatz-)Investitionen und ein konsequenter Abbau von Verkehrsangeboten, was allerdings den Bemühungen um eine ebenfalls politisch gewollte „Verkehrs- und Energiewende“ diametral entgegensteht. Der Branche fehlt derzeit ein verkehrspolitisches Leitbild bzw. Zielkonzept, verbunden mit einer auch mittel- bis langfristig belastbaren Finanzierungsgrundlage, weshalb kaum noch unternehmerische Entscheidungen von längerfristiger Tragweite möglich sind.

Eine große Unsicherheit stellt die kurz- bis mittelfristige Preisentwicklung sowie die Verfügbarkeit (bzw. die Zeitdauer bis zur Verfügbarkeit) von Rohstoffen und Ersatzteilen dar. Im Frühjahr 2026 sieht sich die gesamte Branche wiederum mit erheblichen Preissteigerungen beim Kraftstoffbezug infolge des Konflikts im Nahen und Mittleren Osten konfrontiert; es ist zu erwarten, dass dies – selbst bei wieder sinkenden Kraftstoffbezugspreisen – dauerhaft zu gestiegenen Preisen bei energieintensiven Produkten sowie zu hohen Lohnforderungen der Arbeitnehmervertretungen führen wird. Damit werden sich auch die Kosten für die Leistungserstellung strukturell erhöhen.

Die Preisentwicklung hat zudem spürbare Auswirkungen auf die Ersatzinvestitionen im Fahrzeugbereich, die sich ebenfalls sprunghaft verteuern und wird ergänzt durch das gestiegene Zinsniveau. Hinzu kommt, dass die Fördertatbestände und -programme des Bundes bzw. des Freistaats Thüringen immer stärker auf schienengestützte Verkehrsträger ausgerichtet sind. Zwar ist es gelungen, infolge des neuen Angebotskonzepts aus dem Jahr 2018 die Anzahl der notwendigen Ersatzbeschaffungen auf durchschnittlich drei Busse pro Jahr zu reduzieren; gleichwohl stellen die sich verschlechternden Randbedingungen (erheblich gestiegene Beschaffungskosten, steigende Finanzierungskosten bei Fremdkapitalfinanzierungen, verringertes Fördermittelvolumen) die Gesellschaft vor Herausforderungen hinsichtlich der Finanzierung. Insbesondere bei einem weiter sinkenden Fördermittelbudget können die notwendigen Ersatzinvestitionen selbst in dem bereits reduzierten Umfang nicht mehr durchgeführt werden.

Neben hohen Lohnforderungen der Arbeitnehmervertretungen, welche sich in der ÖPNV-Branche aufgrund deren Charakters als Daseinsvorsorge eher am öffentlichen Dienst als an der tatsächlichen Produktivität orientieren, sieht sich die ÖPNV-Branche in den Verhandlungen über die Branchen- bzw. Flächentarifverträge (TV-N Thüringen) mit Forderungen nach weiteren, im Umfang erheblichen Arbeitszeitverkürzungen (bei vollem Lohnausgleich) konfrontiert, was den sich ohnehin abzeichnenden Arbeitskräftemangel aufgrund des demographischen Wandels weiter verschärfen würde. Derartige Forderungen würden nicht nur zu einem überproportionalen Anstieg der Personalaufwendungen, sondern längerfristig auch zu Angebotseinschränkungen führen, wenn eine Aufstockung des Personalbestands im Umfang des verminderten Arbeitsvolumens nicht mehr gelingt. Es bleibt daher abzuwarten, ob bzw. in welchem Umfang und in welchem Zeitraum die Forderungen nach weiteren Arbeitszeitverkürzungen Eingang in die Verhandlungsergebnisse finden.

3. Zusammenfassung / Gesamtaussage

Die Einführung des sog. Deutschlandtickets im Mai 2023, welches eine unkomplizierte verkehrsmittel- und unternehmensübergreifende Nutzung des ÖPNV in Deutschland ermöglicht, hat erhebliche Auswirkungen auf die Verkehrsnachfrage bzw. das Verkehrsmittelwahlverhalten; insbesondere die kombinierte Nutzung von Bus- und Bahnangeboten gewinnt an Attraktivität für den Kunden. Hierauf wird die Gesellschaft in enger Abstimmung mit dem Landkreis Greiz als zuständigem Aufgabenträger im Hinblick auf eine noch bessere Vernetzung reagieren.

Für das auf den Berichtszeitraum folgende Geschäftsjahr geht die Gesellschaft von einem ausgeglichenen Ergebnis aus.

Der Jahresabschluss wurde unter Einbeziehung der Buchführung und des Lageberichtes für das Geschäftsjahr vom 01.01.2025 bis 31.12.2025 von der FIDAIX GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft und ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt. Die Prüfung gemäß § 53 HGrG (Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung) führte zu keinen Einwendungen.

4. Ausgewählte Kennziffern der PRG¹:

Bilanz	2023	2024	2025	Veränderung
	T€	T€	T€	zum
				Vorjahr
Anlagevermögen	2.344	2.554	3.167	612
Umlaufvermögen	2.955	3.600	3.681	81
Eigenkapital	1.151	1.702	2.427	725
Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	270	270	270	0
Rückstellungen	364	395	452	57
Verbindlichkeiten	3.382	3.718	3.651	-67
Bilanzsumme	5.318	6.174	6.867	693
Gewinn- und Verlustrechnung				
Umsatzerlöse	8.003	9.515	10.129	613
Personalaufwand	4.840	5.484	5.931	448
Materialaufwand	2.341	3.354	2.682	-672
Abschreibungen	519	484	525	40
sonstiger betrieblicher Aufwand	1.353	1.497	1.564	68
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	48	70	75	5
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	291	551	725	174
Sonstige				
Eigenkapitalquote (%) ²	27	32	35	3
Beschäftigte Ø	96	98	100	2
Fahrplankilometer (FPK) LK Greiz (Tkm) ³	2.051	2.132	2.152	20
Tariferlöse je FPK (€) ³	1,22	1,23	1,54	0,31
Materialaufwand je FPK (€) ³	0,61	0,57	0,56	- 0,01
Personalaufwand je FPK (€) ³	2,23	2,46	2,66	0,20

¹ Rundungsdifferenzen möglich

² Eigenkapital / Gesamtkapital, wobei der Sonderposten aus Zuwendungen in das Eigenkapital mit eingerechnet wurde

³ Betrifft nur öffentlichen Linienverkehr im Landkreis Greiz

3.2.2 Regionalverkehr Gera/Land GmbH (RVG)

Sitz und Anschrift des Unternehmens

RVG Regionalverkehr Gera/Land GmbH Telefon:	0365-824560
Leibnizstraße 74	Telefax: 0365-8245625
07548 Gera	E-Mail: info@rvg-gera.de

Rechtliche Grundlagen

Die Gesellschaft wurde 23. November 1992 gegründet und ist beim Amtsgericht Jena (HRB 202722) eingetragen. Es gilt der Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 08. August 2012 (mit notarieller Beurkundung Nr. 956/2012 des Notariats Schwarzer).

Zeichen der Genehmigung: 204.4 – 1515.01 – 001/98 – GRZ

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung (Stand zum 31.12.2025):

Herr Dr. Stefan Meißner	Geschäftsführer
Frau Nadine Hager	Gesamtprokura
Herr Sebastian Koudele	Gesamtprokura

Der Geschäftsführer ist vom Verbot der Selbstkontrahierung (§ 181 BGB) befreit. Von der Angabe der Bezüge des Geschäftsführers wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB abgesehen.

Aufsichtsrat (Stand: 31.12.2025):

Vorsitzender	Herr Dr. Ulli Schäfer	Landrat
stellv. Vorsitzender	Herr Kai Dittmann	Kreistagsmitglied
weitere Mitglieder	Herr Gunnar Raffke	Kreistagsmitglied
	Herr Stefan Böhme	Kreistagsmitglied
	Frau Christina Henkel	Kreistagsmitglied
	Frau Ute Barth	Sachverständige

Die Vergütung des Aufsichtsrates im Jahr 2025 betrug 0 € (Vorjahr: 698 €).

Gesellschafterversammlung

Alleiniger Gesellschafter ist der Landkreis Greiz. Das Stammkapital der Gesellschaft zum 31.12.2025 beträgt 650.000,00 €. Der Landkreis als Gesellschafter wird in der Gesellschafterversammlung vom Landrat vertreten. Der Landrat handelt im Auftrag des Kreistages.

Beteiligungsverhältnisse an Unternehmen

keine

Zuschüsse und Kapitalentnahmen des Landkreises

Art der Entnahme: keine

Art des Zuschusses: keine

Gegenstand des Unternehmens (§ 2 Gesellschaftsvertrag)

Gegenstand des Unternehmens sind die Übernahme, Einrichtung und Betrieb von Personenverkehren nach dem Personenbeförderungsgesetz sowie die Vornahme aller damit zusammenhängenden Geschäfte und Tätigkeiten, die dem Unternehmenszweck unmittelbar und mittelbar zu dienen geeignet sind, wie Tankstelle, Werkstatt, Fahrzeugwäsche, Reisebüro. Die Tätigkeit erstreckt sich hauptsächlich auf den Nahverkehrsraum Gera, der im Wesentlichen das Gebiet des Landkreises Greiz und der Stadt Gera umfasst. Der Nahverkehrsraum bzw. das zugehörige Liniennetz darf nur mit Zustimmung der Gesellschafter geändert werden.

Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Geschäfte einzugehen, die der Förderung des vorgenannten Gegenstandes des Unternehmens dienen. Die Gesellschaft kann gleichartige oder ähnliche Unternehmen erwerben, sich an solchen beteiligen und Zweigniederlassungen errichten. Die Gesellschaft kann Interessengemeinschaften beitreten und Kooperationsabkommen mit Verkehrsunternehmen bzw. Verkehrsgesellschaften abschließen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft erfüllt die Aufgaben entsprechend dem geltenden Nahverkehrsplan des Landkreises Greiz. Die unter der Überschrift "Kurzvorstellung" aufgeführten Unternehmensziele entsprechen dem öffentlichen Zweck von Unternehmen eines Landkreises und dem genehmigten Gesellschaftsvertrag. Der öffentliche Zweck besteht weiter fort. Die Geschäftstätigkeit entspricht dem genehmigten Gesellschaftszweck. Die Gesellschaft steht im Einklang mit der Leistungsfähigkeit des Landkreises Greiz und seinem absehbaren Bedarf.

Kurzvorstellung des Unternehmens

Das Unternehmen besteht als juristisch selbstständige Person in GmbH - Form. Die Regionalverkehr Gera/Land GmbH betreibt ein Busunternehmen des öffentlichen Personennahverkehrs. Gegenstand des Unternehmens sind Übernahme, Einrichtung und Betrieb von Personenverkehr nach dem Personenbeförderungsgesetz sowie die Vornahme aller damit zusammenhängenden Geschäfte und sonstigen Tätigkeiten, die dem Unternehmenszweck unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind, wie Tankstelle, Werkstatt, Fahrzeugwäsche und Reisebüro. Haupttätigkeiten sind insbesondere der Linien- und Schülerverkehr. Die regionalen Linien verbinden zentrale Orte des Landkreises untereinander und mit denen angrenzender Landkreise bzw. mit der Stadt Gera. Zur weiteren Auslastung der Omnibusse werden Leistungen im Vertrags- und Gelegenheitsverkehr erbracht. Die RVG besitzt Genehmigungen für den Betrieb von 15 Regionalverkehrslinien im Landkreis Greiz sowie für zwei Stadtverkehrslinien in Gera.

Wirtschaftliche Lage und Geschäftsverlauf

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Nach den wirtschaftlich herausfordernden Jahren 2022 – 2024 stellte das Jahr 2025 eine Phase der Konsolidierung dar. Nachfrageseitig war der Einbruch infolge der COVID19-Pandemie überwunden; ebenso hatte sich das Preisniveau – insbesondere bei der Traktionsenergie – nach den extremen Steigerungen infolge des Konflikts zwischen der Russischen Föderation und der Ukraine wieder stabilisiert, wenngleich das Preisniveau 2024 immer noch deutlich über jenem des Jahres 2022 lag. Die geopolitischen Krisen und wirtschaftlichen Herausforderungen prägten auch das vergangene Jahr.

Nach wie vor erfreut sich das Deutschlandticket – trotz der zum 01.01.2025 erfolgten Preiserhöhung von 49 € auf 58 € – einer großen Beliebtheit. Insgesamt wurden im Jahr 2025 über 170,7 Millionen Deutschlandtickets verkauft. Branchenweit hat die Anzahl der im öffentlichen Personenverkehr beförderten Fahrgäste um ca. 6 % gegenüber dem Vorjahr zugenommen (Quelle: VDV-Statistik 2025); auch im Bediengebiet der Verkehrsunternehmen im Landkreis Greiz ist die Fahrgastzahl gestiegen – um ca. 14 % gegenüber dem Jahr 2024. Auch im Landkreis Greiz ist diese Entwicklung nicht zuletzt auf die vereinfachte und kostengünstige Nutzung des ÖPNV mit Hilfe des Deutschlandtickets zurückzuführen.

Während das Deutschlandticket aus Kundensicht eine deutliche Vereinfachung und zugleich Vergünstigung bei der Nutzung des ÖPNV bewirkt hat, sehen sich die Verkehrsunternehmen in der Folge jedoch weiterhin sowohl mit betrieblichen als auch finanziellen Folgen konfrontiert. So liegt das Preisniveau des Deutschlandtickets weiterhin deutlich unter dem Preisniveau vormaliger Ticketangebote, insbesondere im Zeitkartenbereich. Der Verband deutscher Verkehrsunternehmen prognostiziert für das Jahr 2025 Gesamteinnahmeverluste der Verkehrsunternehmen in Höhe von fast 4 Milliarden €. Demgegenüber steht jedoch nur ein verfügbares Budget von Bund und Ländern in Höhe von 3 Milliarden € für Ausgleichszahlungen; für das verbleibende Defizit müssen entweder die kommunalen Aufgabenträger oder die Verkehrsunternehmen selbst aufkommen. Gleichzeitig steht den gesunkenen Fahrgelderlösen eine – wie oben beschrieben – deutlich höhere Fahrgastnachfrage gegenüber, wobei ein Großteil des Nachfragezuwachs durch Kunden generiert wird, die den ÖPNV schon zuvor genutzt haben und jetzt – mit dem Deutschlandticket als „Flatrate“-Tarif – eben noch häufiger unterwegs sind. Dieser Nachfragesteigerung innerhalb des Segments der bereits bestehenden ÖPNV-Kunden stehen keine Mehrerlöse gegenüber, aus denen zusätzliche Kapazitäten zu deren Bewältigung finanziert werden könnten, weshalb die Qualität und Attraktivität des Systems ÖPNV zunehmend leiden. Berechtigte Forderungen aus der Branche, einerseits die Einnahmeverluste infolge des Deutschlandtickets für alle Beteiligten auskömmlich und verlässlich planbar zu finanzieren (oder alternativ den Preis entsprechend anzupassen) und andererseits auch die benötigten Mittel für den Angebotsausbau bereitzustellen, verhallen weiterhin ungehört.

2. Geschäftsverlauf

Das Jahresergebnis der Gesellschaft betrug im Berichtszeitraum 568 T€, womit die RVG erneut ein positives Ergebnis aufweist. Sowohl gegenüber dem Vorjahr als auch gegenüber dem Planansatz konnte eine nochmals deutliche Verbesserung erreicht werden, wobei das Ergebnis teilweise auf Einmaleffekte zurückzuführen ist. Sowohl der Linienverkehr als auch die Geschäftsfelder außerhalb des Linienverkehrs weisen ein jeweils positives Spartenergebnis auf.

Der Bestand des originären Eigenkapitals beläuft sich zum Bilanzstichtag auf 871 T€ (Vj. 303 T€). Der Landkreis Greiz hatte der Gesellschaft im Jahr 2022 zur Überbrückung der Folgen aus der seinerzeitigen „Energiepreisexplosion“ ein rückzahlbares Gesellschafterdarlehen in Höhe von 528 T€ gewährt, dessen Tilgung zunächst bis zum 31.12.2024 ausgesetzt war und seither vertragsgemäß zurückgezahlt wird.

Der bundesweite Trend eines Nachfragezuwachses im ÖPNV hat auch vor der RVG nicht Halt gemacht. Insgesamt nutzten im Jahr 2025 knapp 690.000 Fahrgäste die Busse, was einen Anstieg um etwa 4,6 % gegenüber dem Vorjahr bedeutet.

Zur Unterstützung der wirtschaftlichen Lage betreibt die Gesellschaft neben dem „klassischen“ Linienverkehr in geringerem Umfang auch andere Geschäftsfelder; insbesondere Sonderformen des Linienverkehrs nach § 43 PBefG, Gelegenheits- und Schienenersatz-/Busnotverkehre. Die Erträge in diesen Geschäftsfeldern betrugen im Berichtszeitraum insgesamt 797 T€ (Vj. 432 T€); das Spartenergebnis belief sich im Berichtsjahr auf 521 T€. In diesem Ergebnis ist ein Einmaleffekt in Höhe von 379 T€ enthalten; dieser ergibt sich aus dem Saldo des Verkaufserlöses von einer nicht mehr benötigten Teilfläche des Grundstücks in Gera, Leibnizstraße 74 und dessen wertmäßigem Anlagenabgang. Leistungen im Schienenersatz- bzw. Busnotverkehr waren im Jahr 2025 in geringerem Maße gegenüber 2024 zu verzeichnen; dies insbesondere aufgrund der vergleichsweise geringen Bautätigkeit im regionalen Eisenbahnnetz im 1. Halbjahr 2025.

a) Vermögenslage:

Die Bilanzsumme zum 31.12.2025 beträgt 4.952 T€. Der überwiegende Teil des Vermögens der Gesellschaft ist im Anlagevermögen (immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen) gebunden; der Netto-Buchwert des Anlagevermögens betrug zum Bilanzstichtag 2.906 T€ (Vj. 2.237 T€). Das Anlagevermögen ist vollständig durch Eigenkapital sowie mittel- und langfristige Verbindlichkeiten gedeckt.

Der wertmäßige Bestand an Vorräten lag zum Bilanzstichtag auf dem Vorjahresniveau bei 7 T€. Die Höhe der Forderungen erhöhte sich leicht und belief sich auf 1.091 T€ (Vj. 1.032 T€), die sich wie folgt aufteilen:

• Ausgleichszahlungen nach ÖDA:	327 T€
• Ausgleichszahlungen im Zusammenhang mit dem Deutschlandticket:	228 T€
• Ausgleichszahlungen für verbundbedingte Verluste (VMT):	113 T€
• übrige Forderungen:	423 T€

Die Verbindlichkeiten der Gesellschaft beliefen sich zum Bilanzstichtag auf 3.880 T€ (Vj. 3.142 T€). Dabei betrugen die Verbindlichkeiten bei Kreditinstituten aufgrund von Investitionsfinanzierungen 1.884 T€. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen beliefen sich am Bilanzstichtag auf 1.199 T€ (Vj. 329 T€), wobei der Anstieg im Wesentlichen auf die kurz vor Jahresende ausgelieferten Busse zurückzuführen ist, für welche der Fälligkeitszeitpunkt der Rechnungen erst in das Jahr 2026 fiel. Die sonstigen Verbindlichkeiten reduzierten sich auf 797 T€ (Vj. 1.103 T€), welche sich im Wesentlichen wie folgt zusammensetzen:

• Entgeltzahlungen für Beschäftigte 12/2025 (fällig in 01/2026):	205 T€
• Lohn- und Kirchensteuern, Beiträge BG (fällig in 01/2026):	51 T€
• Gesellschafterdarlehen (planmäßiger Tilgungsbeginn ab 01/2025):	421 T€
• übrige Verbindlichkeiten:	120 T€

Das Eigenkapital stieg in Höhe des Jahresüberschusses auf 871 T€ (Vj. 303 T€). Die Eigenkapitalquote liegt bei 18 % (Vj. 8 %).

b) Finanzlage:

Im Berichtszeitraum hat die Gesellschaft Investitionen in einem Gesamtumfang von 1.376 T€ getätigt. Nach Abzug der erhaltenen Fördermittel (27 T€) lagen die Nettoinvestitionen damit deutlich über dem durch die Höhe der Abschreibungen widergespiegelten Wertverzehr. Auch unter Berücksichtigung des Anlagenabgangs infolge des Verkaufs von Vermögensgegenständen stieg der Wert des Anlagevermögens auf 2.906 T€ (Vj. 2.237 T€) – maßgeblich infolge der Ersatzinvestitionen im Fahrzeugbereich. Die liquiden Mittel der Gesellschaft betragen zum Bilanzstichtag 922 T€ (Vj. 399 T€). Die Finanzlage des Unternehmens ist stabil; zur Kompensation der nach wie vor nur sehr verspäteten Ausreichung von Ausgleichszahlungen im Zusammenhang mit dem Deutschlandticket wurde zwischen den Verkehrsunternehmen im LK Greiz und der Gesellschaft als Verbundorganisation eine Anpassung der Zeitpunkte für die Aufteilung der Fahrgeld-einnahmen vereinbart (halbjährliche statt bislang nur einmal jährliche Abrechnung). Dadurch ist es gelungen, die Liquidität der Gesellschaft auch nach der Einführung des Deutschlandtickets vollumfänglich zu sichern. Unter Berücksichtigung der mittelfristigen Finanzplanung sowie der geplanten Ein- und Auszahlungen wird die Gesellschaft in der Lage sein, ihren Zahlungsverpflichtungen auch zukünftig fristgerecht nachzukommen.

Innerhalb des Berichtszeitraums hat die Gesellschaft Darlehen bei Kreditinstituten in einem Umfang von 504 T€ getilgt; im Gegenzug erfolgte ein Zugang an Darlehen in einem Umfang von 595 T€ für Ersatzinvestitionen im Fuhrpark. Der Gesellschaft stehen nicht genutzte Kreditlinien in Höhe von 350 T€ zur Verfügung.

c) Ertragslage:

Im Berichtszeitraum hat die Gesellschaft Erträge in einer Höhe von insgesamt 8.165 T€ erzielt (Vj. 7.327 T€) erzielt. Die Aufwendungen betrugen 7.597 T€ (Vj. 7.242 T€); das Jahresergebnis der RVG für das Jahr 2025 lag damit bei 568 T€ (Vj. 85 T€).

Die Fahrgelderlöse im Linienverkehr (§§ 42 bis 44 PBefG) konnten um knapp 22 % gesteigert werden und betrugen im Berichtsjahr 1.606 T€ (Vj. 1.317 T€). Hierin spiegeln sich einerseits die oben beschriebene Steigerung der Fahrgastzahlen und andererseits die starken Vertriebsbemühungen der Gesellschaften PRG/RVG beim Verkauf des DLT wider.

Die Ausgleichszahlungen gemäß § 45a PBefG (ermäßigte Schülerbeförderung) spielen als mittelbare Folge der Umsetzung des Deutschlandtickets kaum noch eine Rolle und sanken auf nur noch 1 T€; jedoch konnten infolge des Zuwachses der Fahrgeldeinnahmen höhere Erstattungsleistungen gemäß § 231 SGB IX (unentgeltliche Schwerbehindertenbeförderung) verzeichnet werden (Ist 2025: 50 T€; Vj. 39 T€). Ausgleichsleistungen für verbundbedingte Verluste innerhalb des Geltungsbereichs des VMT-Tarifs wurden in einer Höhe von 112 T€ gewährt, was dem Vorjahresniveau entspricht.

Weiterhin hat die Gesellschaft infolge der verpflichtenden Anwendung des Deutschlandtickets Anspruch auf Ausgleichszahlungen entsprechend der „Richtlinie Deutschlandticket ÖPNV Thüringen 2025“; diese betrugen im Berichtszeitraum 1.040 T€, welche jedoch – wie auch in den Vorjahren – nur sehr zeitverzögert durch den Freistaat Thüringen ausgereicht werden. So betrugen die offenen Forderungen im Zusammenhang mit Ausgleichszahlungen für das Deutschlandticket zum Bilanzstichtag insgesamt 228 T€. Weiterhin enthalten die Umsatzerlöse Erträge mit Zuschusscharakter (Ausgleichszahlungen des Aufgabenträgers auf der Grundlage des ÖDA) in einer Höhe von 4.436 T€ (Vj. 3.865 T€), wobei sich in der Steigerung des Ausgleichsbetrags im Wesentlichen die Entwicklung des Preisindex für Dieselkraftstoff als Folge des Ukraine Konflikts nunmehr zeitverzögert vollständig widerspiegelt.

- in T€ -	2023	2024	2025
Ausgleichsleistungen nach Verkehrsfinanzierungs- und Verkehrsqualifizierungsvertrag; ab 01.12.2019 Öffentlicher Dienstleistungsauftrag:	3.264	3.865	4.436
. darin enthalten: Finanzhilfen des Landes	409	472	433
Sonderhilfe „Kraftstoffkosten“	174	92	
Ausgleichszahlungen des Landes (§ 45a PBefG; §§ 228 ff. SGB IX)	306	41	50
Ausgleichszahlungen aus dem „ÖPNV-Rettungsschirm“ Thüringen (Mittelfluss)			
- für 2021	37		
- für 2022	178	0	47
Ausgleichszahlungen Deutschlandticket (Mittelfluss)			
- für 2023	633	79	- 30
- für 2024		985	112
- für 2025			848
Gesamt	4.592	5.062	5.463

Der Personalaufwand (einschließlich Aufwendungen für soziale Sicherung) lag im Berichtsjahr bei 4.502 T€ (Vj. 4.158 T€). Der Zuwachs ist im Wesentlichen auf tarifvertraglich festgelegte Steigerungen der Tariflöhne zum 01.01.2025 und 01.07.2025 zurückzuführen und liegt in der Größenordnung der bereits im Wirtschaftsplan geplanten Personalaufwendungen.

Der Materialaufwand sank gegenüber dem Vorjahr leicht auf noch 1.302 T€, was im Wesentlichen auf die Reduzierung des Aufwands für Traktionsenergie zurückzuführen ist; dieser sank auf 752 T€.

Im Gegenzug erhöhten sich die Aufwendungen für Instandhaltung und bezogene Leistungen infolge der allgemeinen Preisentwicklung für Personal- und Materialkosten bei Zulieferern auf 549 T€ (Vj. 529 T€). Die Abschreibungen erhöhten sich infolge der Investitionstätigkeit leicht auf 483 T€, während sonstige betriebliche Aufwendungen etwa in der Größenordnung des Vorjahres zu verzeichnen waren (Ist 2025: 1.226 T€).

d) Qualitätsmanagement

Die Qualität der Leistungserstellung im Bereich des Linienverkehrs gemäß § 42 PBefG wird durch den Aufgabenträger auf Grundlage des ÖDA einer regelmäßigen Kontrolle unterzogen. Eingehende Anregungen bzw. Beschwerden werden im Rahmen des unternehmensinternen Qualitätsmanagements systematisch erfasst und ausgewertet sowie die Notwendigkeit organisatorischer, betrieblicher, technischer oder personeller Maßnahmen untersucht und bei Erfordernis auch umgesetzt. In sämtlichen Fällen erfolgt eine Rückmeldung an den Beschwerdeführer als integraler Bestandteil einer aktiven Kundenbindung.

e) Investitionen

Nachdem infolge der Umsetzung des neuen Verkehrskonzepts im Dezember 2019 der notwendige Einsatzbestand an Bussen verringert werden konnte, beläuft sich dieser zum Bilanzstichtag auf 31 Busse. Im Berichtsjahr wurden fünf neue Busse in den Bestand aufgenommen (Gesamtinvestitionsvolumen: 1.320 T€), darunter zwei bereits im Jahr 2024 bestellte Niederflurbusse. Im Gegenzug wurden drei Fahrzeuge des Typs TEMSA aufgrund des hohen Fahrzeugalters, des damit einhergehenden hohen Instandhaltungsbedarfs bei gleichzeitig schwieriger Ersatzteilverfügbarkeit bei dieser Marke und teilweise fehlender Barrierefreiheit ausgesondert. Dadurch sank das Durchschnittsalter der im aktiven Einsatzbestand befindlichen Fahrzeuge auf 6,0 Jahre (Vj. 7,6 Jahre); mittlerweile ist die Gesamtflotte der RVG Regionalverkehr Gera/Land GmbH barrierefrei. Aufgrund fehlender Mittelbereitstellung durch das Land Thüringen wurden die o.g. Fahrzeuge – wie bereits in den Vorjahren – komplett ohne Fördermittel angeschafft, wofür die Gesellschaft jedoch zunehmend auf Fremdkapitalfinanzierungen zurückgreifen muss, wodurch sich perspektivisch der Aufwand für Abschreibung und Zinsen sowie die Verschuldung weiter erhöhen werden.

Weitere Investitionen im Jahr 2025 betrafen die Büro- und Werkstattausrüstung (51 T€, davon 36 T€ für den neuen Bremsenprüfstand) sowie Telematik-Komponenten für das Leitsystem/ITCS und die automatische Fahrgasterfassung (39 T€, davon 27 T€ Fördermittel).

f) Prognose

In enger Abstimmung mit dem Aufgabenträger wurde zum 01.12.2019 ein neues Angebots- und Fahrplankonzept umgesetzt, welches eine Verdichtung und Systematisierung (Taktverkehre, verbesserte Anschlüsse zwischen Bus und Zug) insbesondere auf Linien im Zulauf auf das Oberzentrum Gera beinhaltete. In der Folge gelang es, die Fahrgastzahlen zu stabilisieren bzw. zu steigern.

Die Einführung des „Deutschland-Tickets“ im Mai 2023, welches eine unkomplizierte verkehrsmittel- und unternehmensübergreifende Nutzung des ÖPNV in Deutschland ermöglicht, hatte erhebliche Auswirkungen auf die Verkehrsnachfrage bzw. das

Verkehrsmittelwahlverhalten; insbesondere die kombinierte Nutzung von Bus- und Bahnangeboten hat an Attraktivität für die Kunden gewonnen. Gemeinsam mit dem Aufgabenträger hat die Gesellschaft darauf reagiert und aufbauend auf dem bisherigen Angebotskonzept die systematische Verknüpfung zwischen Bus und Zug konsequent fortgeführt. Ziel ist es, in der Kombination mit dem Eisenbahnverkehr dessen Reisezeitvorteile auf längeren Distanzen den Fahrgästen zugänglich zu machen und somit zum motorisierten Individualverkehr konkurrenzfähige Angebote zu entwickeln.

Aus diesem Grund engagieren sich die kreiseigenen Verkehrsgesellschaften – gemeinsam mit der GRZ Service- und Verwaltungsgesellschaft mbH als Dienstleisterin für verkehrstechnologische Aufgaben – im Rahmen des Projekts „Integraler Taktfahrplan (ITF) Thüringen 2030“. Dies stärkt einerseits die Nutzungsmöglichkeiten der Verkehrsangebote durch breitere Nachfrageschichten und bremst bei geschickter Fahr-, Umlauf- und Dienstplanung den Anstieg der Produktionskosten. Für Bedienräume mit einer dünn und dispers besiedelten Raumstruktur, welche in der Folge auch unter einer tendenziell schwachen Nachfrage leiden, wird die Ausweitung bedarfsorientierter Bedienformen – analog zu dem Rufbusangebot im Geraer Norden am Wochenende bzw. Feiertagen – geprüft, wobei auch kreisgrenzenübergreifende gemeinsame Angebote (z.B. mit dem LK Altenburger Land oder der Stadt Gera) in Betracht gezogen werden. Infolge der flexiblen Bestellmöglichkeit ohne festen Fahrplan besteht für die Einwohner des Bedienegebiets eine bessere Versorgungsqualität mit Leistungen des öffentlichen Nahverkehrs bei gleichzeitig verringerten Kosten der Leistungserstellung.

Für das auf den Berichtszeitraum folgende Geschäftsjahr geht die Gesellschaft wiederum von einem positiven Ergebnis aus. Erlöszuwächse werden im Linienverkehr aufgrund der Anhebung des Ausgabepreises des Deutschlandtickets erwartet. Infolge einer wieder ausgeweiteten Bauaktivität im Eisenbahnnetz geht die Gesellschaft auch wieder von einer steigenden Ertragslage im Bereich Schienenersatz-/Busnotverkehr aus.

Die mit Abstand höchste Aufwandsposition bleibt – wie auch branchenweit üblich – der Personal-aufwand, welcher aufgrund der planmäßig im Jahr 2026 wieder anstehenden Tarifverhandlungen weiter steigen wird, wenngleich die Gesellschaft von einem nicht so starken Anstieg wie zuletzt 2024 infolge der inflationsbedingten Auswirkungen des Ukraine-Konflikts ausgeht. Attraktive Arbeits- und Vergütungsbedingungen bleiben jedoch wesentliche Voraussetzungen für die Sicherung eines ausreichenden Personalbestands.

g) Chancen

Wesentliche Chancen – trotz der oben beschriebenen Probleme hinsichtlich der Preisfortschreibung und der Ausgleichshöhe – sieht die Gesellschaft nach wie vor im Deutschlandticket, welches insbesondere die verkehrsübergreifende Nutzung des ÖPNV vereinfacht und damit beflügelt hat. Kombinierte Reiseketten mit dem Bus im Vor- und Nachlauf in der Fläche und dem schnelleren Eisenbahnverkehr im Hauptlauf gewinnen daher an Bedeutung, da die mittlere Reisegeschwindigkeit im ÖPNV dadurch steigt. Dies gilt es, im Wettbewerb mit dem motorisierten Individualverkehr zu nutzen. Voraussetzungen hierfür sind jedoch einerseits eine entsprechende Synchronisation der Bus- und Bahnfahrpläne und andererseits eine funktionsgerechte Gestaltung der Umsteigestationen. Innerhalb ihres Bedienegebiets wird die Gesellschaft daher kontinuierlich und in Abstimmung mit dem

Aufgabenträger neue Projekte zur besseren Verknüpfung zwischen Bus- und Eisenbahnverkehr realisieren. Im Hinblick auf eine mittelfristig zu erwartende Umstellung der Förderkulisse seitens des Freistaats Thüringen – Stichwort „ITF-Rahmenplan Thüringen 2030“ – lohnt sich eine konsequente Weiterverfolgung der integrierten Betrachtung von zwischen den verschiedenen Verkehrsträgern des ÖPNV vernetzte Angebote.

Die Gesellschaft kann für die Leistungserstellung auf einen altersstrukturell ausgewogenen, gut ausgebildeten und motivierten Personalbestand zurückgreifen; personelle Engpässe aufgrund kurzfristiger Fluktuation sind absehbar nicht zu erwarten. Gleichwohl wird der demographische Wandel mittel- bis langfristig wieder zu einer Verschärfung der Verfügbarkeit von Arbeitnehmern führen. Die Gesellschaft legt daher großen Wert auf die konsequente Weiterentwicklung bzw. Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Dienstgestaltung, die Nutzung der mit der Einrichtung einer Betriebsfahrschule verbundenen Vorteile hinsichtlich der Qualität der Mitarbeiterfortbildung sowie die Einbeziehung digitaler Möglichkeiten.

Chancen ergeben sich mittelfristig auch im Falle einer Ausweitung verkehrlicher und betrieblicher Kooperationen mit den Zielen, verschiedene Verkehrsangebote besser aufeinander abzustimmen und dadurch zusätzliche Fahrgastpotentiale zu erschließen oder parallele Strukturen abzubauen und dadurch vorzuhaltende Produktionskapazitäten zu reduzieren. Entsprechende Kooperationen bestehen bereits mit der Stadt Gera und dem Landkreis Altenburger Land; perspektivisch kann aus Sicht der Gesellschaft auch der Saale-Holzland-Kreis hierfür in Betracht gezogen werden.

Einen immer breiteren Raum nimmt die Diskussion um die Reduzierung verkehrlich bedingter CO₂-Emissionen ein. Auch im ÖPNV wird – trotz der bereits systembedingt sehr guten, spezifischen Emissionswerte und dem damit verbunden, vergleichsweise geringen Minderungspotential – aufgrund der gesetzlichen Bestimmungen (Gesetz über die Beschaffung sauberer Straßenfahrzeuge) die Umstellung auf emissionsfreie Antriebe forciert. Unbeschadet der aktuellen Debatte um eine Lockerung der Vorgaben auf europäischer Ebene für CO₂-Flottengrenzwerte ist langfristig dennoch zu erwarten, dass eine geänderte Fahrzeugpalette seitens der Hersteller indirekt zum Umstieg auf emissionsfreie Antriebe zwingt. Vor diesem Hintergrund sollen verschiedene Handlungslinien (Standortkonzept, stufenweise Umstellung auf emissionsfreie Antriebe, Einführung automatisierten/ autonomen Fahrens (Level 4)) in einem Gesamtkonzept gebündelt ab Mitte 2026 im Rahmen einer vollständig durch den Freistaat Thüringen finanzierten Machbarkeits- und Vertiefungsstudie vorbereitet werden.

h) Risiken

Wie bereits dargelegt, wurde mit der Einführung des „Deutschland-Tickets“ ein grundlegender Systemwechsel auf dem Gebiet des ÖPNV vollzogen, der erhebliche Auswirkungen haben wird. Mit dem Tarifprodukt wurde ein politisch festgesetzter Höchstpreis (aktuell: 63 €/Monat) für die Nutzer von ÖPNV-Leistungen eingeführt, wodurch der Anteil eigenwirtschaftlicher Erlöse erheblich gesunken ist; im Jahr 2024 lag der Kostendeckungsgrad aus Fahrgelderlösen bei nur noch 32,4 % (Thüringer Durchschnitt).

Demgegenüber ist die Abhängigkeit der Unternehmen von der Ausreichung öffentlicher Mittel entsprechend stark angestiegen. Die Unternehmensentwicklung und -finanzierung wird folglich immer stärker vom politischen Gestaltungs- bzw. Entscheidungswillen abhängig, während die unternehmerische und am tatsächlichen Marktgeschehen ausgerichtete Verantwortung in den

Hintergrund tritt. Zudem fehlt eine langfristig auskömmliche Finanzierungsstrategie seitens des Bundes bzw. der Länder. Sofern beide Seiten weiterhin nicht gewillt sind, die finanziellen Konsequenzen aus deren politischer Entscheidung zur Einführung des Deutschlandtickets vollumfänglich zu tragen, verbleiben den Verkehrsunternehmen als „Reaktionsmöglichkeit“ zur Verlustminimierung nur der Verzicht auf (Ersatz-)Investitionen und ein konsequenter Abbau von Verkehrsangeboten, was allerdings den Bemühungen um eine ebenfalls politisch gewollte „Verkehrs- und Energiewende“ diametral entgegensteht.

Eine große Unsicherheit stellt die kurz- bis mittelfristige Preisentwicklung sowie die Verfügbarkeit (bzw. die Zeitdauer bis zur Verfügbarkeit) von Rohstoffen und Ersatzteilen dar. Im Frühjahr 2026 sieht sich die gesamte Branche wiederum mit erheblichen Preissteigerungen beim Kraftstoffbezug infolge des Konflikts im Nahen und Mittleren Osten konfrontiert; es ist zu erwarten, dass dies – selbst bei wieder sinkenden Kraftstoffbezugspreisen – dauerhaft zu gestiegenen Preisen bei energieintensiven Produkten sowie zu hohen Lohnforderungen der Arbeitnehmervertretungen führen wird. Damit werden sich auch die Kosten für die Leistungserstellung strukturell erhöhen.

Eine Herausforderung bildet in den kommenden Jahren die Finanzierung von Investitionsvorhaben. Die erheblichen Preissteigerungen haben zu einer extremen Verteuerung von Investitionen geführt; hinzu kommt das gestiegene Zinsniveau. Erschwerend wirkt sich zudem aus, dass Fördertatbestände und -programme des Bundes bzw. des Freistaats Thüringen immer stärker auf schienengestützte Verkehrsträger ausgerichtet sind. Kleinere Vorhaben, gerade im Bus- oder Haltestellenbereich, die kurzfristig realisierbar wären und einen direkten Nutzen für die Kunden entfalten würden, erreichen oft nicht die erforderlichen Investitionsvolumina (z.B. nach Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG): 10 Millionen €). In der Konsequenz führt dies zu steigenden Aufwendungen für die Gesellschaft sowohl hinsichtlich der Höhe der Abschreibungen als auch der Zinslasten; alternativ können die notwendigen Ersatzinvestitionen nicht mehr in dem benötigten Umfang durchgeführt werden.

Neben hohen Lohnforderungen der Arbeitnehmervertretungen, welche sich in der ÖPNV-Branche aufgrund deren Charakters als Daseinsvorsorge eher am öffentlichen Dienst als an der tatsächlichen Produktivität orientieren, sieht sich die ÖPNV-Branche in den Verhandlungen über die Branchen- bzw. Flächentarifverträge (TV-N Thüringen) mit Forderungen nach weiteren, im Umfang erheblichen Arbeitszeitverkürzungen (bei vollem Lohnausgleich) konfrontiert, was den sich ohnehin abzeichnenden Arbeitskräftemangel aufgrund des demographischen Wandels weiter verschärfen würde.

3. Zusammenfassung / Gesamtaussage

Der Jahresabschluss wurde unter Einbeziehung der Buchführung und des Lageberichtes für das Geschäftsjahr vom 01.01.2025 bis 31.12.2025 von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft FIDAIX GmbH geprüft und ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt. Die Prüfung gemäß § 53 HGrG (Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung) führte zu keinen Einwendungen.

4. Ausgewählte Kennziffern der RVG¹:

Bilanz	2023	2024	2025	Veränderung
	T€	T€	T€	zum
				Vorjahr
Anlagevermögen	2.106	2.237	2.906	669
Umlaufvermögen	1.399	1.438	2.021	583
Eigenkapital	219	303	871	568
Rückstellungen	185	244	201	- 43
Verbindlichkeiten	3.050	3.142	3.880	738
Bilanzsumme	3.525	3.691	4.952	1.261
Gewinn- und Verlustrechnung				
Umsatzerlöse	5.400	5.824	6.567	743
Personalaufwand	3.686	4.158	4.502	344
Materialaufwand	1.216	1.328	1.302	- 26
Abschreibungen	456	466	483	17
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	48	76	79	3
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	105	85	568	483
Sonstige				
Eigenkapitalquote (%)	6	8	18	10
Beschäftigte Ø	70	69	70	1
Fahrplankilometer (FPK) LK Greiz (Tkm) ²	1.692	1.665	1.719	54
Tariferlöse je FPK (€) ²	0,73	0,78	0,92	0,14
Materialaufwand je FPK (€) ²	0,58	0,60	0,55	-0,05
Personalaufwand je FPK (€) ²	2,13	2,44	2,58	0,14

¹ Rundungsdifferenzen möglich

² Betrifft nur öffentlichen Linienverkehr im Landkreis Greiz

3.2.3 GRZ Service und Verwaltungsgesellschaft GmbH

Sitz und Anschrift des Unternehmens

GRZ Service- und
Verwaltungsgesellschaft mbH
Geraer Straße 7
07973 Greiz

Telefon: 03661-70650
Telefax: 03661-706526
E-Mail: grz-svg@prg-greiz.de

Rechtliche Grundlagen

Die Gesellschaft wurde 28. Januar 2003 gegründet und ist beim Amtsgericht Jena (HRB 209759) eingetragen. Es gilt der Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 08.04.2015 (mit notarieller Beurkundung Nr. 444/2015 des Notariats Schwarzer).

Zeichen der Genehmigung: 240.1-1515-1/15 GRZ.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung (Stand zum 31.12.2025):

Herr Dr. Stefan Meißner	Geschäftsführer
Frau Nadine Hager	Einzelprokura

Der Geschäftsführer ist vom Verbot der Selbstkontrahierung (§ 181 BGB) befreit. Von der Angabe der Bezüge des Geschäftsführers wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB abgesehen.

Aufsichtsrat (Stand: 31.12.2025):

Vorsitzender	Herr Dr. Ulli Schäfer	Landrat
stellv. Vorsitzender	Herr Kai Dittmann	Kreistagsmitglied
weitere Mitglieder	Herr Gunnar Raffke	Kreistagsmitglied
	Herr Stefan Böhme	Kreistagsmitglied
	Frau Christina Henkel	Kreistagsmitglied
	Frau Ute Barth	Sachverständige

Die Vergütung des Aufsichtsrates im Geschäftsjahr 2025 betrug 0,00 € (Vj. 0,00 €).

Gesellschafterversammlung

Alleiniger Gesellschafter ist der Landkreis Greiz. Das Stammkapital der Gesellschaft zum 31.12.2025 beträgt 26.000,00 €. Der Landkreis als Gesellschafter wird in der Gesellschafterversammlung vom Landrat vertreten. Der Landrat handelt im Auftrag des Kreistages.

Beteiligungsverhältnisse an Unternehmen

keine

Zuschüsse und Kapitalentnahmen des Landkreises

Art der Entnahme: keine
 Art des Zuschusses: keine

Gegenstand des Unternehmens (§ 2 Gesellschaftsvertrag)

Gegenstand des Unternehmens ist zum einen die Verwaltung und Betriebsführung von Unternehmen mit kommunaler Beteiligung. Hierzu gehört insbesondere die vollständige Übernahme folgender unternehmerischer Aufgaben:

- die Planung und Verwaltung der Finanzen und des Personals
- die Erarbeitung der Wirtschaftsplanungen
- die Durchführung betriebswirtschaftlicher Analysen
- verkehrsplanerische und –technologische Planungen
- die Investitionsplanung usw.

Im April 2015 wurde der Unternehmensgegenstand der Gesellschaft um die Aufgabe der Beschaffung, Ausstattung, Verwaltung und Bewirtschaftung von Wohnraum zur Unterbringung von Asylbewerbern und ausländischen Flüchtlingen in Gemeinschafts- und Einzelunterkünften (Daseinsvorsorge) erweitert. Aufgrund des Umfangs dieses Aufgabengebietes wurde mit Gesellschafterbeschluss vom 23.08.2016 der Geschäftsbereich der Daseinsvorsorge rückwirkend zum 01.01.2016 in die „Daseinsvorsorge Greiz GmbH“ abgespalten. Vom Unternehmen wurden alle notwendigen Voraussetzungen zur Abspaltung im buchhalterischen und abrechnungstechnischen Bereich bis zur Realisierung getroffen. Die Abspaltung konnte buchhalterisch erst zum 01.12.2016 komplett umgesetzt werden.

Zum Gegenstand der Gesellschaft gehört die Vornahme aller Geschäfte und Tätigkeiten, die dem Unternehmenszweck unmittelbar zu dienen geeignet sind. Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Geschäfte einzugehen, die der Förderung des vorgenannten Gegenstandes des Unternehmens dienen. Die Gesellschaft kann gleichartige oder ähnliche Unternehmen erwerben, sich an solchen beteiligen und Zweigniederlassungen errichten.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die GRZ Service- und Verwaltungsgesellschaft erfüllt die Aufgabe der Verwaltung von kreiseigenen Gesellschaften, die sämtlich zur Erfüllung öffentlicher Zwecke erforderlich sind. Die unter der Überschrift "Kurzvorstellung" aufgeführten Unternehmensziele entsprechen dem öffentlichen Zweck von Unternehmen eines Landkreises und dem genehmigten Gesellschaftsvertrag. Der öffentliche Zweck besteht weiter fort. Die Geschäftstätigkeit entspricht dem genehmigten Gesellschaftszweck. Die Gesellschaft steht im Einklang mit der Leistungsfähigkeit des Landkreises Greiz und seinem voraussichtlichen Bedarf.

Kurzvorstellung des Unternehmens

Die Gesellschaft wird als juristisch selbständige Person in GmbH-Form geführt. Die Gesellschaft erbringt für alle ÖPNV-Unternehmen im verkehrstechnologischen und kaufmännischen Bereich Dienstleistungen. Ziel ist die Vereinheitlichung wesentlicher Verwaltungsaufgaben der ÖPNV-Unternehmen des Landkreises Greiz. Gegenstand der Gesellschaft ist auch die Verwaltung und Betriebsführung von Unternehmen mit kommunaler Beteiligung im Landkreis Greiz.

Wirtschaftliche Lage und Geschäftsverlauf

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die Gesellschaft erfüllt unter Beachtung ökonomischer und ökologischer Aspekte für die kreiseigenen Verkehrsunternehmen die Hauptaufgabe bei der Vorbereitung und Realisierung der Verkehrsleistungen nach dem Personenbeförderungsgesetz (PBefG) und den maßgebenden EU-Rechtsnormen, hier insbesondere der VO (EG) 1370/2007, zuletzt ergänzt durch die VO(EU) 2016/2338.

Die Gesellschaft erbringt einen wesentlichen Teil ihrer Leistungen für die Verkehrsunternehmen PRG und RVG und wird daher mittelbar von den branchenspezifischen Rahmenbedingungen im ÖPNV beeinflusst. Diese waren im Berichtsjahr einerseits durch ein verfestigtes hohes Kostenniveau – insbesondere bei der Material- und Ersatzteilversorgung sowie bei bezogenen Leistungen – und andererseits von den Auswirkungen infolge der verpflichtenden Anwendung des Tarifs „Deutschlandticket“ geprägt. Durch diese faktische Tarifdeckelung sind die Verkehrsunternehmen in noch stärkerem Maße von politischen Fährnissen abhängig. Gleichwohl fehlt nach wie vor eine auskömmliche und vor allem mittel- bis langfristig belastbare Finanzierungsperspektive zum Ausgleich der politisch motivierten Preisdeckelung.

Für die Dienstleistungen, welche die SVG für die Vertragspartner PRG, RVG und UMWELT erbringt, spielt der sichere Umgang mit sensiblen Daten eine große Rolle. Der Schutz von Daten vor Verlust, Verfälschung, Beschädigung oder Löschung und die Sicherstellung der Daten spielt im täglichen Arbeitsprozess eine große Rolle. Regelmäßiges Erstellen von Backups sowie Zugangs- und Verlaufskontrollen im internen Betriebsablauf sind durch unsere interne IT-Abteilung ständig auf Viren, Ransomware sowie weiterer Internetgefahren und Cyberkriminalität zu prüfen und notwendige Schutzmaßnahmen zur Verhinderung dieser zu ergreifen sowie alle Hintergrundsysteme auf aktuellem Stand zu halten.

Die Gesellschaft arbeitet nach einem Qualitätsmanagementsystem im Sinne der DIN EN ISO 9001:2008. Sowohl das Qualitäts- als auch das Umweltmanagement sowie die internen Prozesse werden regelmäßig einer Überprüfung unterzogen und bei entsprechendem Bedarf angepasst.

2. Geschäftsverlauf

Der vom Aufsichtsrat der Gesellschaft in dessen Sitzung vom 28.10.2024 beschlossene Wirtschaftsplan sah für das Jahr 2025 ein geplantes Jahresergebnis von 5 T€ vor. Die Gesellschaft schließt das Wirtschaftsjahr 2025 mit einem positiven Jahresergebnis von 5,2 T€ ab. Das Eigenkapital der Gesellschaft beläuft sich zum Bilanzstichtag auf 139 T€ (Vj. 133 T€).

Vor dem Hintergrund der positiven Jahresergebnisse der Gesellschaft als auch der stabilen Finanzlage werden derzeit keine unmittelbaren Risiken, welche in der Gesellschaft wurzeln, für deren Fortbestand gesehen. Die Erbringung der oben genannten Dienstleistungen für die beiden kommunalen Verkehrsunternehmen PRG und RVG, die UMWELT sowie für weitere Dritte kann auch zukünftig vollumfänglich geleistet werden. Da der überwiegende Teil der Leistungen für die beiden o.g. Verkehrsunternehmen erbracht wird, ist der Fortbestand der Gesellschaft jedoch wesentlich von der wirtschaftlichen Entwicklung der PRG bzw. RVG abhängig. Beide Verkehrsunternehmen sind dabei wesentlich von den Konsequenzen der verpflichtenden Anwendung des Tarifprodukts Deutschlandticket betroffen.

a) Vermögenslage:

Das Eigenkapital der Gesellschaft beläuft sich zum Bilanzstichtag auf 139 T€ (Vj. 133 T€). Bei einer Bilanzsumme von 306 T€ (Vj. 329 T€) beträgt die Eigenkapitalquote 45,3 % (Vorjahr: 40,5 %). Da die Gewinnrücklagen durch die anteilige Einzahlung aus dem Jahresergebnis 2018 den Wert des Stammkapitals der Gesellschaft erreicht haben, wird der komplette Jahresgewinn auf neue Rechnung vorgetragen. Die Gewinnrücklage darf ausschließlich zum Ausgleich eines Jahresfehlbetrages, eines Verlustvortrages oder eine Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln verwendet werden.

Der überwiegende Teil des Vermögens der Gesellschaft ist in Umlaufvermögen in Höhe von 257 T€ (Vj. 276 T€) gebunden. Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr erklärt sich im Wesentlichen aus einer Änderung des Abrechnungsverfahrens bei der Einnahmeaufteilung im Gemeinschaftstarif der im Landkreis Greiz aktiven Verkehrsunternehmen: Zahlungsverpflichtungen aus der Einnahmeaufteilung werden aus rechtlichen Gründen zwischen den Verkehrsunternehmen direkt abgewickelt. Der Netto-Buchwert des Anlagevermögens beläuft sich zum Bilanzstichtag auf 49 T€ (Vj. 52 T€).

b) Finanzlage

Die Finanzlage der Gesellschaft ist stabil. Sämtliche gegen die Gesellschaft gerichtete Zahlungsaufforderungen wurden innerhalb des jeweiligen Zahlungszieles beglichen. Forderungsausfälle bei den Auftraggebern sind nicht zu verzeichnen und auch nicht zu erwarten. Zu den im Unternehmen bestehenden Finanzinstrumenten zählen im Wesentlichen Forderung, Verbindlichkeit und Guthaben bei Kreditinstituten.

Der Rückgang der Bilanzsumme ist im Wesentlichen auf Veränderungen im Bereich der Forderungen und Verbindlichkeiten zurückzuführen. Die Verbindlichkeiten der Gesellschaft belaufen sich zum Bilanzstichtag auf 93 T€ (Vj. 153 T€), bestehend aus Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (42 T€) und sonstigen Verbindlichkeiten (51 T€). Die sonstigen Verbindlichkeiten gliedern sich im Wesentlichen wie folgt auf:

- Aufwendungen für Personal/soziale Sicherung (Fälligkeit in 01/26): 40 T€
- übrige Verbindlichkeiten 12 T€

c) Ertragslage:

Das Wirtschaftsjahr wurde mit einem Jahresüberschuss von 5 T€ abgeschlossen (Vj. 6 T€).

Die Umsatzerlöse im Berichtszeitraum betrugen 1.067 T€ (Vj. 951 T€). Die Mehreinnahmen gegenüber dem Vorjahr basieren einerseits auf der Anpassung von Vergütungssätzen für die Managementleistungen, welche u.a. infolge von Tarifierungen der Beschäftigten notwendig wurden. Andererseits konnten die Leistungen der Betriebsfahrschule für Dritte ausgeweitet werden, sodass die Erlöse in diesem Segment gesteigert und in der Folge die Finanzierungsanteile der beiden Verkehrsunternehmen PRG und RVG für Managementleistungen gegenüber dem Planansatz erheblich reduziert werden konnten.

Zur Fachkräftesicherung insbesondere im Bereich der Berufskraftfahrer wird eine eigene Betriebsfahrschule unterhalten, welche die komplette Betreuung der Auszubildenden von PRG und RVG, die Qualifizierung von Quereinsteigern und die gesetzlich notwendigen Schulungsmaßnahmen übernimmt. Damit kann für die Verkehrsunternehmen eine von der Verfügbarkeit von Fahrschulkapazitäten zunehmend schwierigen Marktsituation entkoppelte Lösung zur Sicherung des Fachkräftebedarfs gewährleistet werden, womit einerseits zeitlich flexibel und andererseits wesentlich kostengünstiger auf die Bedarfe der Unternehmen reagiert werden kann. Zudem stärkt die hausinterne Ausbildung die Position der beiden Verkehrsunternehmen bei der Gewinnung und Betreuung von Auszubildenden. Die Umsatzerlöse aus der Fahrschule betrugen im Geschäftsjahr 64 T€ (Vj. 48 T€).

Die Aufwendungen für Personal bzw. die soziale Sicherung/Altersvorsorge betrugen im Berichtszeitraum 962 T€ (Vj. 852 T€); wie beschrieben, ist die Steigerung auf die Übernahme des Tarifabschlusses bei den Verkehrsunternehmen PRG und RVG und die dadurch erfolgte Anpassung der Entlohnung für die Beschäftigten zurückzuführen. Der nunmehr existierende Personalbestand genügt den derzeitigen betrieblichen Anforderungen; für die Erledigung der Aufgaben kann die Gesellschaft auf gut qualifizierte und motivierte Beschäftigte zurückgreifen. Für die anteilige Finanzierung des Personalaufwands wurde erneut eine Förderung aus der ÖPNV-Kooperationsrichtlinie des Freistaats Thüringen in Höhe von 43 T€ gewährt.

Erhebliche personelle Ressourcen bindet weiterhin die Umsetzung des Tarifs „Deutschland-Ticket“ – sowohl für die beiden kommunalen Verkehrsunternehmen des Landkreises Greiz als auch die privaten Busunternehmen PIEHLER und HERZUM. Weit über 6.000 Kunden werden durch die Gesellschaft betreut, womit ein stabiler Kundenstamm und in der Folge auch eine stabile Liquiditätssituation der Verkehrsunternehmen erreicht werden konnte. Dies ist nach wie vor von erheblicher wirtschaftlicher Bedeutung, da die seitens des Bundes bzw. des Freistaats Thüringen zur Verfügung gestellten Ausgleichsleistungen nach wie vor mit erheblichem Zeitverzug gewährt werden. Darüber hinaus wickelt die Gesellschaft für alle genannten Unternehmen die notwendigen Berichts- und Kontrollpflichten ab, welche im Zusammenhang mit der bundesweiten Aufteilung der Einnahmen aus dem Deutschlandticket noch einmal erheblich zugenommen haben.

Die Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen stiegen auf 14 T€, was im Wesentlichen auf die Anschaffung neu erforderlich gewordener Software zur Funktionserweiterung für das elektronische Rechnungswesen zurückzuführen ist. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen lagen im Jahr 2025 bei 125 T€ (Vj. 117 T€), wobei der Anstieg die allgemeinen Preissteigerungen widerspiegelt.

d) Qualitätsmanagement

Die Gesellschaft arbeitet nach einem Qualitätsmanagementsystem im Sinne der DIN EN ISO 9001:2008. Sowohl das Qualitäts- als auch das Umweltmanagement sowie die internen Prozesse werden regelmäßig einer Überprüfung unterzogen und bei entsprechendem Bedarf angepasst.

e) Investitionen

Investitionen wurden im Berichtszeitraum in einem Umfang von 11 T€ getätigt; diese umfassen die Fortführung bzw. Funktionserweiterung der bereits im Jahr 2023 begonnenen Digitalisierung der Buchführung- und Warenwirtschaftssysteme, geleistete Anzahlungen für die barrierefreie Gestaltung der Webseite www.bus-greiz.de und deren Optimierung für Suchmaschinen- bzw. KI-Dienste sowie in geringem Umfang Büro- und IuK-Ausstattung.

f) Prognose

Die Tätigkeit der Gesellschaft konzentriert sich im Wesentlichen mit den beiden kommunalen Verkehrsunternehmen auf zwei Hauptkunden, für welche basierend auf entsprechenden Managementverträgen Leistungen in den Bereichen Verwaltung, Buchhaltung, Investitionsplanung, EDV, Versicherungswesen und Verkehrsplanung/-technologie erbracht werden. Durch die Einrichtung eines internen Fahrschulbetriebs (wofür seitens der PRG bzw. RVG bislang auf Fremdfirmen mit deutlich höheren Kosten zurückgegriffen werden musste), besteht die Möglichkeit, die Fahrschulausbildung (insbesondere für Auszubildende und „Quereinsteiger“) und Berufskraftfahrerqualifikation unabhängig von Dritten durchführen zu können, was ein positiver Faktor im Hinblick auf die Gewinnung des Fahrpersonals ist.

Darüber hinaus war die Tätigkeit der Gesellschaft – neben den üblichen Geschäftsvorfällen – im Berichtsjahr 2025 im Wesentlichen geprägt durch:

- weitere Umstellung und Implementierung der Digitalisierung der Buchführungs- und Warenwirtschaftssysteme und Anpassung der damit verbundenen betrieblichen Abläufe;
- die weitere Umsetzung des sog. „Deutschland-Tickets“ (Anpassung der Kontrollfunktionen an bundesweit neu vorgegebene technische Standards, Umsetzung des bundesweiten Einnahmeaufteilungsverfahrens Stufe II, Durchführung der Berichts- und Kontrollpflichten);
- intensive Betreuung der im Landkreis Greiz aktiven Verkehrsunternehmen zur Beantragung und Abrechnung von Zuwendungen im Zusammenhang mit dem „Deutschland-Ticket“;
- weitere Optimierungen im Fahrzeugeinsatz sowie hinsichtlich eines effizienteren und ergonomischen Personaleinsatzes (Dienstbildung) im Netz der PRG.

In verkehrsplanerischer Hinsicht konnten im Berichtsjahr folgende Projekte umgesetzt werden:

- Verlängerung der Buslinie 19 im Stadtgebiet Werdau zur besseren Erschließung des Innenstadt-bereichs sowie Schließung von Angebotslücken im Frühverkehr;
- nachfragegerechte Angebotsanpassung auf den Buslinien 27 und 28 an Ferientagen sowie Verbesserung der Umsteigemöglichkeiten zwischen beiden Linien in Hohenölsen;
- Einführung eines Rufbus-Angebots auf den Buslinien 34 + 45 zwischen Zeulenroda, Auma, Staitz, Triebes als nachfragegerechte Bedienform außerhalb der Zeiten des Schülerverkehrs.

Für das auf das Berichtsjahr folgende Geschäftsjahr geht die Gesellschaft erneut von einem leicht positiven Jahresergebnis aus. Aufgrund der Entscheidung zur Ausgliederung von Aufgaben im Bereich IT an das kommunale Rechenzentrum des Landkreises Greiz wird mit einem Anstieg der sonstigen betrieblichen Aufwendungen gerechnet, dem allerdings ein betragsmäßig höherer Rückgang der Personalaufwendungen entgegensteht. Sowohl bei den Aufwendungen als auch bei den Erträgen rechnet die Gesellschaft insgesamt mit einem Rückgang von jeweils ca. 5 % gegenüber dem Berichtsjahr.

Wesentlichen Raum wird im Jahr 2026 gemeinsam mit der Kreisverwaltung die Vorbereitung der Fortschreibung des Nahverkehrsplans für den Zeitraum 2027-2031 einnehmen. Hierfür erfolgen einerseits umfangreiche Analysen sowohl hinsichtlich der Entwicklung von Raum- und Strukturdaten, zu Veränderungen von Verkehrsströmen sowie zum Verkehrs- und Mobilitätsverhalten sowie andererseits die Erarbeitung von verkehrs- und betriebsplanerischen Detailkonzepten, welche Eingang in die o.g. Fortschreibung des Nahverkehrsplans finden sollen.

g) Chancen

Das Deutschland-Ticket bietet – trotz der damit einhergehenden Unsicherheiten und Systembrüche für die Verkehrsunternehmen – aus verkehrsplanerischer Sicht auch Chancen für Angebotsanpassungen. Das verkehrsmittelübergreifende Tarifprodukt bildet eine tarifliche Grundlage für die bessere Verknüpfung von Zug und Bus im Hinblick auf die Schaffung eines attraktiven Alternativangebots zum MIV. Zudem können parallele Angebotsstrukturen weiter reduziert und in der Folge der Fahrzeug- und Personaleinsatz optimiert werden. Vor diesem Hintergrund wird die bereits in der Vergangenheit angestoßene Strategie einer vertieften Zusammenarbeit mit anderen Aufgabenträgern als auch Verkehrsunternehmen fortgesetzt und bei nachgewiesener Praktikabilität und Wirtschaftlichkeit umgesetzt. Durch eine vertiefende Zusammenarbeit zwischen den benachbarten Aufgabenträgern bietet sich im Hinblick auf die mittelfristig anstehende Neuvergabe der öffentlichen Dienstleistungsaufträge die Chance, die verkehrliche und geschäftliche Grundlage der beiden kommunalen Verkehrsunternehmen des Landkreises Greiz weiter zu festigen und die Unternehmen auch für die Zukunft solide aufzustellen. Hierdurch kann es gelingen, die im Lagebericht des Vorjahres beschriebenen Risiken aufgrund des „Systembruchs“ der ÖPNV-Finanzierung deutlich abzumildern. Aus diesem Grund bringt sich die Gesellschaft auch weiterhin intensiv bei den Bestrebungen des Freistaats Thüringen, gemeinsam mit den kommunalen Aufgabenträgern einen landesweiten integralen Taktfahrplan (ITF) umzusetzen, ein, wenngleich derzeit noch keine abschließende Klarheit zur finanziellen Ausgestaltung dieses Konzepts seitens des Freistaats Thüringen besteht.

Darüber hinaus kann das angebotene Leistungsspektrum im Rahmen der bestehenden Kapazitäten der Gesellschaft auch gegenüber anderen Unternehmen im Landkreis Greiz angeboten werden; dies gilt insbesondere für Leistungen unserer Betriebsfahrschule, für welche hinsichtlich der gesetzlich vorgeschriebenen Schulungen nach BKrFQG im Lkw- bzw. Busbereich Interesse von Dritten besteht.

Für die Erledigung der Aufgaben kann die Gesellschaft auf gut qualifizierte und motivierte Beschäftigte zurückgreifen. Vakante Stellen bestehen derzeit nicht, sodass ein für die Erledigung der derzeitigen und absehbaren Anforderungen hinreichender Personalbestand zur Verfügung steht. Altersbedingte Personalabgänge sind kurz- und mittelfristig nicht absehbar.

h) Risiken

Zum jetzigen Zeitpunkt ist das Unternehmen ausreichend versichert und es wurde genügend bilanzielle Vorsorge getroffen. Die Versicherungsstruktur unterliegt einer jährlichen Validierung im Hinblick auf die versicherten Leistungen und die Prämienhöhe.

Wie bereits erwähnt, ist die Gesellschaft in die Fortschreibung des Nahverkehrsplans für den Aufgabenträger Landkreis Greiz involviert, welcher im Zeitraum 2027-2031 gelten soll. Diese Fortschreibung wird die wesentliche Grundlage zur Neuvergabe der ÖPNV-Leistungen im Landkreis Greiz sein. Infolge von politischen Entscheidungen auf EU-, Bundes- und Landesebene hängt die Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs in immer stärker werdendem Maße von der öffentlichen Hand ab, ohne dass derzeit absehbar ist, dass deren finanzielle Leistungsfähigkeit den (verkehrs-) politischen Zielstellungen dauerhaft gerecht wird. Eine stärkere interkommunale Zusammenarbeit zwischen den ÖPNV-Aufgabenträgern einerseits, aber auch untereinander synchronisierten und auf den Abbau paralleler Angebotsstrukturen ausgerichteten Angebotskonzepten andererseits kommt daher hinsichtlich der Aufrechterhaltung eines leistungsfähigen öffentlichen Nahverkehrs eine besondere Bedeutung zu. Hierfür ist entscheidend, dass sich alle Akteure im öffentlichen Nahverkehr dieser Entwicklungstendenzen bewusst sind.

Andererseits steht immer neuen Umweltstandards „Antriebswende und Dekarbonisierung“ schon aktuell keine Refinanzierung gegenüber – weder durch die Nutzer noch durch die öffentliche Hand. Vor dem Hintergrund, der sich absehbar zuspitzenden Lage der öffentlichen Haushalte fehlt gegenwärtig jegliche wirtschaftliche Planungssicherheit, was sich innerhalb der Branche in einer Stagnation oder sogar Verringerung des Verkehrsangebots als auch in einer Investitions-zurückhaltung niederschlägt. Daher kommt der SVG im intensiven Dialog mit den Verkehrs-unternehmen und dem Aufgabenträger bei der strategischen Ausrichtung des ÖPNV und der künftigen Ausgestaltung der wirtschaftlichen Grundlagen für die Leistungserbringung durch PRG und RVG in den nächsten Jahren eine wichtige Rolle zu.

3. Zusammenfassung / Gesamtaussage

Der Jahresabschluss wurde unter Einbeziehung der Buchführung und des Lageberichtes für das Geschäftsjahr vom 01.01.2025 bis 31.12.2025 von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft FIDAIX GmbH geprüft und ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt. Die Prüfung gemäß § 53 HGrG (Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung) führte zu keinen Einwendungen.

4. Ausgewählte Kennziffern GRZ Service und Verwaltungsgesellschaft mbH¹:

Bilanz	2023	2024	2025	Veränderung zum Vorjahr
	T€	T€	T€	
Anlagevermögen	26	52	49	- 3
Umlaufvermögen	214	276	257	- 19
bilanziertes Eigenkapital	127	133	139	6
Verbindlichkeiten	83	153	93	- 60
Bilanzsumme	243	329	306	- 23
Gewinn- und Verlustrechnung				
Umsatzerlöse	903	951	1.067	116
Personalaufwand	813	852	962	110
Abschreibungen	7	10	14	4
sonstige betriebliche Aufwendungen	110	117	125	8
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	7	6	5	- 1
Sonstige				
Eigenkapitalquote (%) ²	52	41	45	4
Beschäftigte Ø	14	14	15	1

¹ Rundungsdifferenzen möglich

² Eigenkapital/Gesamtkapital

3.3 Sonstige Unternehmen

3.3.1 „Umwelt“ Entsorgungs- und Straßenservice GmbH

Sitz und Anschrift des Unternehmens

„Umwelt“ Entsorgungs- und
Straßenservice GmbH
Mehlaer Hauptstraße 24 a
07950 Zeulenroda-Triebes

Telefon: 036622-5680
Telefax: 036622-56820
E-Mail: info@entsorgung-mehla.de

Rechtliche Grundlagen

Die Gesellschaft wurde 03. Juli 1990 gegründet und ist beim Amtsgericht Jena (HRB 200743) eingetragen. Es gilt der Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 21. Dezember 2010 (mit notarieller Beurkundung Nr. 719/2010 des Notariats Peter Orth).
Zeichen der Genehmigung: 240.4-1515-001/10-GRZ

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung (Stand zum 31.12.2025):

Jochen Eidner Geschäftsführer

Von der Angabe der Bezüge des Geschäftsführers wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB abgesehen.

Aufsichtsrat (Stand: 31.12.2025):

Vorsitzender	Herr Dr. Ulli Schäfer	Landrat
stellv. Vorsitzender	Herr Kai Dittmann	Kreistagsmitglied
weitere Mitglieder	Herr Sandro Kirst	Kreistagsmitglied
	Frau Petra Pampel	Kreistagsmitglied
	Frau Marlies Jakat	Kreistagsmitglied
	Frau Ines Wartenberg	Kreistagsmitglied

Der Aufsichtsrat hat im Geschäftsjahr 2025 Bezüge in Höhe von 1.301 € erhalten (Vj. 600 €).

Gesellschafterversammlung

Alleiniger Gesellschafter ist der Landkreis Greiz. Das Stammkapital der Gesellschaft zum 31.12.2025 beträgt 310.000,00 €. Der Landkreis als Gesellschafter wird in der Gesellschafterversammlung vom Landrat vertreten. Der Landrat handelt im Auftrag des Kreistages.

Beteiligungsverhältnisse an Unternehmen

Keine

Zuschüsse und Kapitalentnahmen des Landkreises

Art der Entnahme: keine
Art des Zuschusses: keine

Gegenstand des Unternehmens (§ 2 Gesellschaftsvertrag)

Gegenstand des Unternehmens ist die Entsorgung von Haus- und Gewerbemüll, Straßenreinigung, Kanal- und Gullyreinigung, Fäkalschlamm Entsorgung sowie Transportleistungen verschiedener Art und die mit dem Bau und der Unterhaltung von Straßen zusammenhängenden Aufgaben für den Landkreis Greiz als auch für Auftraggeber außerhalb des Territoriums.

Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Geschäfte einzugehen, die der Förderung des vorgenannten Gegenstandes des Unternehmens dienen.

Die Gesellschaft kann andere Unternehmen gleicher oder ähnlicher Art gründen, übernehmen oder sich an ihnen beteiligen, wenn ein wirtschaftlicher und organisatorischer Zusammenhang zur Erzielung des Gesellschaftszwecks besteht oder herbeigeführt werden soll.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Gemäß § 87 Abs. 2 Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) gehört die Abfallentsorgung zu den Aufgaben des eigenen Wirkungskreises eines Landkreises. Diese Aufgabe wurde dem Abfallwirtschaftszweckverband Ostthüringen übertragen.

Die „Umwelt“ Entsorgungs- und Straßenservice GmbH nimmt die Abfallentsorgung im Landkreis Greiz wahr auf der Grundlage von mittel- und langfristigen Verträgen mit dem Abfallwirtschaftszweckverband Ostthüringen.

Das Unternehmen wurde mit Beschluss des Kreistages Greiz Nr. 121/2010 vom 30. November 2010 gemäß § 66 Abs. 2 Thüringer Kommunalordnung fiskalisiert. Der Beschluss wurde aufsichtsbehördlich genehmigt.

Kurzworstellung des Unternehmens

Das Unternehmen besteht als juristisch selbständige Person in GmbH – Form. Zum Gegenstand des Unternehmens gehört die Entsorgung von Haus- und Gewerbemüll, Straßenreinigung, Kanal- und Gullyreinigung, Fäkalschlamm Entsorgung, Transportleistungen verschiedener Art sowie die mit dem Bau und der Unterhaltung von Straßen zusammenhängenden Aufgaben. Das Unternehmen unterhält eine Außenstelle in Zeulenroda.

Wirtschaftliche Lage und Geschäftsverlauf

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die Marktsituation kann für das Geschäftsjahr als sehr angespannt bezeichnet werden. Wobei die Vertragslage als gut eingeschätzt wird. Der Entsorgungsvertrag mit dem Abfallwirtschaftszweckverband Ostthüringen (AWV-OT) begann am 01.01.2025 und endet am 31.12.2034. Die Verträge als Subunternehmer der GUD zum Einsammeln von LVP und Glas enden zum 31.12.2027.

Der Vertrag der Fäkalschlammentsorgung im Zweckverband TAWEG hat eine Laufzeit bis 31.12.2025. Einen neuen Vertrag konnte sich das Unternehmen bis zum 31.12.2029 sichern. Weiterhin konnte sich das Unternehmen die Entsorgung der Kläranlagen im Verbandsgebiet des Zweckverbandes Wasser/Abwasser „Obere Saale“ Schleiz sichern, deren Vertrag am 31.12.2026 endet.

Die Auftragslage ist in den Bereichen der kommunalen Entsorgung stabil geblieben. Die das Geschäftsjahr begleitende Krise im Zusammenhang mit den Auswirkungen der stagnierenden Wirtschaft hatte enormen Einfluss auf die Rahmenbedingungen. Der hohe Anteil von Logistikleistungen und den damit verbundenen Kraftstoff- und Energiekosten, doppelt so hohe Mautgebühren und hohe Preisindizes für Beschaffungen haben das Unternehmen vor Herausforderungen gestellt, die den Aufwand zur Erbringung von Dienstleistungen um ein Wesentliches erhöht haben. Auch signifikant rückläufige Mengen einzelner Abfallfraktionen bei gleichbleibendem Aufwand hatten Auswirkungen auf den Geschäftsverlauf. Durch das breite Portfolio und einen solventen Kundenstamm konnte die Gesellschaft jedoch jederzeit ihrem Entsorgungsauftrag gerecht werden.

2. Geschäftsverlauf

2025 wurden Investitionen in diverse Fahrzeuge, technische Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung und Bauten auf Grundstücken mit einem Wertumfang 668 T€ getätigt.

Haus-, Bio- und Sperrmüllentsorgung, Wertstofferrfassung

Der Umsatz der Biomüllentsorgung ist im Wirtschaftsjahr leicht gestiegen durch mehr Anschlüsse an die Bioabfallentsorgung. Die Umsätze in der Haus- und Sperrmüllentsorgung liegen im Berichtszeitraum auf Vorjahresniveau. Die Wertstoffpreise unterlagen starken Schwankungen und haben im Geschäftsjahr 2025 für einen Rückgang der Umsätze bei der Verwertung von Pappe und Schrott gesorgt. Eine Kompensation konnte nur durch Preisanpassungen der Dienstleistungen realisiert werden.

Die Sperrmüllmengen aus der Sperrmüllsammlung waren gegenüber 2024 leicht rückläufig. Zum überwiegenden Teil wurde dieser von uns selbst sortiert und einer getrennten Verwertung zugeführt. Bei der Entsorgung der Haushalte sowie kleineren Gewerbebetrieben war ein relativ stabiler Anfall von Abfallmengen zu verzeichnen.

Die Glasentsorgung erfolgte im Bringsystem, bedarfsgerecht und ohne Probleme. Der Vertrag für die Entsorgung von Glas und Gelber Tonne, welche wir für ca. 32.500 Einwohner als Subunternehmer ausführen, wurde auch 2025 fortgeführt

Fäkalschlammentsorgung

Die Mengen der Fäkalschlammentsorgung in den Gebieten der Zweckverbände TAWEG, WAZ und ZWOS sind durch Anschlüsse an das Kanalsystem etwas rückläufig und folgen dem allgemeinen Trend. Die vertraglich geregelten Mengen konnten im Berichtszeitraum entsorgt werden. Im Zweckverband TAWEG wurde der Vertrag weitergeführt, mit Laufzeitende 2029. Auch im Zweckverband Obere Saale (ZWOS) läuft der bestehende Vertrag noch bis 2026. Im Zweckverband WAZ verlängert sich der Vertrag um jeweils ein Jahr.

Containerdienst / Allgemeine Transporte

Dieses Geschäftsfeld ist immer größeren Auftragsschwankungen, auch infolge der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, unterworfen. Im Berichtsjahr ist es weitestgehend gelungen, durch konsequente Transportkoordinierung, optimierten Personaleinsatz und Preisanpassungen die erschwerten Bedingungen abzufangen und den Umsatz leicht zu steigern. Durch zusätzliche Aufträge des öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers (hier Abfallwirtschaftszweckverband Ostthüringen) konnte die Auslastung der Fahrzeugflotte sichergestellt und der Umsatz gesteigert werden.

Müllumladestation / Reststoffdeponie

Der auf der Müllumladestation umgeschlagene und zur Müllverbrennung transportierte Abfall liegt bei ca. 14.400 Tonnen, analog dem Vorjahresniveau. Während Hausmüll relativ konstant anfällt, ist bei Gewerbemüll mit großen Schwankungen zu rechnen. Das Unternehmen konnte sich den Transport des Restmülls aus der Müllumladestation zur Verwertungsanlage bis einschließlich 2026 sichern, wie auch den zusätzlichen Transport von Sperrmüll für den Abfallwirtschaftszweckverband Ostthüringen.

Auf der Inert- und Reststoffdeponie wurden ca. 25.000 Tonnen Abfall eingebaut. Das entspricht dem üblichen, jährlichen Einbauvolumen und liegt auf Vorjahresniveau. Auf die Mengen hat das Unternehmen selbst keinen Einfluss.

Die Sickerwasseraufbereitungsanlage wurde sachgerecht bedient und alle Fremdkontrollen durch die Behörden sind ohne Beanstandungen erfolgt. Die im Jahr 2019 auf ein anderes System umgestellte Wasseraufbereitung funktionierte auch 2025 einwandfrei.

Das Personal wurde weiter geschult, so dass die eingeplanten Vertretungsregeln greifen und bei Urlaub/Krankheit keine Engpässe entstehen und kein zusätzliches Personal benötigt wird.

Wertstoffe / Recyclingcenter

Die Wertstoffhöfe verzeichnen eine sehr hohe Kundenfrequenz. Es ist bei einigen Abfallarten eine Stagnation der angelieferten Mengen zu verzeichnen. Bewährt hat sich die Einführung der Grünschnittkarte, die über das gesamte Kalenderjahr rege genutzt wird. Die Menge an Grün- und Astschnitt lag im Berichtszeitraum auf Vorjahresniveau.

Die auf den Wertstoffhöfen angenommenen Abfälle werden zum Teil auf dem Recyclingcenter aufbereitet und zu einem großen Teil der Verwertung und dem Recycling zugeführt. Durch schärfere Regeln im aktuellen Batterie- und Elektroggesetz müssen alle technologischen Abläufe auf den Wertstoffhöfen angepasst werden und es ist mehr Personal vorzuhalten.

Im Berichtsjahr wurde die Elektronikschrottsammlung weiterhin kundenfreundlich gestaltet, auf allen Wertstoffhöfen wurde der Elektronikschrott kostenfrei angenommen bzw. nach Anmeldung bei den jeweiligen Stellen abgeholt und dem Verwerter zugeführt. Wobei sich die Standards der Lagerung und des Transports nach Änderung des Elektroggesetzes wesentlich erhöht haben, was einen nicht unerheblichen manuellen Aufwand darstellt.

a) Vermögenslage:

Die Bilanzsumme zum 31.12.2025 beträgt 5.316 T€ und fällt damit um 52 T€ höher aus als im Vorjahr. Das Anlagevermögen ist mit 163 % vollständig durch Eigenkapital gedeckt.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen betragen im Berichtsjahr 450 T€ (Vj. 584 T€).

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen belaufen sich auf 136 T€ (Vj. 188 T€). Das Eigenkapital hat sich infolge des Jahresüberschusses erhöht auf 4.409 T€.

b) Finanzlage:

Die finanziellen Verhältnisse der Gesellschaft sind geordnet, die Zahlungsfähigkeit war zu jeder Zeit gewährleistet. Für die folgenden Jahre liegt ein Finanzplan vor, der auch die Tilgung der vorhandenen Finanzierungen enthält. Der Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital beträgt 83 % (Vj. 82 %). Die satzungsmäßige Rücklage beträgt 310 T€. Die Rücklagen sind für die Finanzierung von größeren Instandsetzungen bzw. außergewöhnlichen Investitionen vorgesehen.

Die Finanzlage ist als sehr stabil zu bezeichnen. Das Finanzmanagement ist darauf ausgerichtet, Verbindlichkeiten stets innerhalb der Zahlungsfrist zu begleichen und Skontomöglichkeiten zu nutzen.

c) Ertragslage:

Das Geschäftsjahr 2025 schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 112 T€ ab. Der Rückgang resultiert auch aus Aufwendungen von besonderer Größenordnung in Höhe von 100 T€ für Spenden an gemeinnützige Organisationen. Nach Verrechnung mit dem Gewinnvortrag verbleibt ein Bilanzgewinn in Höhe von 3.555 T€.

Im Geschäftsjahr 2025 wurde ein Umsatz von 7.148 T€ erwirtschaftet, der mit 250 T€ über dem des Vorjahres liegt.

Der Materialaufwand ist um 7 T€ auf 923 T€ gestiegen und damit fast analog des Vorjahres bei gleichbleibendem Auftragsvolumen. Der Personalaufwand ist durch Tarifanpassungen und Neueinstellungen gegenüber dem Vorjahr um 259 T€ gestiegen und liegt bei 3.252 T€. Zum 31.12.2025 beschäftigte die Gesellschaft im Durchschnitt 69 Mitarbeiter. Das Unternehmen hat präventiv auf die Einstellung von neuen Mitarbeitern gesetzt, die das altersbedingte Ausscheiden von 4 Arbeitskräften im Jahr 2026 kompensieren sollen.

Die Abschreibungen liegen bei 512 T€ nach 514 T€ im Vorjahr.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 112 T€ (5 %) gestiegen.

d) Qualitätsmanagement

Unser Unternehmen arbeitet auf Grundlage des in der DIN EN ISO 9001 zertifizierten Qualitätsmanagementsystems, dessen Standard im Jahr 2018 auf die Norm DIN EN ISO 9001:2015 umgestellt wurde. Darüber hinaus konnten wir auch 2025 erneut die Zertifizierung als Entsorgungsfachbetrieb gemäß § 52 KrW-/AbfG sicherstellen.

e) Investitionen

Folgende Investitionen wurden 2025 u.a. realisiert:

- Grundstückserwerb und Umbau Wertstoffhof Mehla
- Abrollcontainer und Absetzcontainer
- Ersatz Saug- und Spülfahrzeugwagen
- Schlusszahlung LKW-Mietkauf

f) Prognose

Es sind keine wesentlichen Änderungen in der Geschäftspolitik geplant. Die Konzentration liegt aber auf dem Kerngeschäft des Unternehmens, der kommunalen Entsorgung im Verbandsgebiet. Der Umsatz muss sich im kommenden Geschäftsjahr, basierend auf den Auswirkungen von politischen Krisen, der Inflationsentwicklung und anderer umwelt- und wirtschaftspolitischer Entscheidungen, leicht erhöhen. Das damit eine Kompensation der Kosten einhergeht ist eher auszuschließen; nicht zuletzt, weil keine sicheren Prognosen zur Entwicklung der Beschaffungspreise für Material und Energieträger abgegeben werden können. Aus Sicht der Unternehmensleitung ist das bestehende Portfolio so zu optimieren, dass die eigenen Ressourcen effizienter genutzt werden.

Risiken der zukünftigen Entwicklung werden weiterhin die Beschaffung von Kraftstoffen und Lieferengpässe bei der Beschaffung von Ersatzteilen sein aufgrund der geopolitischen Krisen, die das Unternehmen latent vor neue Herausforderungen stellen. Für das kommende Jahr 2026 hat das Unternehmen eine stabile Auftragslage, die vertraglich gebunden ist.

Der Wirtschaftsplan geht von einem Jahresüberschuss in Höhe von 129 T€ und einer Umsatzrendite von 2 % aus. Der Umsatz je Arbeitskraft wird mit 103 T€ prognostiziert.

g) Chancen

Unser Entsorgungsgebiet sowie unser Leistungsspektrum sind durch die langfristigen Verträge mit dem Abfallwirtschaftszweckverband Ostthüringen für Rest-, Bio- und Sperrmüll, Deponiebewirtschaftung, Papierentsorgung und verschiedene kleinere Aufträge untersetzt.

Der Vertrag zum Transport von Haus- und Gewerbemüll zur Müllverbrennungsanlage nach Leuna wurde an die Gesellschaft bis zum Jahr 2026 vergeben. Alle weiteren Verträge zur kommunalen Sammlung von LVP (Leichtverpackungen), Glas sowie die Entsorgung von Kleinkläranlagen mit einer Laufzeit zwischen 3 - 5 Jahren konnte sich das Unternehmen sichern.

Mit Hilfe optimierter Tourenpläne und einer effektiveren Auslastung unserer Fahrzeuge, versuchen wir das Betriebsergebnis weiterhin stabil zu halten. Für den Ausfall von Entsorgungsfahrzeugen wird ein Reservefahrzeug vorgehalten. Auch für einen Blackout ist das Unternehmen in der Lage, für mindestens 5 Tage den Entsorgungsauftrag zu erfüllen.

Ein Anteil Umsatz auf dem freien Markt ist für den ordnungsgemäßen und effektiven Betriebsablauf unumgänglich. Es ist jedoch infolge der derzeitigen komplizierten wirtschaftlichen Lage schwierig, klare Aussagen zu treffen. Es kommt darauf an, den Markt ständig zu beobachten und alle sich bietenden Möglichkeiten zu nutzen.

h) Risiken

Risiko- und Chancenumfeld, hierbei werden sowohl finanzielle als auch nichtfinanzielle Indikatoren betrachtet. Im Rahmen von Quartalsberichten wird der Landkreis Greiz als Gesellschafter regelmäßig durch die Geschäftsführung über die Lage der Gesellschaft sowie die erkannten Risiken und Chancen in Kenntnis gesetzt. Die zukünftigen Risiken bestehen in der nicht vorhersehbaren Inflationsentwicklung, den hohen Beschaffungskosten von Energie, Treibstoff und Ersatzteilen, der restriktiven Haltung von umweltpolitischen Entscheidungsträgern, sinkenden Einwohnerzahlen im Landkreis Greiz, rückläufigen Sammelmengen sowie der Konkurrenz durch private Anbieter. Als latentes Risiko sind die jetzt noch nicht absehbaren Folgen des Ukraine Konfliktes, der Entwicklung in Nahost und dessen Auswirkungen auf die Wirtschaft. Ebenso die Bepreisung des CO₂-Ausstoßes und den ab 2027 nicht mehr regulierten Emissionshandel, der eine weitere Verteuerung von Energie und aller damit zusammenhängenden Faktoren nach sich ziehen wird.

Weiterhin bestehen Risiken bei der rückläufigen Vergütung von Wertstoffen, fehlenden Aufträgen aus dem privaten Sektor und reduzierten Kapazitäten der Industrie. Selbst die Beschaffung von Entsorgungstechnik und deren Ersatzteilen wird zu einem unvorhersehbaren Risiko, da keine Aussagen mehr über Lieferzeiten und Verfügbarkeit getroffen werden.

Durch eine weitere Optimierung der Tourenpläne, effizientere Personalplanung, moderne Fahrzeuge und eine höhere Marktdurchdringung versuchen wir den bestehenden Risiken entgegenzuwirken. Problematisch ist die Gesamtsituation der Kostenentwicklung für Energie- und Kraftstoffe zu sehen. Insbesondere auch der im Februar 2026 begonnene Irankrieg führt zur einer weiter steigenden Volatilität der Energiepreise und weiteren Druck auf das Preisniveau. Die Folgen sind nicht verlässlich abschätzbar.

3. Zusammenfassung / Gesamtaussage

Das Geschäftsjahr 2025 wurde mit einem positiven Jahresergebnis abgeschlossen. Die Gesamtumsatzerlöse des Geschäftsjahres stiegen leicht auf 7.148 T€. Der Umsatz konnte gegenüber dem Vorjahr um 250 T€ gesteigert werden. Der Personalaufwand ist gegenüber dem Vorjahr um 259 T€ gestiegen und liegt bei 3.252 T€. Durchschnittlich wurden im Geschäftsjahr 69 Personen beschäftigt.

Der Jahresabschluss wurde unter Einbeziehung der Buchführung und des Lageberichtes für das Geschäftsjahr vom 01.01.2025 bis 31.12.2025 von Wirtschaftsprüfer Patrick Rotter von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft MSC Schwarzer Albus GmbH geprüft und ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt. Die Prüfung gemäß § 53 HGrG (Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung) führte zu keinen Einwendungen.

4. Ausgewählte Kennziffern der „Umwelt“ Entsorgungs- und Straßenservice GmbH¹:

Bilanz	2023	2024	2025	Veränderung
	T€	T€	T€	zum
				Vorjahr
Anlagevermögen	2.653	2.549	2.703	154
Umlaufvermögen	2.498	2.682	2.579	- 103
Eigenkapital	4.022	4.297	4.409	112
Verbindlichkeiten	1.013	826	731	- 95
Bilanzsumme	5.182	5.264	5.316	52
Gewinn- und Verlustrechnung				
Umsatzerlöse	6.329	6.898	7.148	250
Personalaufwand	2.845	2.993	3.252	259
Materialaufwand	661	916	923	7
Abschreibungen	540	514	512	- 2
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	16	14	10	- 4
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	280	276	112	- 164
Sonstige				
Eigenkapitalquote (%)	78	82	83	1
Beschäftigte Ø	67	68	69	1
Umsatz je Beschäftigten (T€)	94,5	101,4	103,5	2,1

¹ Rundungsdifferenzen möglich

4. Schlussbemerkungen

Dieser Bericht wurde unter Benutzung der Prüfungsberichte der Jahresabschlüsse, der Lageberichte der Gesellschaften und den Auskünften der Geschäftsführer bzw. beauftragter Mitarbeiter erstellt.

Die entnommenen Zahlen, Daten und Fakten entstammen hauptsächlich den Bilanzen, den Gewinn- und Verlustrechnungen und den Lageberichten. Die Jahresabschlüsse sind im Landratsamt Greiz (Sachgebiet Beteiligungsverwaltung) einsehbar.

5. Abkürzungsverzeichnis

AktG	Aktiengesetz
AO	Abgabenordnung
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BKrFQG	Berufskraftfahrerqualifizierungsgesetz
CMI	Case Mix Index (Fallschwere)
DIN EN ISO	Internationale Normvorschrift
DLZ	Dienstleistungszentrum Kreiskrankenhaus Greiz-Ronneburg GmbH
DRG	diagnosebezogene Fallgruppen
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	GmbH-Gesetz
GUD	Geraer Umweltdienste GmbH & Co. KG
GVB	Verkehrs- und Betriebsgesellschaft Gera mbH
GuV	Gewinn- und Verlustrechnung
HGB	Handelsgesetzbuch
HGrG	Haushaltsgrundsätze-gesetz
HRB	Handelsregister-Teil B
IuK	Information und Kommunikation
jPdöR	juristische Person des öffentlichen Rechts
KHEntgG	Krankenhausentgeltgesetz
KHG	Krankenhausfinanzierungsgesetz
KHZG	Krankenhaus-zukunftsgesetz
KKH Greiz-Ronneburg	Kreiskrankenhaus Greiz-Ronneburg GmbH
KrW-/AbfG	Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz
LVP	Leichtverpackungen
MIV	Motorisierter Individualverkehr
MVZ Greiz	Medizinisches Versorgungszentrum - Poliklinik Greiz GmbH
ÖDA	Öffentlicher Dienstleistungsauftrag
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
PBefG	Personenbeförderungsgesetz
PRG	Personen- und Reiseverkehrs GmbH Greiz
QM_RL	Qualitätsmanagement-Richtlinie
QM-System	Qualitätsmanagement-System
RVG	Regionalverkehr Gera / Land GmbH
SGB V	Das fünfte Sozialgesetzbuch
SGB IX	Das neunte Sozialgesetzbuch
SPNV	Schienenpersonennahverkehr
SVG	GRZ Service- und Verwaltungsgesellschaft mbH
TAWEG	Zweckverband Trinkwasserversorgung und Abwasserbeseitigung Weiße Elster/Greiz
ThürEBV	Thüringer Eigenbetriebsverordnung
ThürKO	Thüringer Kommunalordnung
THÜSAC	Thüringisch-Sächsische Personennahverkehrsgesellschaft
TVöD	Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst
UMWELT	„Umwelt“ Entsorgungs- und Straßenservice GmbH
VKA	Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände
VMT	Verkehrsverbund Mittelthüringen
WAZ	Zweckverband Wasser/Abwasser Zeulenroda